

Inhalt

Vorbemerkung

Alfred Schröder

Hundert Jahre russische Revolutionen - Kritische Rückschau Teil 3 ... 5

- I. Marxismusverständnis der Linken 6
- II. Thomas Kuczynski „Was bleibt von der Oktoberrevolution?“ 10
- III. Die Dorfgemeinde in der russischen Geschichte und Revolution 16
- IV. Der russische Oktober – Umsturz oder Revolution? 36

Novemberdebatte: Um einige Fragen der Novemberrevolution..... 43

- I. Diskussion mit der Redaktion der „Arbeiterpolitik“ 43
- II. Diskussion mit einem Leser aus Hamburg 50
- III. Ergänzende Anmerkungen 55

Fritz Gött

Wer ruiniert hier wen? 63

Anmerkungen zum amtlichen Bericht

„Sicherheit und Gesundheit am Arbeitsplatz“ 2018

Dokumentation

Interview mit Wolfgang Streeck:

Realistischer Antikapitalismus statt moralische Umerziehungsversuche ... 68

Vorbemerkung

„Herzlichen Dank für die Materialien (gemeint sind die AzD). Für einen marxistisch denkenden Geschichtsstudenten wie mich stellen diese eine wirkliche Bereicherung dar.“ (Zuschrift aus Wien vom 13. Januar 2019)

„Eure Methode der Auseinandersetzung mit anderen Autoren finde ich sehr fruchtbar. Ihr kommt insgesamt zu sehr interessanten und wichtigen Erkenntnissen. Schade, dass sie über den Verlag VSA hinaus zu wenig wahrgenommen werden.“ (Brief eines AzD-Lesers aus Köln von April 2019)

„Insgesamt halte ich Karuscheits Forschungen zur Vorgeschichte des WK1, der Entwicklung der SPD in dieser Zeit und dem Ablauf der Novemberrevolution für Erdbeben, die auf dem Gebiet der linken Vorstellungen, so wie sie sich im 20. Jahrhundert herausgebildet haben, keinen Stein auf dem anderen lassen. Sie liefern Erklärungen für Vorgänge, die in der Regel nur mit moralischen Begriffen abgehandelt werden. Genau so ist das auch mit den Arbeiten von A. Schröder zur russischen Revolution. Damit macht ihr genau das, was den wissenschaftlichen Sozialismus eigentlich ausmachen sollte. Dass dabei auch Aussagen unserer Klassiker widerlegt werden können/müssen, gehört dazu, auch wenn die meisten Linken das als Sakrileg verurteilen. Aber so geht wissenschaftliches Arbeiten.“ (aus der Mail eines AzD-Lesers aus Bayern vom 18. Juli 2019)

Seit sich die AzD vermehrt den Revolutionen in Russland und Deutschland zu Beginn des vorigen Jahrhunderts zugewandt haben, ist das Interesse an unseren Publikationen merklich gestiegen. Umso auffälliger ist die Teilnahmslosigkeit, mit der die Linke die Erinnerung an die Jahrhundert-Tage verstreichen ließ, anstatt die Ergebnisse der neueren Revolutionsforschung zur Kenntnis zu nehmen, sich mit der eigenen Geschichte auseinanderzusetzen und einen neuen Zugang zum Werdegang der kommunistischen Bewegung zu finden. Als Vorbild auf der Flucht vor neuen Erkenntnissen agiert die Zeitschrift „Z“, die sich zwecks „Erneuerung des Marxismus“ alle Mühe gibt, kontroversen Fragen aus dem Weg zu gehen und unliebsame Meinungen zu boykottieren.

Dem entgegen führt die vorliegende AzD-Ausgabe die begonnene Auseinandersetzung um die Fragen der russischen und deutschen Revolution weiter. In Fortsetzung von AzD 88 und 89 setzt Alfred Schröder sich diesmal mit Thomas Kuczinskys Auffassungen vom russischen Oktober auseinander: „Was bleibt von der Oktoberrevolution?“ Indem er noch einmal auf die russische Dorfgemeinde eingeht, benennt er die zeitgebunden fehlerhaften Vorstellungen Marxens von dieser Institution und wendet sich gegen den in der Linken verbreiteten „Schriftglauben“, der den historischen Materialismus zu einem ideologischen Konstruktionsmittel verkommen lässt. Das Geheimnis des Oktobers sieht er in der spezifischen Kombination von proletarisch-sozialistischer Revolution und einer antikapitalistischen, rückwärts gewandten Bauernrevolution.

Dem folgt eine Diskussion mit der Redaktion der „Arbeiterpolitik“ sowie einem Leser aus Hamburg. Darin geht es um den Charakter der Novemberrevolution, die fehlerhafte Einschätzung der Klassenverhältnisse durch die revolutionäre Vorkriegslinker, die nicht

geführte Auseinandersetzung mit den Positionen Bebels und Kautskys sowie das untaugliche Revolutionskonzept Luxemburgs.

Fritz Gött setzt sich mit dem amtlichen Bericht „Sicherheit und Gesundheit am Arbeitsplatz“ 2018 auseinander.

Die abschließende Dokumentation bringt ein Interview mit Wolfgang Streeck über die Politik eines „realistischen Antikapitalismus“.

In eigener Sache:

Mailadresse zur Kontaktaufnahme mit der Redaktion, Bestellungen, Mitteilungen etc:
>azd72@gmx.de<

AzD im Internet: Zusätzlich zur Printausgabe werden die AzD auf folgender Webseite eingestellt: www.kommunistische-debatte.de/?page_id=851

Info-Angebot: Die AzD-Redaktion verschickt in unregelmäßigen Abständen per Mail Links zu Analysen und Hintergrundberichten zu nationalen und internationalen politischen Fragen aus der deutschsprachigen Presse (Print- und Internetmedien). Wer daran Interesse hat, kann uns die Mailadresse geben und wird in den Verteiler aufgenommen.

Spenden: Wer die Herausgabe der AzD über Briefmarken hinaus mit einer Geldspende unterstützen will, kann von der Redaktion eine Kontoverbindung erhalten.

Alfred Schröder

Hundert Jahre russische Revolutionen

Kritische Rückschau auf weitere Publikationen (Teil 3)

Vorbemerkung: Kein neueres Thema als alte Revolutionen?

Von den letzten acht Nummern dieser Zeitschrift widmeten sich sieben Ausgaben schwerpunktmäßig der russischen bzw. der deutschen Revolution vor einem Jahrhundert. Und die entsprechenden Artikel beinhalten durchgängig eine kritische Auseinandersetzung mit linken - aber auch bürgerlichen - Publikationen. Anders die Mehrzahl der linken Autoren. Sie haben sich inzwischen von der Beschäftigung mit den Revolutionsereignissen der Vergangenheit abgewandt. Für sie sind „aktuellere Fragen“ wie die ökologische Krise, Elektromobilität oder Co²-Abgaben¹ im gegebenen Moment bedeutsamer, als alte oder gescheiterte Revolution des vorherigen Jahrhunderts erneut zu hinterfragen. Sie gehen davon aus, mit einer oder zwei Veröffentlichungen, mit dem abzuarbeitenden „Nachruf“ auf die Revolutionen, ihrer Pflicht zur Aufarbeitung der historischen Ereignisse nachgekommen zu sein. Bis zum nächsten Jahrestag (aktuell 30. Jahrestag des Endes der DDR)² muss das reichen.

Dies wird von einigen Autoren dieser Zeitschrift nicht so gesehen. Und das aus gutem Grund. Vor 20 Jahren – in der Nummer 67 der AzD – hieß es: „Theorie und Politik der Kommunisten im 20. Jahrhundert hatten ihren Ursprung in der russischen Oktoberrevolution. Die siegreiche Revolution von 1917 war die faktische Geburtsstunde der kommunistischen Bewegung im Westen Europas. Mit dem russischen Oktober wird der Leninismus, wird der russische Bolschewismus zu einer in ganz Europa wirksamen Theorie und Politik des revolutionären Flügels der Arbeiterbewegung; der russische Oktoberumsturz wird zum Katalysator der Gründung kommunistischer Parteien im Westen Europas. Diese Parteien blickten alle nach Osten, zur ersten siegreichen proletarischen Revolution im 20. Jahrhundert. Mit der Gründung der III. Internationale gewinnt diese auf der siegreichen Oktoberrevolution fußende theoretisch-politische Hegemonie der russischen Kommunisten über die europäische Arbeiterbewegung organisatorische Gestalt. Heute, nach den unübersehbaren Niederlagen, müssen wir deshalb den Blick ebenfalls nach Osten und erneut auf den russischen Oktober richten, um zu verstehen, auf welchen gesellschaftlichen, auf welchen theoretischen und politischen Positionen die Gründung der kommunistischen Bewegung erfolgte.

Ende 1997 jährte sich zum 80. Male der Jahrestag der Oktoberrevolution. Die Linke begleitete den Jahrestag mit Nachrufen, nicht mit Analysen. Die entscheidende Frage, warum der Marxismus-Leninismus und die kommunistischen Gruppierungen in ihrer heutigen

¹ Siehe aktuelle Ausgabe der Zeitschrift Z Nr. 119. Wie man mit diesem Thema den Marxismus „erneuert“ (die Zeitschrift erhebt im Titel den Anspruch, eine Publikation zur „Marxistische(n) Erneuerung“ zu präsentieren), ohne eine eigenständige, über die Aussagen aus dem Kapital von Marx hinausgehende Analyse der Ursachen der Klimaerwärmung vorlegen zu können, kann der Leser in der genannten Ausgabe nachlesen, natürlich ohne eine andere „Erneuerung“ als reformistisches Gedankengut finden zu können.

² Siehe dazu ebenso die Nr. 119 der Z, Seite 102-137

theoretischen und politischen Gestalt keinen Bezugspunkt mehr für die Arbeiterklasse der industriell entwickelten Länder und die revolutionären Bewegungen der dritten Welt bilden, wurde gar nicht aufgeworfen.

Für Europa liegt die Antwort offen zutage: Der Marxismus-Leninismus war eine Theorie der Niederlagen der Arbeiterbewegung in Westeuropa. Alle Revolutionen des europäischen Proletariats in diesem Jahrhundert scheiterten - außer der russischen -, und mit ihnen scheiterten notwendig die politischen Bewegungen (die Kommunisten) und theoretischen Begründungen (der Marxismus-Leninismus der Komintern und des osteuropäischen Sozialismus). *Der Zerfall der Sowjetunion und das Ende der DDR haben dieses Kapitel politisch abgeschlossen, theoretisch aufgearbeitet ist es noch nicht.*

Die Geschichte der marxistischen Theorie und Politik des 20. Jahrhunderts muss neu geschrieben werden. Die Oktoberrevolution, ihre theoretische Begründung und die von ihr abgeleitete politische Orientierung bilden dabei einen zentralen Punkt. Die Aufgabe der Revolutionäre und speziell der deutschen Kommunisten muss darin bestehen, eine wissenschaftliche Erklärung der Niederlagen der europäischen Arbeiterbewegung herauszuarbeiten ...“

I. Marxismusverständnis der Linken

Hat sich an dieser Aufgabenstellung für jene Kräfte, die sich *Kommunisten* nennen, die sich auf den russischen Oktober als Geburtsstunde einer neuen politischen Strömung berufen, etwas geändert? Kann der zitierte Satz: „Der Marxismus-Leninismus war eine Theorie der Niederlagen der Arbeiterbewegung in Westeuropa“ inzwischen näher erklärt oder muss er verworfen werden? Kann der Begriff des „Marxismus-Leninismus“ nach den inzwischen verstrichenen 20 Jahren genauer gefasst, politisch und theoretisch definiert werden? Und wie kann der Niedergang der kommunistischen Parteien aus den Bewegungen der Gesellschaftsschichten, aus den Klassenkämpfen des vergangenen Jahrhunderts erklärt werden? Bis auf die in der AzD veröffentlichten Positionen zu diesen Themen, gab es in der Linken weiterhin keine Fortschritte bei der Behandlung dieser Fragen.

Die mangelnde Konfliktfähigkeit der Linken ...

Die Veröffentlichungen der Mehrzahl der linken Autoren zum Zentenarium der russischen und der deutschen Revolution – und hier insbesondere die der Zeitschrift *Z* und ihres publizistischen Umfelds – haben sich der oben genannten Aufgabenstellung erst gar nicht gestellt. Sie haben sich weder mit der bürgerlichen Publizistik und deren Kritik an der russischen wie auch der deutschen Revolution auseinandergesetzt noch die Debatte untereinander – in der Linken selbst - gesucht. Die einzelnen Veröffentlichungen und „Nachrufe“ auf die Revolutionen der Vergangenheit wurden höflich gegenseitig rezensiert, man versicherte sich „kenntnisreich, kritisch und ausgewogen“³ publiziert zu haben und dabei jede neue Interpretation der historischen Ereignisse tunlichst gemieden zu haben. Die Ausführungen des „Kurzen Lehrgangs“ (Geschichte der KPDSU/B) wurden – falls erwähnt – verdammt, als Interpretation der Ereignisgeschichte aber ebenso durchgängig übernom-

³ Z Nr. 113, S. 183-184

men, da man keine „neue Geschichte“ zu erzählen vermochte.⁴ Der Erkenntnisgewinn solcher Veröffentlichungen ist adäquat ihrer Diskussionsfreudigkeit gleich null.

Die Missachtung, die die bürgerliche Wissenschaft und Presse gegenüber der heutigen Gestalt des Marxismus an den Tag legt, ihr Desinteresse an der Behandlung historischer Fragen durch die deutsche Linke, ist in jeder Hinsicht nachvollziehbar. Helmut Altrichter warf hierzu bereits in seinem 1997 erschienen Buch zur russischen Gesellschaft und Revolution die bezeichnende Frage auf, ob es „überzeugte Marxisten“ auf diesem Gebiet der Geschichtswissenschaft überhaupt noch gäbe („wenn es sie noch gibt“).⁵ Die Mut- und Argumentationslosigkeit der Linken gegenüber der bürgerlichen Kritik am russischen Oktober oder dem deutschen November ist Ausdruck der Unfähigkeit, dieser Kritik entgegenzutreten.⁶ Wir haben diesen Vorwurf in den letzten Nummern dieser Zeitschrift wiederholt thematisiert. Im Folgenden wollen wir diese Kritik weiterführen und das „Marxismusverständnis“ der heutigen Linken ins Zentrum stellen.

... und ihr Marxismusverständnis

Die mangelnde „theoretische Konfliktfähigkeit“ hat eine ihrer Ursachen - wie ich meine, sogar die zentrale Ursache - im Marxismusverständnis der Linken: Ihr Ansatz, die Geschichte *nicht* als eine Geschichte von *konkreten* Klassen und ihren Auseinandersetzungen in einem ebenso *konkret* zu bestimmenden gesellschaftlichen Umfeld zu *untersuchen*, sondern zu neuen Erkenntnissen aus einer anderen *Interpretation* der „Klassiker“ zu gelangen, ist ebenso albern wie der Versuch, die Entstehung der Welt aus der Schöpfungsgeschichte der Bibel herzuleiten. Neue Erkenntnisse sind nur aus der Analyse der gesellschaftlichen und sozialen Wirklichkeit der behandelten Zeitepoche zu gewinnen und nicht aus einer „Neuauslegung der Schrift“. Umgekehrt müssen die Schriften der „Klassiker“ vielmehr im Kontext ihres historischen Umfelds und des damals gegebenen Wissens- und Forschungsstandes der Autoren gelesen werden. Mit dem geschilderten Herantreten der Linken an Politik und Geschichte, mit ihren Versuchen, dieselbe aus den Schriften der „Klassiker“ *neu zu interpretieren*, anstatt *sie neu zu untersuchen*, kann man kaum einen tauglichen Gedanken entwickeln und ebenso wenig der bürgerlichen Kritik entgegentreten, die für *Neuinterpretation* von längst widerlegten Positionen – mit Recht – wenig Interesse zeigt.

Machen wir den Vorwurf konkret. Bei der Geschichtsschreibung der Linken haben wir es im Regelfall nicht mit einer *konkreten* Bourgeoisie – beispielsweise der russischen – zu tun, die in ihrer historischen Gestalt sowohl nach bürgerlicher wie nach leninistischer Sicht unfähig war, die politische Macht in Russland zu ergreifen oder zu behaupten⁷; sondern mit der Bourgeoisie als solcher, der Bourgeoisie sans phrase, die nach vorgegebener marxistischer Sicht unweigerlich in der „bürgerlichen Revolution“ von Februar 1917 die

⁴ Siehe dazu u.a. AzD Nr. 86, S. 28-38.

⁵ Altrichter 1997, S. 87

⁶ Bezeichnend hierzu, dass bis auf diese Zeitschrift niemand in der Linken der wohlberechneten und fortwährend wiederholten Kritik Hildermeiers (APuZ, FAZ etc.) am russischen Oktober inhaltlich entgegentreten ist. Man hat sich noch nicht einmal gewagt, Hildermeiers Kritik zu zitieren, obwohl sie durch ihre weite Verbreitung in der bürgerlichen Publizistik unübersehbar war. Siehe auch hierzu AzD Nr. 86, S. 28-38

⁷ Siehe AzD Nr.89, S. 12

Macht ergreifen musste und diese Macht in fast allen Veröffentlichungen zum Thema auch erhält, mit einer - dafür aber entscheidenden - Ausnahme: in der Wirklichkeit der russischen Revolution reichte es nur zur *Regierungsbildung bzw. -beteiligung*, während die *Macht* in den Händen des Sowjets verblieb. Dies herauszuarbeiten war ein Thema der letzten Veröffentlichungen zur russischen Revolution in den AzD.

Nicht besser steht es um die Behandlung der Bauernschaft in Russland. Wir bekommen es bei dem gerade geschilderten Marxismusverständnis keineswegs mit dem *historischen russischen Bauern* zu tun, *dessen Geschichte der Linken völlig unbekannt ist*, sondern mit dem „kleinen Warenproduzenten“, den die Bauernschaft als gesellschaftliche Kategorie – wie im Marxschen Kapital dargestellt – sozusagen naturnotwendig ausbilden muss. So wird anstelle der Geschichte des *russischen Bauern* die Geschichte *des Bauern* oder der Bauernschaft aus dem „Kapital“ und dem historischen Materialismus – mehr oder weniger verfremdet – hergeleitet, die mit der tatsächlichen Geschichte der russischen Bauern wenig gemein hat. So hat man sich jegliche Möglichkeit zum Verständnis der russischen Revolution bereits methodisch verbaut.

Was bedeutet „historischer Materialismus“?

Friedrich Engels hat obiges Herantreten an die Geschichte *denunziert* und deutlich gemacht, worin die wirkliche Aufgabe besteht: „Auch die materialistische Geschichtsauffassung hat deren heute eine Menge“ (gemeint sind „fatale Freunde“; A.S.), „denen sie als Vorwand dient, *Geschichte nicht zu studieren*. Ganz wie Marx von den französischen ‚Marxisten‘ der letzten 70er Jahre sagte: ‚Tout ce que je sais, c’est que je ne suis par Marxiste.‘

Überhaupt dient das Wort ‚materialistisch‘ in Deutschland vielen jüngeren Schriftstellern als eine einfache Phrase, womit man alles und jedes ohne weiteres Studium etikettiert, d.h. diese Etikette aufklebt und dann die Sache abgetan zu haben glaubt. *Unsere Geschichtsauffassung aber ist vor allem eine Anleitung beim Studium, kein Hebel der Konstruktion à la Hegelianertum. Die ganze Geschichte muss neu studiert werden, die Daseinsberechtigungen der verschiedenen Gesellschaftsformationen müssen im Einzelnen untersucht werden, ehe man versucht, die politischen, privatrechtlichen, ästhetischen, religiösen etc. Anschauungsweisen, die ihnen entsprechen, aus ihnen abzuleiten. Darin ist bisher nur wenig geschehen, weil nur wenige sich ernstlich darangesetzt haben. Darin können wir Hilfe in Massen brauchen, das Gebiet ist unendlich groß, und wer ernstlich arbeiten will, kann viel leisten und sich auszeichnen. Statt dessen aber dient die Phrase des historischen Materialismus (man kann eben alles zur Phrase machen) nur zu vielen jüngeren Deutschen nur dazu, ihre eigenen relativ dürftigen historischen Kenntnisse – die ökonomische Geschichte liegt ja noch in den Windeln!) – schleunigst systematisch zurechtzukonstruieren und sich dann sehr gewaltig vorzukommen.“⁸ (Hervorhebungen von mir; A.S.)*

Engels formuliert hier wenige Jahre vor seinem Tod die Aufgabenstellung „*die ganze Geschichte muss neu studiert werden*“, die „verschiedenen Gesellschaftsformen müssen im Einzelnen untersucht werden“ und resümiert zum Stand dieser Arbeit: „Darin ist bisher nur wenig geschehen“ und „die ökonomische Geschichte liegt ja noch in den Windeln“. Ist

⁸ F. Engels, August 1890, Brief an Conrad Schmidt, MEW Bd. 37, S. 436-437

dieser von Engels herausgearbeiteter Mangel im 20. Jahrhundert behoben worden oder wurde nicht vielmehr umgekehrt ein vermeintlich ausgearbeiteter historischer Materialismus der tatsächlichen Menschheitsgeschichte übergestülpt, dieselbe, um Engels Worte zu nutzen, „systematisch zurechtkonstruiert“?

Zurück zu obigem Engelszitat aus dem Jahr 1890. Er konnte nicht ahnen, dass im 20. Jahrhundert das direkte Gegenteil dessen geschah, was er gefordert hatte; dass damit begonnen wurde, unter dem Deckmantel des Marxismus-Leninismus keineswegs die wirkliche Geschichte der Menschheit zu untersuchen, sondern dieselbe aus den Werken von Marx, Engels, Lenin etc. *herzuleiten*.⁹ Genau diese Gestalt hatte der „historische Materialismus“ ab Mitte der 30er Jahre des 20. Jahrhunderts angenommen, als die Abfolge bestimmter Gesellschaftsformationen zum wissenschaftlichen Standard des „Marxismus“, zum Fundament des „historischen Materialismus“ wurde, der vorgab, die Gesamtheit der Menschheitsgeschichte mit seinen Kategorien erfassen und erklären zu können.

War der ökonomische Determinismus bereits in der 2. Internationale zur Grundlage eines fehlerhaften Marxismusverständnisses in der deutschen Sozialdemokratie geworden¹⁰, so wurde mit der Theorie der Gesetzmäßigkeit der historischen Abfolge der gesellschaftlichen Formationen dem Ökonomismus der 2. Internationale noch ein revolutionärer Teleologismus beigelegt, der den Sieg des Sozialismus/Kommunismus als notwendiges Produkt der Menschheitsgeschichte darstellte und verkündete. Das war die Gestalt des „Histo-Mat“ im Sowjetmarxismus, in der DKP und den K-Gruppen in Westdeutschland, mit dem wir aufgewachsen und inzwischen alt geworden sind (und, dies sei hinzugefügt, den wir in der Vergangenheit ebenso geteilt hatten, bis uns die Fakten eines Besseren belehrten).

Vor bald 50 Jahren nahm diese Herleitung in der BRD eine weitere, *spezifisch westdeutsche Gestalt*, an. So haben in Deutschland Rudi Dutschke und Bernd Rabehl mit dem Ansatz begonnen, die Geschichte der russischen Revolution und ihrer weiteren Entwicklung aus der „Neuauslegung“ speziell einiger weniger bekannter¹¹ oder von Marx gar nicht veröffentlichter Schriften¹² erklären zu wollen. Dieser Ansatz hat unzählige Buchseiten gefüllt und die Debatte über den „asiatischen Charakter“ der russischen Despotie und des russischen Sozialismus beflügelt, ohne einen einzigen ernsthaften Erkenntnisgewinn zur Revolution und dem letztendlichen Scheitern der Sowjetunion ans Licht zu bringen.

Die Veröffentlichung des Genossen Thomas Kuczynski „Was bleibt von der Oktoberrevolution“¹³ – die im folgendem besprochen wird – ist ein Musterbeispiel dieses gerade kurz umrissenen Marxismusverständnisses. Kuczynski beschäftigt sich in dem genannten

⁹ Der „historische Materialismus“ des „Kurzen Lehrgangs“ liefert eine der Vorgaben für ein solches Verfahren.

¹⁰ Die Theorie vom „großen Kladeradatsch“ (Bebel), die die Revolution sozusagen direkt aus der ökonomischen Krise entstehen lässt.

¹¹ Hier sei auf die Veröffentlichung „Die Geschichte der Geheimdiplomatie des 18. Jahrhunderts“ von Marx verwiesen, erschienen bei Olle und Walter, die bezeichnenderweise den Untertitel erhielt „Über den asiatischen Ursprung der russischen Despotie“.

¹² Karl Marx: „Grundrisse der politischen Ökonomie“, Erstveröffentlichung 1939 und 1941 in zwei Teilen in Moskau. Dem Titel wurde in Klammern der Untertitel „Rohentwurf“ zugefügt.

¹³ Abgedruckt in der Zeitschrift „Berliner Debatte Initial“ Nr. 28, S. 133-141. Der Text hat seinen Ursprung in einem Vortrag des Genossen in der „Hellen Panke“ in Berlin vom 17. Oktober 2017.

Artikel mit der Frage des russischen Oktobers und seines Scheiterns. Er versucht, eine oder mehrere Ursachen des Scheiterns ausfindig zu machen, ohne die Niederungen der gesellschaftlichen Verhältnisse des zaristischen und später revolutionären Russlands zu betreten bzw. dieselben zu analysieren. Er verbleibt in der Tradition von Dutschke und Raebel, er sucht die Fehler des russischen Oktobers aus den abgehobenen Sphären der „Schrift“, vermittelt eines Vergleichs der Marxschen Ausführungen zur russischen Dorfgemeinde und der Leninschen Politik im Oktober 1917 herzuleiten. Aber was, wenn beide „Klassiker“ falsch lagen?

II. Thomas Kuczynski „Was bleibt von der Oktoberrevolution“

In dem Agrardekret des russischen Oktobers findet Genosse Kuczynski dann die erste verhängnisvolle Abweichung Lenins von den Marxschen Positionen. „Mit der – ich wiederhole – von den Sozialrevolutionären verlangten und von Lenin sanktionierten Enteignung des Gemeindelandes wurde genau dieser Stützpunkt zerstört“ (gemeint ist das Gemeineigentum der russischen Dorfgemeinde, das nach Marx der ‚Stützpunkt der sozialen Wiedergeburt Russlands‘ sein könnte; A.S.) und das Gemeineigentum in Privateigentum verwandelt.“¹⁴ Mit dieser von Kuczynski aufgedeckten Abwendung von der Marxschen Lehre bzw. ihrer Ignorierung – ob nun bedingt durch sozialrevolutionäre Einflussnahme, wie der Genosse nahelegt, oder nicht – hätte die russische Revolution ihren ersten agrar- und klassenpolitischen Sündenfall begangen, der dann in die „Zwangskollektivierung“ und den Niedergang der Sowjetunion mündete.

Was Genosse Kuczynski aus der Klassiker-Exegese herausgefiltert hat, ist schlichtweg Unsinn, denn mit dem Agrardekret wurde kein „Gemeineigentum in Privateigentum verwandelt“,¹⁵ doch dazu später mehr. Aber ein Unsinn, der leicht erklärbar ist, da Kuczynski *sich mit der wirklichen Geschichte der russischen Dorfgemeinde gar nicht beschäftigt hat*. Seine Erkenntnisse zur Dorfgemeinde entstammen den Schriften von Marx, Engels und Lenin. Was diese zur Dorfgemeinde publiziert haben und wie er, Kuczynski, die genannten Autoren verstanden bzw. missverstanden hat, das bildet die Grundlage seiner Veröffentlichung.

Passenderweise schrieb Marx selbst etwas zu einem solchen Herantreten an das Thema: „Was werfe ich dort“ (gemeint ist der *Nachtrag* zur deutschen Erstausgabe des Kapital Bd. 1, Hamburg, 1867, Seite 763; A.S.) „diesem Schriftsteller vor? Dass er die russische Dorfgemeinde *nicht in Russland, sondern in dem Buch* von Haxthausen, einem preußischen Regierungsrat, *entdeckt hat* und dass in seinen Händen die russische Dorfgemeinde nur als Argument dafür dient, dass das verfaulte alte Europa durch den Sieg des Panslawismus erneuert werden müsse.“¹⁶ (Hervorhebungen von mir; A.S.) Kuczynski ersetzt das Buch

¹⁴ Berliner Debatte Initial Nr. 28, S. 139

¹⁵ „Das Privateigentum am Grund und Boden wird für immer aufgehoben“, so heißt es gleich im ersten Satz des „Wählerauftrags“, der als „Richtschnur“ (Lenin) für die Umsetzung des Bodendekrets gelten sollte (LW Bd. 26, S. 250). Warum Kuczynski den ersten Absatz des „Wählerauftrags“ gar nicht zitiert und den gesamten Inhalt sowohl des Dekrets als auch des „Wählerauftrags“ nicht versteht, siehe weiter unten im Artikel.

¹⁶ Karl Marx, November 1877, MEW Bd. 19, S. 107. Dieser Brief wurde von Marx nicht abgeschickt und erst nach seinem Tod von Engels und V. Sassulitsch veröffentlicht.

von Haxthausen durch die Schriften von Marx, Engels und Lenin und meint damit, auf der sicheren Seite zu sein, was für einen Materialisten und revolutionären Marxisten, als welcher er sich sicherlich begreift, ebensolcher Unsinn ist wie seine Interpretation des Agrardekrets vom Oktober 1917, das er genauso wenig analysiert hat wie die Geschichte der russischen Dorfgemeinde (wie wir weiter unten noch aufzeigen werden).

Seit den Ausführungen von Marx zur russischen Dorfgemeinde sind in der wirklichen Welt fast anderthalb Jahrhunderte vergangen und der Forschungsstand über diese Dorfgemeinde ist ein anderer als er es in den Jahren 1850 bis 1880 war, als Marx seine Hypothesen u. a. zur russischen Dorfgemeinde entwickelte. Das, was zur Mitte des 19. Jahrhunderts eine *geniale Hypothese auf dem gegebenen Stand der Wissenschaft war* - und genau dem entsprach die Marxsche Position zu dieser Zeit -, ist heute eine Theorie, deren wissenschaftliche Grundlage nicht mehr aufrecht zu halten ist. 150 Jahre später und um eine Vielzahl von Entdeckungen über die menschliche Geschichte reicher ist dies ein vergeblicher Versuch, die Richtigkeit der „Schrift“ gegenüber wissenschaftlich belegten Tatsachen zu verteidigen.

Marx und der Agrarkommunismus

Die Auffassungen von Marx und Engels zu aktuellen politischen Fragen und zu historischen Themen wie beispielsweise zur Entwicklung historischer Gesellschaftsformen in der Menschheitsgeschichte entsprachen dem Stand der bürgerlichen Wissenschaft zu ihrer Zeit. So sind ihre Aussagen nicht nur zur russischen, sondern ebenso zur indischen oder zur germanischen Dorfgemeinde einzuordnen. Nun zeichnet die bürgerliche Forschung samt Spatenarchäologie seit mehr als 100 Jahren ein weitgehend anderes Bild als Marx und Engels aus ihren Quellen folgern konnten.

Carsten Goehrkes gründliche und lesenswerte Arbeit zum Thema „Die Theorien über Entstehung und Entwicklung des „MIR“ schreibt dazu: „Marx` Briefe¹⁷ zeigen also, dass seine These vom urgesellschaftlichen Gemeineigentum ursprünglich in Berichten über asiatische Bodenkollektive wurzelt; dass er sich ferner die Auffassungen der zeitgenössischen bürgerlichen Forschung, die die russische Umteilungsgemeinde als urzeitlich interpretierte, zu eigen gemacht hat und darin und in der Markgenossenschaftstheorie von Maurer eine Bestätigung seiner eigenen Auffassung sah. Im Grunde vertritt Marx also das gleiche – nur auf eine rein materialistische Basis und in den Zusammenhang eines dialektischen Geschichtsbildes gestellte – Entwicklungsschema wie Roscher, Maine und Laveleye; dass nämlich der Agrarkommunismus die ökonomisch-naturgesetzliche Ausgangsbasis der Grundbesitzentwicklung bei allen Völkern sei. Jedoch scheint er unabhängig von ihnen zu dieser Auffassung gelangt zu sein, wenn er sich auch auf genau die gleichen Quellen stützt. *Diese kurzen Bemerkungen haben wohl gezeigt, in welchem Umfang Marx dem Forschungsstand seiner Zeit verhaftet war.*“¹⁸ (Hervorhebung von mir; A.S.)

Gerade die im letzten Satz geäußerte Einschränkung ist Marx eben nicht zum Vorwurf zu machen. Welcher ernsthafte Forscher ist nicht „dem Forschungsstand seiner Zeit verhaftet“? Auf welchem anderen Fundamenten kann ein Forscher zu neuen Erkenntnissen ge-

¹⁷ MEW Bd. 32, S. 42-43

¹⁸ Goehrke: „MIR“, S. 170

langen als auf den von der wissenschaftlichen Forschung zusammengetragenen Fakten? Goehrke zielt in der angeführten Stelle auch mehr auf die russischen Forscher¹⁹ und die heutigen „Marxisten“, die sich weigern, die Auseinandersetzung mit den bürgerlichen Forschungsergebnissen zu suchen, um in Kenntnis und Debatte mit diesen Positionen die Ausführungen von Marx entweder zu verteidigen oder zu verwerfen.

Eben *nicht* dem Forschungsstand ihrer Zeit verhaftet, sondern dem der Mitte des 19. Jahrhunderts, das war die sowjetische Forschung zu historischen Themen im 20. Jahrhundert, wie Goehrke es belegt. Und der Genosse Kuczynski behandelt die russische Dorfgemeinde ausgehend von demselben 150 Jahre alten wissenschaftlichen Fundament, ohne ein Wort zu den gegenteiligen und gut belegten Ergebnissen der bürgerlichen Forschung zu verlieren, die weiter unten kurz dargestellt werden.

Marx und die russische Dorfgemeinde

Zur Zeit Marxens war die russische Dorfgemeinde gerade erst „entdeckt“ worden, durch den bereits erwähnten preußischen Regierungsrat Haxthausen und seine viel beachteten Veröffentlichungen darüber. Für die Slawophilen in der russischen Intelligenz war diese Dorfgemeinde Ausdruck der sozialen Überlegenheit der slawischen Rasse und Angelpunkt einer künftigen sozialen Neugestaltung des zaristischen Russlands. Nicht der qualvolle kapitalistische Weg des Westens wäre das Schicksal Russlands, sondern dank der „sozialistischen“ Struktur des russischen Dorfes (Gemeineigentum der Dorfgemeinde) könne Russland ohne wesentliche ökonomische und soziale Umgestaltungen *allein durch die politische Revolution* (Bakunin) direkt zum Sozialismus gelangen. Der russische Bauer war für sie „der geborene Revolutionär“. Für diese Auffassungen bildete die „Entdeckung“ der Dorfgemeinde als Umteilungsgemeinde die theoretische und politische Grundlage. Bis

¹⁹ Er zitiert ausgiebig die Forschungsmethode eines Autors der Großen Sowjetenzyklopädie: „Am Anfang seiner Untersuchungen stellt Grekov (sowjetischer Forscher zum Thema) stets – entsprechendes haben wir schon anhand der ‚Großen Sowjet Enzyklopädie‘ festgestellt – das von Friedrich Engels übernommene Geschichtsthema. Nach diesem Schema hat sich die Auflösung der kommunistischen Urgesellschaft in folgenden Etappen vollzogen: Die Sippe (*rod*) als Grundlage der gesellschaftlichen Ordnung bei allen Völkern der Urgesellschaft gipfelt auf der Höhe ihrer Entwicklung in einer ‚patriarchalischen Familiengemeinschaft‘, die mehrere Generationen umfasst und deren Glieder das Land und alle Habe gemeinsam besitzen und eine gemeinsame Wirtschaft führen. Beim Zerfall des Sippenverbandes entsteht als Übergang zur politischen Organisation die Landgemeinde, in der jedoch anfänglich noch die Prinzipien des Gemeineigentums zusammen mit der Großfamilie erhalten bleiben.

An die Darlegung dieses abstrakten Schemas schließt sich stets eine typische Formulierung an, in der der Sowjethistoriker anhand des Schemas sein Forschungsziel umreißt, wie etwa diese: ‚Meine Aufgabe besteht darin, auf der Grundlage dieser wissenschaftlichen Verallgemeinerung diesem Gegenstand angemessen gegebene Quellen zu benutzen und nach Möglichkeit den Entwicklungsprozess der russischen Gemeinde zu skizzieren.‘ Die Forschungsmethode des Sowjethistorikers hat also einen der Methode des kritisch-offenen Forschens diametral entgegengesetzten Gang: statt aus den Quellen eine Entwicklung zu erschließen, trägt sie eine dogmatisch-fixe These an die Quellen heran; statt induktiv zu arbeiten, arbeitet sie deduktiv; *statt ein überkommenes Lehrgebäude immer wieder kritisch an den Quellen auf seine Richtigkeit zu überprüfen, hält sie starr an der naturgesetzlichen Richtigkeit eines 100 Jahre alten Schemas fest, das selbst nicht in Frage gestellt werden darf und dem die Quellen untergeordnet werden müssen.*“ (Goehrke, ebd S.166, Hervorhebungen von mir; A.S.) Nicht anders formuliert Minc (sowjetischer Geschichts- und Revolutionsforscher) seine Vorgehensweise bei der Darstellung der russischen Revolution (siehe AzD 89, S.16).

Mitte der 70er Jahre des 19. Jahrhunderts standen Marx und Engels in heftiger Auseinandersetzung mit dieser Strömung des Anarchismus (Bakunin) und den slawophilen „Revolutionären“ in Russland. Der Brief von Marx (an Engels), auf den sich Goehrke im obigen Zitat beruft, macht dies deutlich.

„Auf dem Museum ... u.a. die neuesten Schriften von old Maurer (dem alten bayrischen Staatsrat, der schon Rolle gespielt als einer der Regenten Griechenlands und die Russen mit zuerst, lang vor Urquhart, denunziert) geochst *über deutsche Mark-, Dorf- etc. Verfassung*. Er zeigt ausführlich nach, dass das Privateigentum am Boden erst später entstand usw. Die blödsinnige westfälische Junkeransicht, dass die Deutschen sich jeder für sich niedergelassen und erst nachher Dörfer, Gaue etc. gebildet, vollständig widerlegt. Interessant gerade jetzt, dass die russische Manier der Wiederverteilung in bestimmten Terminen (in Deutschland erst jährlich) des Bodens sich in Deutschland stellenweis bis ins 18. und selbst 19. Jahrhundert erhielt. Die von mir aufgestellte Ansicht, dass überall die asiatischen resp. indischen Eigentumsformen in Europa den Anfang bilden, erhält hier (obgleich Maurer nichts davon weiß) neuen Beweis. *Für die Russen verschwindet aber auch die letzte Spur eines Anspruchs of originality, selbst in this line. Was ihnen bleibt, ist, noch heute in Formen zu stecken, welche ihre Nachbarn seit langem abgestreift*. Die Bücher des old Maurer (von 1854 und 1856 etc.) sind mit echt deutscher Gelehrsamkeit geschrieben ...“²⁰ (Hervorhebung von mir; A.S.)

Dies schrieb Marx 1868. Die Spitze gegen die russischen Slawophilen ist nicht zu überlesen. Wenige Jahre später hat Marx neue Informationen über die russische Dorfgemeinde erhalten und bittet den russischen Übersetzer des Kapitals, Danielson, um Auskunft. „Ich wäre Ihnen sehr dankbar für einige Informationen über Tschitscherin's Auffassungen von der geschichtlichen Entwicklung des Gemeindegüter in Russland und über seine Polemik in dieser Angelegenheit mit Bjeljajew.²¹ *Die Art, wie diese Form des Eigentums (geschichtlich) in Russland begründet wurde, ist natürlich eine Frage zweiten Ranges und hat überhaupt nichts mit der Bedeutung dieser Einrichtung zu tun.* (Hervorhebung von mir, A. S.) ... Zudem spricht alle historische Analogie gegen Tschitscherin. Wie soll es möglich sein, dass in Russland diese Institution als rein fiskalische Maßnahme, als Begleiterscheinung der Leibeigenschaft eingeführt worden sein soll, während sie überall natürlich entstanden ist und eine notwendige Phase der Entwicklung freier Völker bildete?“²²

Die Nachfrage verdeutlicht, dass sich in Russland unterschiedliche Auffassungen zur Entstehungsgeschichte der russischen Dorfgemeinde herausbildeten. Marx – obwohl noch immer in offener Frontstellung zu den Slawophilen – hält die Entstehung der Dorfgemeinde aus „fiskalischen Maßnahmen“ für unwahrscheinlich, da für ihn weiterhin das Gemeindegüter am Boden „überall natürlich entstanden ist und eine notwendige Phase der Entwicklung freier Völker bildete“. Aber noch immer war die „Faktenlage“, der Forschungsstand der damaligen Zeit über die tatsächliche Entstehungsgeschichte, so spärlich, dass

²⁰ MEW Bd. 32, S. 42-43

²¹ Der Herausgeber des Briefwechsels verweist darauf, dass diese Auseinandersetzung im Jahr 1856 in verschiedenen russischen Zeitschriften geführt wurde. „Während Tschitscherin ... in der Agrarkommune eine staatliche Verwaltungseinrichtung jüngeren Datums sah, betrachtete Bjeljajew ... sie als uralte slawische Volkseinrichtung.“

²² Marx, 22.03.1873: Die Briefe von Karl Marx und Friedrich Engels an Danielson, Leipzig 1929, S. 14

gesicherte Erkenntnisse nicht zu formulieren waren. Und so sprach nichts Ernsthaftes gegen die Hypothese von Marx und er konnte seinem Briefpartner (der Volkstümler war) das Zugeständnis machen, dass die Entstehung der Dorfgemeinschaft eine Frage „zweiten Ranges“ sei gegenüber der Bedeutung ihrer tatsächlichen Existenz. Wir werden sehen, dass auch diese Annahme falsch war.

Die wirkliche Geschichte der russischen Bauernschaft

„Einerseits lässt man den Ausländer nicht das Dorf besuchen, damit er nicht etwas erblickt und es der Welt erzählt; andererseits wird der Russe vom Dorf ferngehalten, damit er nicht überflüssiges Licht in dasselbe hineinträgt. Ist es da nicht verwunderlich, dass nicht nur Europa, sondern auch Russland das Dorf nicht kennt.“ Wie schwierig es im 19. Jahrhundert gewesen war, ein genaueres Bild von der russischen Dorfgemeinde zu gewinnen, macht das obige Zitat aus dem Jahr 1906 deutlich. Carsten Goehrke, der es in seiner dreibändigen Geschichte des russischen Alltags anführt, fügt noch hinzu: „Die bäuerliche Welt Russlands zeigte sich also auch am Anfang des 20. Jahrhunderts Außenstehenden immer noch als ein kaum zugänglicher eigener Kosmos, und der Autokratie war es nur recht so.“²³

Von der „russischen Bauernschaft“ zu sprechen ist irreführend, da sie sowohl geographisch als auch sozial sehr unterschiedlich geprägt war. Stephen A. Smith umreißt die ungefähre zahlenmäßige und regionale Verteilung der unterschiedlichen Teile der russischen Bauernschaft zu Beginn des 20. Jahrhunderts. „1905 verfügten in den 46 Provinzen des europäischen Teils von Russland 8,68 Millionen Haushalte über Land, das formell der kommunalen Neuaufteilung unterstand, während 2,3 Millionen über Landbesitz auf erblicher Basis verfügten (das also vom Vater auf den Sohn überging). ... Im Baltikum gab es keine derartigen Dorfgemeinschaften, und in der Ukraine herrschte die Erbfolge vor.“²⁴ In den zwei Jahrzehnten vor der Revolution sind also etwas mehr als ein Viertel der russischen Bauern *Landeigentümer* und annähernd dreiviertel der Bauern sind *keine Eigentümer* ihrer Ackerflächen. Sie besitzen sie durch die Dorfgemeinde, die der Eigentümer des Bodens ist und über seine Verteilung in der Dorfgemeinde entscheidet. Diese unterschiedlichen Eigentumsverhältnisse sind dazu regional deutlich geschieden. Die Ukraine, das Baltikum, teilweise Sibirien und verschiedene kosakische Siedlungsgebiete sind Regionen mit Privateigentum am Boden. Hier nimmt die Revolution einen anderen Verlauf als in den Gebieten der Umteilungsgemeinde.

So kann auf den folgenden Seiten nur ein ganz cursorischer Rückblick auf die Geschichte der russischen Bauernschaft, hauptsächlich jener Bauern in den zentralrussischen Gebieten gegeben werden, um den Umfang dieser Rezension nicht zu sprengen. Hier und weiter südlich in dem zentralen Schwarzerdegebiet dominierte im 19. und 20. Jahrhundert die Umteilungsgemeinde, die auch im Zentrum der weiteren Darstellung stehen wird, da sie die entscheidende Kraft der bäuerlichen Agrarrevolution 1917/18 bildete. Der interes-

²³ Goehrke: Russischer Alltag, Bd. 2, S. 178

²⁴ Smith, S. 37-38.

sierte Leser wird allerdings genug Quellenhinweise finden, um das Thema vertiefen zu können.

Sehr dünn ist diese Quellenlage wenn es um die Situation der Bauernschaft zur Zeit des Kiewer Rus geht. Gesicherte Hinweise aus Klosterakten gibt es erst ab dem 14. Jahrhundert. *Dort ist von einer Umteilungsgemeinde noch keine Rede.* Der Bauer sitzt auf einem durch Brandrodung (Schwendwirtschaft) geschaffenen Hof und ist im Regelfall auch Eigentümer des Hofes, wobei das „Eigentum“ an Land von geringer Bedeutung war, da er aufgrund seiner Wirtschaftsweise alle 20 bis 30 Jahre „umzog“. Geographisch bedingt ist er zumeist Waldbauer, der seinen Lebensunterhalt durch Jagd, Fischfang, Zeidlerei etc. aufbesserte.

„Den Wald zu roden brauchte einen Arbeitsaufwand, der die Kräfte eines einzelnen überstieg. Daher kann man annehmen, dass anfänglich die erwachsenen Söhne mithalfen, die neue Wirtschaft aufzubauen, bevor auch sie sich selbstständig machten. Gelegentlich wurde auch ein Fremder als 'Nachbar' (sosed) in Haus und Wirtschaft aufgenommen, um eine zusätzliche Arbeitskraft zu gewinnen. ...

Streusiedlung und Schwendwirtschaft bedingten einander anfänglich, denn da der Rotationszyklus der Schwendäcker zwanzig bis 30 Jahre betrug, benötigte schon ein einzelner Hof geeignete Waldreserven ... Wegen des großen Arbeitsaufwandes und des Schrumpfens der Waldreserven dürften die Bauern sehr bald dazu übergegangen sein, die hofnahen Ackerländereien dauernd zu bewirtschaften.“²⁵

Wie lässt sich der ökonomische, der soziale und rechtliche Status des russischen Bauern im Spätmittelalter fassen? „So entstand im Laufe des 14. und 15. Jahrhunderts *der Typus des grossrussischen Waldbauern*, der an Bewegungsfreiheit, wirtschaftliche Eigeninitiative und Selbstständigkeit gewöhnt war. Persönlich frei und an niemandes Weisungen gebunden entschied er selbst darüber, ob er an einem Ort bleiben wollte oder nicht. Das Spätmittelalter war eine Zeit ungebremster bäuerlicher Mobilität. Zeigte sich der Siedelplatz gegenüber Kriegszügen als zu exponiert, als zu anfällig für Missernten oder lagen die Abgaben zu hoch, suchte man sich einen anderen und nutzte die steuerfreien Jahre für Neusiedler. Diese Einstellung behielt der Bauer auch, wenn er sich auf dem Land eines Klosters oder weltlichen Grundherren niederließ. Zwar versuchten einzelne große Klöster bereits seit der Mitte des 15. Jahrhundert die Freizügigkeit ihrer Hintersassen einzuschränken, aber erst die Gerichtsordnung von 1497 schrieb generell vor, dass Bauern das von ihnen bewirtschaftete Land nur zu einem einzigen Termin im Jahr – jeweils eine Woche vor und nach dem St. Georgstag im Herbst (26. November) verlassen dürfen.“²⁶

Der russische Bauer im 14. Jahrhundert ist in der Regel persönlich frei, von „ungebremster bäuerlicher Mobilität“, kennt zwar das „mir“ als unterste Verwaltungseinheit des zaristischen Staates, *aber eben nicht als Umteilungsgemeinde.* Die Steppe mit ihren fruchtbaren Schwarzerdeböden war noch von den Tataren beherrscht und konnte noch nicht von den russischen Bauern besiedelt werden. In den nordrussischen Waldregionen war die Siedlungsdichte der Bauernschaft weiterhin gering.

²⁵ Goehrke: Russischer Alltag, Bd. 1, S. 181

²⁶ Ebd, S. 179

„Rodesiedlung aber war *gestreute Kleinsiedlung*. Repräsentativ lässt sich dies auf Grund der weitgehend erhaltenen Steuerkataster des ausgehenden 15. Jahrhunderts für das Nowgoroder Land ermitteln, wo über 89 Prozent aller Siedlungen nicht mehr als vier Höfe zählten, über 40 Prozent aus lediglich einem Hof und 40 Prozent aus zwei Höfen bestanden. ... Auch in den zentraler gelegenen Regionen des Nordost-Rus um Moskau prägte die Kleinsiedlung das Landschaftsbild. Steuerkataster aus dem 15. Jahrhundert sind hier zwar nicht erhalten, doch lassen sich aus den Grundbesitzakten vor allem des Metropolithaus und der großen Klöster lokale Situationsbilder gewinnen. Selbst im Kreise Moskaus zählten von den 130 Siedlungen, die zu Beginn des 16. Jahrhunderts im Besitz des Troize-Sergijew-Klosters standen, mehr als 45 Prozent nur einen bis zwei Höfe, mehr als drei Viertel hatten höchstens fünf Höfe.“²⁷ Unter diesen Bedingungen ist eine Umteilungsgemeinde in der bäuerlichen Praxis bereits wegen der Dorfgröße weder sinnvoll noch erklärbar, erst recht nicht aufgrund der Produktionsweise, die vielfach noch immer durch die Brandrodung geprägt ist.

III. Die Dorfgemeinde in der russischen Geschichte und Revolution

Die Entstehung der Umteilungsgemeinde und die „außerökonomische Gewalt“

Wie nun ist aus dieser persönlich freien und von erheblicher Mobilität geprägten Bauernschaft die Umteilungsgemeinde mit leibeigener Bauernschaft entstanden? Dies geschah keineswegs durch die Entwicklung der Produktivkräfte, die sich bis weit in die Moderne im russischen Dorf kaum änderten. Die Änderung der Produktionsverhältnisse und der rechtlichen Lage der Bauernschaft geschah durch „außerökonomische Gewalt“, durch Eingriff des Staates, der Klöster und der großen Landbesitzer. Sie verwandelten den freien und örtlich nicht gebunden russischen Bauer in einen unfreien, leibeigenen und dauerhaft an die Dorfgemeinde gefesseltes Ausbeutungsobjekt. *Dies begann im 18. Jahrhundert, und der Prozess dieser gewaltsamen Umwandlung dauerte bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts.* Je nach Region und Rechtstellung der Bauernschaft geschah diese Umwandlung schneller oder langsamer. Im Zentrum der Schwarzerdegebiete geschah es deutlich schneller als in den Randregionen, bei den Staatsbauern langsamer als bei den Gutsbauern.

Aber dieser Eingriff der außerökonomischen Gewalt hatte auch eine bedeutende gesellschaftspolitische Auswirkung, die von den bürgerlichen Historikern wenig thematisiert wurde: Sie gab den landlosen und armen Bauern, also jenen Kategorien der Landbevölkerung, mit denen Lenin später das klassenpolitische Bündnis suchte, Land auf Kosten der wohlhabenden und landbesitzenden Bauernschaft. Die zwangsweise Erschaffung der Umteilungsgemeinde durch Staat, Kirche und Grundbesitz hatte neben der Steuereffizienz im Interesse der Herrschenden auch diese zweite Seite, dem landarmen Dorfbewohner Land zu verschaffen und entsprechend der Entwicklung seiner Familiengröße auch weiterhin zu garantieren.

Die Annahme von Marx, dass „*die Art, wie diese Form des Eigentums (geschichtlich) in Russland begründet wurde, ... eine Frage zweiten Ranges*“ sei, war darum unzutref-

²⁷ Ebd, S.178

fend. Für die Masse der armen Bauernschaft war die Schaffung der Umteilungsgemeinde gegen die landbesitzende, wohlhabende Bauernschaft ein wesentlicher Fortschritt bei der Verbesserung ihrer Lebenssituation. Dies erklärt, weshalb die große Mehrheit der russischen Bauernschaft die Umteilungsgemeinde auch im 20. Jahrhundert mit „Zähnen und Klauen“ verteidigt hat. Folgen wir nun den bürgerlichen Darstellungen aus verschiedenen Quellen, wie sie diesen Prozess der Entstehung der Umteilungsgemeinde schildern.

„Alle Reformen (gemeint sind die Verwaltungs-, Armee- und Steuerreformen von Peter I; A.S.) kosteten Geld ... Um die Reform zu finanzieren, ... wurde das gesamte Steuersystem von der bisherigen Steuer je Hof (auf dem sich ja eine große Familie versammeln ließ) auf eine Kopfsteuer umgestellt, die Bauern und Sklaven gleichsetzte und von 'jeder männlichen Seele' erhoben wurde. ... Um die erhöhte Belastung durchzusetzen, mussten Gutsbesitzer und Staat die Gesamthaftung der bäuerlichen Gemeinden ausbauen. Da Steuer und Rekrutenaushebung Reiche und Arme in gleicher Weise trafen, wirkten sich Flucht oder Armut einer Familie, die einmal im staatlichen Register aufgenommen war, für alle im Dorf verheerend aus. Gutsbesitzer und Bauern gingen deshalb immer mehr dazu über, den alten Dorfgemeinden eine neue Funktion zuzuweisen – das Land unter alle gleichmäßig zu verteilen. Daraus folgte, da die Familien unterschiedlich wuchsen, dass das Land nach gewissen Fristen wieder neu verteilt werden musste, wobei als Maß entweder jede (männliche) 'Seele' oder das 'Joch' eines Ehepaares galten. Wo diese Regelung durchgesetzt wurde, verloren die Bauern also das private Besitzrecht am Boden.“²⁸

Aus der untersten Verwaltungseinheit des russischen Staates, dem ‚MIR‘, entstand nun zusätzlich die Umteilungsgemeinde mit gemeinschaftlichem Bodeneigentum. Dies geschah natürlich keineswegs so reibungslos und harmonisch, wie die Darstellung Noltes es nahelegt. Der Druck des Staates und der Grundbesitzer auf die Bauern nahm bei dieser Neuordnung erheblich zu, die Leibeigenschaft der Bauern und ihre Bindung an die Dorfgemeinde bildeten sich heraus, und die wohlhabenden Landeigentümer wehrten sich entsprechend ihren Möglichkeiten.

„Dies alles: die staatlichen (einheitlichen)²⁹ wie die privaten (nach dem Grundherrn des zu bearbeitenden Landes differenzierten) Abgaben und Dienste organisierte und verteilte die Dorfgemeinde. Sie nahm nun in der Tat jene multifunktionale Form an, die ihr die Slawophilen um die Mitte des 19. Jahrhunderts zuschrieben. Gehäuse der Selbstverwaltung war sie schon lange; diese Funktion dürfte die älteste gewesen sein und bis ins Mittelalter zurückreichen. ... Als Gesamteigentümer und Organ der Um- und Zuteilung sowohl des Grund und Bodens als auch der staatlichen wie der privaten Abgaben und Leistungen aber nahm sie erst in den frühen Dekaden des 18. Jahrhunderts Gestalt an.“³⁰

„Die Einführung der Kopfsteuer samt der Regularisierung von barščina³¹ und obrok³² gab diesem Prozess einen weiteren endgültigen Schub. Denn nun bot es sich an, die erfor-

²⁸ Nolte, S. 97

²⁹ Gemeint sind die Kopfsteuer und die Rekrutensteuer (Abstellung von Rekruten in bestimmter Anzahl für die Armee).

³⁰ Hildermeier 2013, S. 596

³¹ Fronleistungen.

³² Bäuerlicher Zins

derliche fiskalisch-ökonomische Leistungsfähigkeit durch eine entsprechende Landausstattung sicherzustellen. Die Verwaltungsgemeinde wurde über die Umteilungsgemeinde zur Solidarhaftungsgemeinde, der vor allem daran gelegen sein musste, nicht ‚steuerfähige‘ Armut zu vermeiden. Dass sie darüber hinaus die Ausbildung bestimmter Denk- und Handlungsmuster begünstigte und eine spezifische dörfliche Mentalität entstand, ergab sich mit erheblicher Zwangsläufigkeit. Und auch eine weitere, generelle Beschränkung der Freizügigkeit in Gestalt des 1719 verfüigten Passzwangs gehört nicht nur in den Kontext der Konskription und des Problems der Desertion. Vielmehr half sie den Dorfgemeinden, ... ihren Steuerpflichten nachzukommen. Da der Fiskus seine Forderungen auf der Grundlage der Revisionszählungen pauschal ... an die obščiny übermittelte, hatten diese ein lebhaftes Interesse daran, ihre Mitglieder am Ort zu halten. ...

Wenn man daher auf die einst heftig diskutierte Frage nach der Entstehung der obščina, ihrem historischen Kontext und ihren Gründen, eine Antwort geben will, so lässt sich am ehesten auf den Zusammenhang mit der Herausbildung der Leibeigenschaft bis hin zu ihrer fiskalischen Festschreibung unter Peter und seinen Nachfolgern verweisen: Die Dorfgemeinde in ihrer entwickelten Form des 19. Jahrhunderts war ihr Geschöpf und ihre elementare, unverzichtbare Funktionseinheit. Endgültig wurde die obščina nun zur geschlossenen dörflichen Lebenswelt, zu jenem monadischen Kosmos, der wenig Kontakte nach außen hatte und den Staat nicht nur als fremd, sondern vor allem als ausbeuterisch und bedrohlich betrachtete.³³

Wie kurz dargestellt, ist es einer ganzen Reihe bürgerlicher Wissenschaftler gelungen, die inzwischen zugänglichen Quellen zu nutzen, um die wirkliche Geschichte der Dorfgemeinschaft *zu erforschen*. Sie sind heute in der Lage, eine komplett andere Geschichte der russischen Dorfgemeinde präsentieren können, als wir sie in den Schriften von Marx oder Lenin finden können. Und dazu konnten wir erkennen, dass die „uralte Institution“ der Umteilungsgemeinde gerade wenige Jahrzehnte vor ihrer „Entdeckung“ durch Haxthausen ihre endgültige Form gewonnen hatte.

Bei dieser Faktenlage ist es zweifelsfrei eine originelle Idee, das Scheitern des Sozialismus in der Sowjetunion aus den Abweichungen Lenins von der Marxschen Interpretation erklären zu wollen. Aber was interessiert die Linke die Fakten, wenn die „Schrift“ uns eine intellektuell viel reizvollere Darstellung liefern kann.

Der Sassulitsch-Brief

Nach diesem Exkurs über Marx und die russische Dorfgemeinde zurück zu Genossen Kuczynski und seinen Betrachtungen zum Thema „Was bleibt von der Oktoberrevolution?“. Ausgangspunkt seiner oben dargestellten Überlegungen von der Umwandlung des Gemeineigentums der Dorfgemeinde in das Privateigentum des einzelnen Bauern, bewerkstelligt durch Lenins fehlerhaftes Agrardekret, ist die teils präzise (für England), teils kryptische Aussage von Marx zur Zukunft der russischen Dorfgemeinde in seinem Antwortschreiben an Vera Sassulitsch.

³³ Hildermeier 2013, S. 596-597

„Das Privateigentum, das auf persönlicher Arbeit gegründet ist ..., wird verdrängt durch das kapitalistische Privateigentum, das auf der Ausbeutung der Arbeit anderer, auf Lohnarbeit begründet ist.“ So zitiert Marx sich selbst aus dem Kapital, um dann auf Russland bezogen fortzufahren: „Bei dieser Bewegung im Westen handelt es sich um die Verwandlung einer Form des Privateigentums in eine andere Form des Privateigentums. Bei den russischen Bauern würde man im Gegenteil ihr Gemeineigentum in Privateigentum umwandeln.“³⁴

Genau hier hat unser Genosse den Gedanken gefunden, dass mit dem Landdekret des russischen Oktobers das „Gemeineigentum“ des russischen Bauern in „Privateigentum“ umgewandelt würde. Marx schrieb obige Zeilen an Sassulitsch im März 1881, wie dargestellt, in Unkenntnis der tatsächlichen Geschichte der russischen Bauernschaft. Das Gemeineigentum der Umteilungsgemeinde entstand historisch im 18. und 19. Jahrhundert *vermittels der gewaltsamen Aufhebung des Privateigentums der landbesitzenden und wohlhabenderen Bauernschaft* am Boden. Es entstand, um dem Staat ein höheres Steueraufkommen zu sichern und sicherte dem Besitzlosen die Landnutzung entsprechend seiner Familiengröße, um diese Steuern zahlen zu können. Das individuelle bäuerliche *Privateigentum* am Boden wird zugunsten eines individuellen *Bodenbesitzes*, der von der Gemeinde periodisch zugeteilt wird, abgeschafft.

Dieser Prozess hat nichts zu tun mit dem, was Marx am englischen Beispiel im Sassulitsch-Brief entwickelt („Verwandlung einer Form des Privateigentums in eine andere Form des Privateigentums“). In den Regionen Russlands, wo sich die Umteilungsgemeinde herausbildete, genauer gesagt durch außerökonomischen Zwang von Staat, Kirche und Grundbesitz geschaffen wurde, geschieht dies durch *die Expropriation des bäuerlichen Privateigentums am Boden*. Dieser Boden wird allen, auch den landarmen und landlosen Gemeindemitgliedern, zur Nutzung übergeben. Die im 17. und beginnenden 18. Jahrhundert deutlich hervortretende soziale Schichtung der Bauernschaft in wohlhabende, arme und landlose Dorfbewohner wird nivelliert und durch einheitliche Ackerflächen entsprechend der jeweiligen Familiengrößen ersetzt.

Eine Agrarreform also, sowohl im Interesse der Herrschenden (höhere Einkünfte) *und* der armen und landlosen Dorfbewohner, die nun durch den von der Gemeinde periodisch neu zugeteilten Landbesitz als individuelle Bodenbesitzer agieren und Steuern zahlen können. Politisch wird dieser Prozess von der Ausdehnung und Befestigung der Leibeigenschaft begleitet, da der adlige Grundbesitz auf die bäuerliche Arbeitskraft angewiesen bleibt. Dies ist eine völlig andere Entwicklung, als sie Marx im „Kapital“ am englischen Beispiel entwickelt, und ihre Bedeutung ist nur erkennbar, wenn man sich mit der konkreten Geschichte der russischen Bauernschaft beschäftigt.

Die „kleine Warenproduktion“ und die „kapitalistischen Tendenzen“ im russischen Dorf

Bekanntlich entschied sich die russische Bauernschaft – in Unkenntnis der Marxschen Prognose im Sassulitsch-Brief – in ihrer großen Mehrheit 1917, das Privateigentum an Grund und Boden „für immer aufzuheben“. Marx irrte zur Geschichte der russischen

³⁴ MEW Bd. 35, S. 166

Dorfgemeinde, aber er irrte entsprechend dem Wissen seiner Zeit. Was man Marx nicht vorwerfen kann, ist, verantwortlich für die Theorie des Genossen Kuczynski zu sein, der es sich auch anderthalb Jahrhunderte später nicht vorzustellen wagt, dass der russische Bauer in seiner Revolution anders handeln könnte, als Marx es vorhergesagt hatte. Da lässt Kuczynski lieber den gesamten 1. Punkt des „Wählerauftrags“³⁵, der dem Bodendekret beigelegt wurde, weg, wo es heißt: „Das Privateigentum am Grund und Boden wird für immer aufgehoben, der Boden darf weder verkauft noch gekauft, weder in Pacht gegeben noch verpfändet, noch auf irgendeine andere Weise veräußert werden.“³⁶ Und das, obwohl Kuczynski genau diesen Text *ab Punkt 2* sehr ausführlich zitiert. Hier hat die Ideologie sogar über den Wortlaut der „Schrift“ (LW, Bd. 26) gesiegt.

In dem Text des „Wählerauftrags“, der dem Agrardekret als „Richtschnur“ beigegeben wurde, bleibt kein Platz für *Privateigentum* am Boden, der Bauer wird zeitweiliger *Besitzer* – *nicht Eigentümer* – der ihm von der Dorfgemeinde zugeteilten Parzelle. Damit wird er – genauer bleibt er –, was der landbesitzende Bauer auch schon zuvor in der Dorfgemeinde war: individueller „kleiner Warenproduzent“, der ökonomisch den „freien Getreidehandel“ fordert und mit dem Sozialismus nicht „viel am Hut hat“. Dies ist es, was Kuczynski uns eigentlich sagen möchte und auf Seite 138 seines Textes auch ausführlich mit Plechanow als Kronzeugen entwickelt. „Die wirtschaftliche Tätigkeit der Bauern ... wird nicht auf den Sozialismus, sondern auf den Kapitalismus gerichtet sein“, zitiert er Plechanow.

So richtig die erste Hälfte des zitierten Satzes ist, so falsch ist die zweite Hälfte. Der russische Bauer ist im Gegensatz zur Auffassung der Volkstümmler kein Anhänger des Sozialismus, soweit völlig richtig. Völlig falsch aber ist die Annahme, der Bauer strebe eine Auflösung der Dorfgemeinde in Richtung auf eine Existenz als „freier kapitalistische Farmer“ (Lenin) an. Der russische Bauer ist kein Anhänger des Kapitalismus, und seine wirtschaftliche Tätigkeit zielt weder subjektiv noch objektiv auf die Aufrichtung des Kapitalismus, auch wenn Plechanow, Lenin³⁷, Luxemburg und auch Kuczynski selbst dies als unvermeidliche, gesetzmäßige Entwicklung unterstellen.

So schrieb Lenin nach der Revolution von 1905 zum Agrarprogramm der russischen Sozialdemokratie: „Die Quelle dieses letzteren Fehlers (Behandlung der Agrarfrage im alten Parteiprogramm, A.S.) war die, dass wir wohl die *Richtung* der Entwicklung, nicht aber den *Moment* der Entwicklung richtig erkannten. Wir nahmen an, die Elemente der kapitalistischen Landwirtschaft seien in Russland bereits vollkommen ausgebildet – so-

³⁵ Siehe zu den Unterschieden zwischen Dekret und Wählerauftrag weiter unten im Artikel.

³⁶ LW Bd. 26, S. 250

³⁷ „Freier Getreidehandel bedeutet Rückkehr zum Kapitalismus, zur Allmacht der Gutsbesitzer und Kapitalisten ... Wenn man einen beliebigen Werktätigen, Arbeiter, Bauern, selbst einen Intellektuellen fragt, ob er eine solche 'Ordnung' wünscht, so wird jeder antworten: Nein. Doch das Unglück besteht gerade darin, die Gefahr besteht gerade darin, dass sehr viele Werktätige, **besonders viele Bauern** (Hervorhebung von mir, A.S.) den Zusammenhang zwischen dem freien Getreidehandel und der Allmacht der Gutsbesitzer und Kapitalisten **nicht begreifen**.“ (LW Bd. 29, S. 563, August 1919; letzte Hervorhebung im Original). Der „freie Getreidehandel“ kann nicht zur „Allmacht der Gutsbesitzer und Kapitalisten“ führen, (die, nebenbei bemerkt, zu dieser Zeit in Russland gar nicht mehr existierten) und kann dies umso weniger, wenn der Staat Eigentümer der Produktionsmittel ist.

wohl in der Gutswirtschaft ... als auch in der bäuerlichen Wirtschaft, von der es schien, als habe sie bereits eine starke Dorfbourgeoisie hervorgebracht und sei deshalb zu einer ‚bäuerlichen Agrarrevolution‘ nicht mehr fähig. Nicht der ‚Furcht‘ vor der bäuerlichen Agrarrevolution entsprang das fehlerhafte Programm, sondern der *Überschätzung des Grades* der kapitalistischen Entwicklung der Landwirtschaft.“³⁸ (Kursiv im Original)

Hier ist die Leninsche Fehleinschätzung über die russische Dorfgemeinde – die er mit Kautsky, Plechanow etc. teilte - auf den Punkt gebracht. Das Problem war *nicht* die Über- oder Unterschätzung der durchgängig unterstellten „kapitalistischen Entwicklung der Landwirtschaft“, sondern die Annahme, *dass die Umteilungsgemeinde sich unweigerlich kapitalistisch entwickeln werde*, nur weil ihre Mitglieder „kleine Warenproduzenten“ waren und sich deshalb unvermeidlich – weil es im Kapital von Marx „bewiesen wird“ – die soziale Differenzierung und kapitalistische Elemente in der Dorfgemeinde entwickeln müssten. Wie Marx das sah, kann man im Sassulitsch-Brief nachlesen. „Die ‚historische Unvermeidlichkeit‘ ist also *ausdrücklich* auf die *Länder Westeuropas* beschränkt.“³⁹ (Anführungszeichen und Hervorhebungen im Original)

Die Unterstellung, dass die „kleine Warenproduktion“ aus sich selbst heraus *unausweichlich* zum Kapitalismus führt, ist ökonomisch und historisch falsch. Sie existierte in den verschiedensten Gesellschaftsformationen, ohne zum Kapitalismus zu führen. Und ebenso falsch ist die *politische* Annahme, dass die Auflösung der Dorfgemeinde hin zum „freien kapitalistischen Farmer“ ein Wunsch der russischen Bauernschaft gewesen wäre. Ihr Ziel war vielmehr die Aufrechterhaltung der Umteilungsgemeinde, bereichert um das Land der Gutsbesitzer und der stolypinschen Privatbauern. Selbst die stolypinsche Reform der Agrarverhältnisse, nach dem Ende der Revolution von 1905, die die Zerschlagung bzw. Schwächung der Umteilungsgemeinde beabsichtigte, lieferte in der Praxis völlig andere Ergebnisse, als sie von der politischen Reaktion und den Marxisten erwartet worden waren.

„Obgleich man dies kaum erwarten würde, haben die Stolypin-Reformen daran nichts geändert. Dafür sind zwei Ursachen verantwortlich: Zum einen haben nicht wenige Großbauern die Gemeinde verlassen und sich als Chutorwirte⁴⁰ selbstständig gemacht; zum anderen nutzen mehr und mehr der ärmsten Gemeindegossen, die mit ihren Wirtschaften auf keinen grünen Zweig mehr kamen oder ganz in die Stadt abwanderten, die neuen gesetzlichen Möglichkeiten, um ihren Hof zu verkaufen. Dadurch begannen innerhalb der Dorfgesellschaft nun aber *nicht antagonistische Klassen zu sprießen, sondern es kam umgekehrt zu gewissen Ausgleichsprozessen, welche eine eher leicht abwärts gerichtete Nivellierung der Betriebsgrößen bewirkten*. Damit dominierte auch am Vorabend des Ersten Weltkrieges im europäischen Russland – wenngleich in etwas modernisierter Gestalt – immer noch der uns aus den vorhergehenden Zeitbildern vertraute Kleinbauer, der ein einziges Zugpferd und ein bis zwei Kühe sein Eigen nennen konnte. Diese Entwicklung hat aber dazu beigetragen, dass selbst unter den wachsenden Einflüssen der Außen- und

³⁸ LW Bd. 13, S. 289-290

³⁹ MEW Bd. 35, S. 166

⁴⁰ Chutorwirte sind Bauern, die im Zuge der Stolypinschen Gesetze die Dorfgemeinde mit ihrem Besitz verlassen hatten.

Marktbeziehungen die Stellung des Mir nicht weiter geschwächt worden ist.“⁴¹ (Hervorhebungen von mir; A.S.)

Die Mehrheit der russischen Bauernschaft wollte – trotz „aller ökonomischen Gesetzmäßigkeiten“ – weder den Kapitalismus, noch wollte sie „freier Farmer“ (Lenin) werden. „Nicht in einer Auflösung des Mir und in einem privatwirtschaftlichen Farmertum sah man (die Dorfgemeinde, A.S.) den Weg in die Zukunft, sondern in einer Ausweitung des Bodenfonds der Gemeinde, insbesondere durch Aneignung der restlichen Gutsländereien.“⁴² Dies wurde dann auch das Programm der bäuerlichen Agrarrevolution.

Die „Achillesferse“ des Bodendekrets

„Allerdings“ – schreibt Genosse Kuczynski – enthielt das Dekret einen Punkt, der die Bestimmung des Wählerauftrags in einem wesentlichen Punkt modifizierte. Sollte gemäß Wählerauftrag ‚der gesamte Boden ... entschädigungslos enteignet‘ werden, so bestimmte Punkt 5 des Dekrets: ‚Der Boden der einfachen Bauern und einfachen Kosaken unterliegt nicht der Konfiskation‘. ... Aber andererseits ist zu konstatieren, dass sich genau dieses Dekret als die Achillesferse der Revolution erweisen sollte.“⁴³ Beschäftigen wir uns darum mit dem Dekret und dem „Wählerauftrag“ etwas näher, um zu verstehen, worum es in den beiden Dokumenten geht. Hierzu ist es nötig, zwischen dem eigentlichen „Dekret“ des Sowjetkongresses und dem ihm beigefügten „Wählerauftrag“ zu unterscheiden, was sehr selten geschieht, für das Verständnis der Texte und ihren politischen und sozialen Inhalt aber unerlässlich ist.

Das Bodendekret

Lenins Rede über das Bodendekret des russischen Oktobers ist - wie das Dekret selbst – sehr kurz gefasst. In seinen einleitenden Worten erläutert er die Notwendigkeit, Klarheit in der Bodenfrage‘ zu schaffen. ‚Der Ausbruch des bewaffneten Aufstandes ... beweist ganz klar, dass der Grund und Boden den Bauern übergeben werden muss. ... Die Regierung der Arbeiter- und Bauernrevolution muss vor allem die Bodenfrage lösen, jene Frage, die die gewaltigen Massen der armen Bauern beruhigen und zufriedenstellen kann.“⁴⁴

In der Praxis der bäuerlichen Revolution von 1917-1918 verwirklichte das Agrardekret allerdings *nicht nur die Wünsche der ‚armen Bauern‘* – wie Lenin es in seiner Rede formulierte - sondern ebenso die Wünsche der gewaltigen Mehrheit der russischen Bauernschaft einschließlich der von den Bolschewiki im Revolutionsjahr so erfolglos umworbenen Landarbeiter. Denn die „Bauernrevolution“ gab ihnen allen Land auf Kosten der privaten Landeigentümer. Aber dazu später mehr.

Im zweiten Teil der Rede Lenin stellt das „Dekret über den Grund und Boden“ vor. Auf noch nicht einmal einer Seite werden die *vier Punkte des Dekrets* vorgestellt.

Punkt eins konstatiert die entschädigungslose Enteignung der Gutsbesitzer.

⁴¹ Goehrke: Russischer Alltag, Bd. 2, S. 243

⁴² Goehrke: Russischer Alltag, Bd. 2, S. 252

⁴³ Kuczynski, S.136-137

⁴⁴ LW Bd. 26, S. 248

Russische Revolutionen Teil 3

Punkt zwei regelt die Verfügung über dieses Eigentum. Die Verfügungsgewalt wird in die Hände der Amtsbezirks-Bodenkomitees und der Kreissowjets der Bauerndeputierten übergeben, also in die Hände Bauernschaft selbst.

Punkt drei verbietet jegliche Beschädigung des konfiszierten Eigentums und setzt dabei wiederum die „Kreissowjets der Bauerndeputierten“ in die Verantwortung.

Punkt vier definiert die „Richtschnur“, nach der diese Maßnahmen organisiert werden sollen. Diese Richtschnur soll der - auch von Kuczynski in seinem Artikel angeführte - „Wählerauftrag von 242 örtlichen Gemeinden“ sein, der auf dem Bauernkongress übergeben worden war und im Nachgang des Kongresses Mitte August 1917 veröffentlicht wurde.

Der Bauernkongress⁴⁵ selbst tagte im Mai 1917 und stand völlig unter der Vorherrschaft der rechten Sozialrevolutionäre. Der Kongress unterstützte die Koalitionsregierung mit den bürgerlichen Kräften (Kadetten), billigte die Kerenski-Offensive und eine Verschiebung der Agrarreform bis zur Konstituierenden Versammlung. Er spiegelte in seinen Beschlüssen somit die bäuerliche Befindlichkeit des Frühsommers 1917 - vor der Kerenski-Offensive und vor dem Kornilow-Putsch - wider. Das einzige, was der Kongress von der sozialrevolutionären Sowjetführung an Zusagen abtrotzen konnte, war das Versprechen, ein Verbot des Kaufs und Verkaufs von Grundbesitz bis zur Konstituierenden Versammlung zu erlassen.

Auffallend – wie bereits erwähnt – ist die Kürze des Agrardekrets mit seinen nur vier Punkten. Weiterhin auffallend: die Nationalisierung des Grund und Bodens wird im Dekret ebenso wenig erwähnt wie die regelmäßige Umteilung des Bodens oder die Nichtzulassung der Lohnarbeit auf dem Land, von jener durch Kuczynski entdeckten „Privatisierung des Gemeineigentums“ erst gar nicht zu reden. Bis auf den letzten Punkt wird dies alles nicht im Dekret selbst, sondern in der „Richtschnur“ zur Umsetzung des Dekrets entwickelt; dem im Punkt vier des Dekrets benannten „Wählerauftrag“ der russischen Bauernschaft. Somit enthielt das Dekret viel weniger an Bestimmungen als ihm gewöhnlich unterstellt wird, dafür aber so viel mehr an revolutionärem Inhalt als gemeinhin verstanden wird.

Durch das Dekret wird eigentlich nur eines geregelt, nämlich dass „das Eigentum der Gutsbesitzer am Grund und Boden unverzüglich und ohne jede Entschädigung aufgehoben (wird)“ (Punkt 1). Dies ist alles an Eigentumsfragen, was durch das Dekret festgelegt wird. Hier in diesem Punkt ist das Weniger an Festlegungen ein deutliches Mehr an revolutionärer Aufgabenstellung für die Bauernschaft. Denn *wie* diese eine Bestimmung umgesetzt

⁴⁵ „Ihr erster Allrussischer Kongreß, der vom 04. bis 28 Mai tagte, war deshalb auch in geringerem Maße als der Allrussische Kongreß der Arbeiter- und Soldatenräte die Spitze einer Pyramide. Seine Mitglieder leiteten ihr Mandat nicht aus der Wahl der jeweils untergeordneten Sowjets ab, sondern wurden von allen volljährigen Bauern in einem zweistufigen Verfahren in der Relation von einem Delegierten auf 150.000 Stimmberechtigte gewählt. ... Die Bauernsowjets entstanden von oben nach unten, nicht umgekehrt. Zu keiner Zeit vermochten sie die mangelnde Verwurzelung zu überwinden: Gerade sie mussten sich dem Vorrang der obščina beugen.“ (Hildermeier 1989, S. 201) Hier findet sich auch die Ursache für die andauernde Vorherrschaft der rechten Sozialrevolutionäre, die die tatsächliche bäuerliche Bewegung bereits seit dem Sommer 1917 nicht mehr repräsentierten.

wird, *entscheidet die Bauernschaft selbst*, was in den Punkten 2-4 des Dekretes geregelt und von Lenin in seiner Rede auch ausführlich begründet wird.

Indem die Bauernschaft selbst zur Durchführung aller Maßnahmen der Agrarumwälzung aufgerufen wird, erkennt Lenin *den eigenständigen Charakter der bäuerlichen Revolution auf dem Land* an und hütet sich, dieser Revolution andere Vorgaben als die „unverzügliche“ und „entschädigungslose“ Enteignung des Gutsbesitzes vorzuschreiben. Dieser eine Punkt reicht bereits, um die gesamte Bauernschaft in einen unauflöselichen Gegensatz zu den rechten Sozialrevolutionären zu bringen, die auch noch im Oktober 1917 die Führung des Bauernsojets in ihrer Hand haben. Hier zeigt sich die politische Genialität Lenins.⁴⁶ Hier haben wir ein Dekret, das in wenigen Worten die Sprache der Revolution spricht, das die bäuerliche Agrarrevolution entschieden anfacht und letztlich unumkehrbar macht.

Im Schlussteil seiner Rede entwickelt Lenin diesen Gedanken in aller Deutlichkeit: „Die alte, durch den bewaffneten Aufstand gestürzte Regierung wollte die Bodenfrage mit Hilfe der nicht abgesetzten alten zaristischen Bürokratie lösen. Aber anstatt die Frage zu lösen, führte die Bürokratie lediglich einen Kampf gegen die Bauern. Die Bauern haben in den acht Monaten unserer Revolution manches gelernt, *sie wollen selber alle Bodenfragen lösen*. Deshalb sind wir gegen jede Abänderung dieses Gesetzentwurfes, *wir wollen keine Detaillierung, weil wir ein Dekret und kein Aktionsprogramm schreiben*. Russland ist groß, und die örtlichen Verhältnisse sind mannigfaltig. Wir glauben, dass die Bauernschaft selbst es besser verstehen wird, die Frage richtig, so wie es notwendig ist, zu lösen.“⁴⁷

Auch der Genosse Kuczynski zitiert aus dem Schlussteil der Leninschen Rede. Bezeichnenderweise endet sein Zitat direkt an jener Stelle, an der ich mein Zitat beginnen lasse. Offenkundig lesen und interpretieren wir die „Schriften“ doch sehr unterschiedlich.⁴⁸ Die Betonung des eigenständigen Charakters der Bauernrevolution, die Abwendung von den programmatischen Inhalten der sozialdemokratischen Programme zur Agrarfrage⁴⁹, die allesamt der Bauernbewegung eine - durch ‚die ökonomische Entwicklung vorgegebene Richtung‘ verordneten wollten – das ist das Geniale und Revolutionäre an

⁴⁶ Sie zeigt sich auch darin, dass das Dekret selbst außer der Enteignung – was die Bolschewiki ebenso forderten – *nicht einen einzigen sozialrevolutionären Gedanken* enthält. Diese - speziell sozialrevolutionären - Positionen spiegeln sich in dem beigefügten Wählerauftrag als dokumentierter Wunsch der Bauernschaft wider, *sind aber nicht Bestandteil der vier Punkte des Dekrets*. Laut Dekret soll der Wählerauftrag nur als „Richtschnur“ dienen für „die Durchführung der großen Agrarumgestaltung ... bis zur endgültigen Entscheidung dieser Frage durch die Konstituierende Versammlung“ (ebd, S. 249).

⁴⁷ Ebd, S. 252

⁴⁸ Die von Kuczynski zitierte Stelle behandelt die Frage, ob Dekret und Wählerauftrag von der sozialrevolutionären Programmatik geprägt seien. „Sei's drum“, antwortet Lenin. „Wenn die Bauern das Dekret in der Praxis anwenden, so werden sie in der lebendigen Wirklichkeit selbst erkennen wo die Wahrheit liegt.“ Er weiß sehr genau, dass das Dekret selbst nur von den linken Sozialrevolutionären – mit denen er koalieren will und wird – unterstützt wird. Und dass der dem Dekret beigegebene Wählerauftrag die Stimmung der Bauernschaft vom Frühsommer 1917 und nicht vom Herbst/Winter 1917/18 widerspiegelt. Gerade der vom Genossen Kuczynski so negativ beurteilte Punkt fünf des Wählerauftrags wird ein Opfer dieses Stimmungswandels, wie der Leser gleich sehen wird.

⁴⁹ Gemeint sind die unterschiedlichen Agrarprogramme der Menschewiki und Bolschewiki.

Lenins Vorgehen. Damit gewann die Bauernbewegung ein Maximum an revolutionärem Schwung.

Der „Wählerauftrag“

Schauen wir uns nun diesen Wählerauftrag genauer an, der den von Genossen Kuczynski angeführten Punkt 5 enthält, diese *Achillesferse der Revolution*. Der „Wählerauftrag“ wird von Lenin direkt nach den vier Punkten des Dekrets in seiner Rede vorgestellt; in Punkt vier des Dekrets wird er als „Richtschnur“ der Agrarumwälzung empfohlen.

Der „Wählerauftrag“ spiegelte zeitlich (und damit auch politisch - da die Bauernschaft 1917 sich von Monat zu Monat weiter radikalisierte) die Stimmungslage der Bauernschaft im Frühsommer 1917 wider. Sozial stellt er einen Kompromiss zwischen den verschiedenen Kräften der russischen Bauernschaft dar. Er listet die Gesamtheit der Forderungen der regional und sozial durchaus unterschiedlichen Interessen innerhalb der russischen Bauernschaft auf. Konkret vertritt er sowohl die Interessen der Bauern in den Umteilungsgegenden wie die der stolypinschen Einzelbauern oder der Kosaken. Lenin war dies sogleich nach der Veröffentlichung des „Wählerauftrags“ aufgefallen. Er schrieb dazu im August 1917:

„Es wäre höchst wünschenswert, wenn der Sowjet der Bauerndeputierten möglichst ausführliche Angaben über alle diese Wähleraufträge veröffentlichte. Besonders notwendig wäre zum Beispiel eine vollständige Liste der Gouvernements, der Kreise und Amtsbezirke, aus der die Zahl der in einzelnen Orten abgefassten Wähleraufträge hervorgeht sowie der Zeitpunkt, an dem sie abgefasst oder überreicht wurden, ferner eine Analyse wenigstens der in ihnen enthaltenen Hauptforderungen, damit man sehen kann, ob sich in den Gebieten Unterschiede in diesen oder jenen Punkten feststellen lassen. Zum Beispiel die Gebiete mit Einzelhof-Landbesitz und die mit Dorfgemeinde-Landbesitz, die großrussischen Gebiete und die anderer Nationalitäten, die zentral gelegenen und die Randgebiete, die Gebiete, wo es keine Leibeigenschaft gegeben hat usw. – unterscheiden sich die Gebiete in ihrer Stellung zur Aufhebung des Privateigentums am gesamten *Bauernland*, zu den periodischen Neuaufteilungen des Bodens, zur Nichtzulassung der Lohnarbeit, zur Beschlagnahme des lebenden und toten Inventars der Gutsbesitzer usw. usw.? Eine wissenschaftliche Untersuchung des ungemein wertvollen Materials dieser bäuerlichen Wähleraufträge ist ohne solche ausführlichen Angaben nicht möglich.“⁵⁰ (Hervorhebung im Original A.S.)

Da Lenin erkannte, dass dieser „Muster-Wählerauftrag“, der „von den örtlichen Deputierten dem 1. Gesamtrussischen Kongress der Bauerndeputierten überreicht wurde“⁵¹, die Interessen sehr unterschiedlicher sozialer Gruppierungen der russischen Bauernschaft bündelte, formulierte er seine Fragen an die dem „Wählerauftrag“ zugrundeliegenden Eingaben. Ihn interessierte, welche Gruppierungen der Bauernschaft, die er konkret benennt (Einzelhof-Landbesitz, Dorfgemeinde-Landbesitz, Großrussische Gebiete, Randgebiete etc.), in welchem Umfang und zu welchem Zeitpunkt ihre Forderungen eingebracht haben, um so ihr Gewicht und ihr Interesse an der Umsetzung der verschiedenen Forderungen

⁵⁰ LW Bd. 25, S. 281-282

⁵¹ Ebd

gewichten und beurteilen zu können. Zu der von ihm geforderten „wissenschaftlichen Untersuchung“ des „ungemein wertvollen Materials“ ist es – unseres Wissens nach - nicht mehr gekommen. So musste das Agrardekret des Oktobers ohne diese Analyse verfasst werden.

Lenins Analyse des Wählerauftrags im August 1917

Welche Positionen dieses Wählerauftrags teilte Lenin, welche hielt er für „naiv“ und wie interpretierte er die gesamte Richtung dieser Forderungen? „Der Zusammenfassung der Wähleraufträge zufolge bestehen die Bodenforderungen der Bauernschaft vor allem in der entschädigungslosen Aufhebung des Privateigentums an Grund und Boden jeder Art einschließlich des Bauernlandes; in der Übergabe von Ländereien mit hochentwickelten Wirtschaften an den Staat oder die Gemeinden, ... in der ausgleichenden Verteilung des Grund und Bodens an die Werktätigen mit periodisch vorzunehmenden Neuaufteilungen usw.“⁵² Obwohl diese Forderungen der Programmatik der Sozialrevolutionären Partei entsprachen, war diese Partei – als Regierungspartei des Revolutionsjahres 1917 – nicht bereit, irgendwelche ernstzunehmenden Schritte in diese Richtung zu unternehmen. Da die rechten Sozialrevolutionäre – auch nach dem Oktober 1917 – an einem Bündnis mit den bürgerlichen Kräften der kaum noch vorhandenen Kadettenpartei festhielten, favorisierten sie eine Lösung der Agrarfrage, bei der die Bauern zwar das Land der Gutsbesitzer erhalten sollten, die Besitzer aber dafür entschädigt werden sollten. Wer anders als die Bauern hätte diese Entschädigung zahlen sollen? Vordenker dieser „Interpretation“ – besser gesagt der grundlegenden Abkehr von dem alten Programm der Sozialrevolutionäre – war Kautskys „alter Freund“ und Briefpartner Maslow.

„Der in aller Eile unter Federführung von Maslow ‚zusammengezeichnete‘ Entwurf (zur Agrarpolitik der SR; A.S.) wies beträchtliche Mängel auf. So fehlte beispielsweise bei den Ausführungsbestimmungen zur Enteignung (des Grundbesitzes; A.S.) das Adjektiv ‚entschädigungslos‘. Was wie ein Versehen wirkte, könnte als bewusster Versuch Maslows gewertet werden, alte Parteibeschlüsse zu unterlaufen. Im weiteren Verlauf des Jahres 1917 sollte sich nur zu deutlich zeigen, dass Maslow Kompensationen befürwortete, wie sie vor allem sein Agrargesetzentwurf von Oktober unterstrich.“⁵³ Damit wurde die „entschädigungslose Enteignung“ zunehmend ein politisches Alleinstellungsmerkmal der Bolschewiki. In dem Maße wie die Bauernschaft erkannte, dass die den Bauernsowjet und die Regierung dominierenden Sozialrevolutionäre gar nicht beabsichtigten, den Grundbesitz *entschädigungslos* zu enteignen, entzogen sie beiden Institutionen ihre Unterstützung.

Das ist der Grund, weshalb Lenin sich so intensiv mit diesem Wählerauftrag beschäftigt. Er ist - trotz der unterschiedlichen Interessen von Teilen der russischen Bauernschaft – ein Kompromiss, *den die Bauernschaft nicht mit den Sozialrevolutionären umsetzen kann*, ein Kompromiss, der die Differenzen der gesamten Bauernschaft mit ihrer politischen Vertretung dokumentiert. Die *entschädigungslose Enteignung* konnte die Bauernschaft nur im Bündnis mit der Arbeiterklasse durchsetzen, parteipolitisch damit nur mit den Bolschewiki und nicht mit den Sozialrevolutionären. Deshalb enden Lenins Betrach-

⁵² Ebd., S. 283

⁵³ Häfner 1994, S. 43-44

tungen zu diesem Thema damit, die Bauernschaft gerade darauf hinzuweisen: „Wenn ihr aber im Bunde mit den Arbeitern in der Stadt, im schonungslosen Kampf gegen das Kapital, *beginnen* werdet, das Programm der 242 Wähleraufträge zu verwirklichen, ... dann wird der Erfolg dieses Programms – nicht in seiner vorliegenden Formulierung, sondern seinem Wesen nach – gesichert sein.“⁵⁴

Lenins Kritik am Wählerauftrag im August 1917

Was hatte Lenin an dem Programm zu kritisieren, denn Kritik daran hatte er, wie der letzte Satz des obigen Zitats belegt? „Die Konfiskation der Gestüte usw. sowie des gesamten lebenden und toten Inventars – das sind nicht nur weitere wuchtige Schritte gegen das Privateigentum an den Produktionsmitteln. Das sind Schritte zum Sozialismus hin, denn der Übergang des Inventars in die ausschließliche Nutzung durch den Staat und die Dorfgemeinde bedeutet die Notwendigkeit der Bildung einer sozialistischen Großlandwirtschaft oder wenigstens einer sozialistischen Kontrolle über die vereinigten Kleinwirtschaften, einer sozialistischen Regulierung ihrer Wirtschaftsführung.“ Und einige Seiten später im selben Artikel: „Der Krieg hat Russland jetzt praktisch vor eine Frage eben dieser Art gestellt. Es mangelt an Inventar. Man muss es beschlagnahmen und darf hochentwickelte Wirtschaften ‚nicht aufteilen‘. Die Bauern haben angefangen, das zu begreifen. Die Not hat sie dazu gezwungen.“⁵⁵

Das ist ein Teil der Leninschen Kritik an dem Wählerauftrag, und diese Kritik ist wenig überzeugend. Die Konfiskation des gesamten lebenden und toten Inventars der großen Güter und ihre „ausschließliche Nutzung durch den Staat“ stellen in der Tat einen Schritt in Richtung sozialistischer Landwirtschaft dar. Aber der Wählerauftrag ist Ergebnis eines Kompromisses zwischen den verschiedenen Kräften innerhalb der russischen Bauernschaft. Und so sorgt die Umteilungsgemeinde dafür, dass dieser Text auch einen ganz anderen Inhalt haben kann, nämlich den Übergang des Grund und Bodens einschließlich allen Inventars *in die Hände der Dorfgemeinde*.

Der Text lässt beide Möglichkeiten offen, was Lenin durchaus sieht, weshalb er für diesen zweiten Fall die Forderung nach der „sozialistischen Kontrolle über die vereinigten Kleinwirtschaften“ aufstellt. Diese theoretische „Rückzugslinie“, (denn eigentlich will Lenin ja die staatliche Kontrolle und keine Aufteilung der großen Güter, wie das zweite Zitat deutlich ausdrückt) findet dann ihre praktisch-politische Schranke im Punkt zwei des Agrardekrets: „Die Verfügungsgewalt wird in die Hände der Amtsbezirks-Bodenkomitees und der Kreissowjets der Bauerndeputierten übergeben.“ Und wie die darüber befinden werden, kann der Leser sich vermutlich denken, soll aber weiter unten bei der Darstellung der Bauernrevolution nochmals aufgegriffen werden.

Noch einen zweiten Punkt greift Lenin in seiner Kritik an den Inhalten des Wählerauftrags auf, den „naiven Wunsch der niedergedrückten kleinen Landwirte“, die eine Nichtzulassung der Lohnarbeit in den Wählerauftrag geschrieben hätten. Dass diese Forderung hauptseitig von den „niedergedrückten kleinen Landwirte(n)“ erhoben wurde, ist Lenins Interpretation. Wir erinnern uns, dass das veröffentlichte Material – genauer gesagt das *nicht* veröffentlichte Material –, das eine solche Zuordnung ermöglichen würde, nicht vor-

⁵⁴ LW Bd. 25, S. 289

⁵⁵ Ebd S. 284 und S. 288

lag, wie Lenin selbst sehr richtig beklagte. Für ihn war diese Forderung nach „Nichtzulassung der Lohnarbeit“ auf dem Land „eine leere Phrase, ein hilfloser naiver Versuch“ der genannten „kleinen Landwirte“,⁵⁶ der kapitalistischen Entwicklung im russischen Dorf entgegenzutreten.

Der „nichtkapitalistische Charakter“ der Dorfgemeinde oder die „Naivität“ der Marxisten

In dieser Kritik Lenins tritt sein Unverständnis über den *nichtkapitalistischen Charakter der russischen Dorfgemeinde* erneut deutlich zu Tage. Innerhalb der Dorfgemeinde regelt sich ein zu viel oder zu wenig an Arbeitskraft in den einzelnen Bauernfamilien anders als in Wirtschaftsformen, die vom Kapitalverhältnis dominiert sind. Ein Bauer, der aus individuellen Gründen (krankheitsbedingt; zeitweilige Abwesenheit, Tod eines Zugtieres etc.) nicht in der Lage ist, die ihm zugeteilte Ackerfläche ausreichend zu bearbeiten, findet *innerhalb* der Dorfgemeinde ausreichend Verwandte, Vertraute oder Freunde, die z.B. durch heranwachsende Kinder, besseres Zugvieh etc. mehr Ackerboden bestellen können, als ihnen im gegebenen Moment zugewiesen ist. Diese Dorfgenossen übernehmen die Arbeit des ersteren, aber nicht als „Lohnarbeiter“ gegen Geld, sondern gegen Naturalleistungen (beispielsweise vom Ertrag des Ackers) des erstgenannten Bauern. Dies alles geschieht, ohne dass bei diesem Arrangement „freie Lohnarbeit“ und „Kapital“ dazwischentreten müssen.

Denn genau diese Erscheinungen der „Moderne“ will der Bauer der Dorfgemeinde verbieten, weil er erkennt, dass sie Elemente der Zersetzung der Dorfgemeinde darstellen. Diese Dorfgemeinde in all ihrer Rückständigkeit ist seine Welt, sein „Mir“, die er erhalten und verteidigen will, sowohl gegen das Kapital als auch gegen den Staat, der ihn nur mit Lasten und Abgaben bedrückt. Und deshalb *formuliert die Umteilungsgemeinde in ihrer Gesamtheit den Wunsch nach dem Verbot der Lohnarbeit auf dem Land* und nicht nur der ‚kleine Landwirt‘, den Lenin auf seiner dauernden Suche nach sozialen Gegensätzen in der Umteilungsgemeinde anführt. Dies alles ist zwar unübersehbar rückwärtsgerichtet, steht dem „historischen Entwicklungsschema“ und der Entwicklung der landwirtschaftlichen Produktivität entgegen, ist mit der „Brille des Marxschen Kapitals“ kaum erkennbar, aber „naiv“ war dies keineswegs. Das hat die Revolution auf dem Land, die Bauernrevolution von 1917/18 bewiesen.

„Naiv“ waren die Marxisten, zu denen der Genosse Karuscheit und ich ebenso gehörten, die sich bis heute weigerten, die *tatsächliche* Geschichte der russischen Bauernschaft zu studieren und sich stattdessen mit der von Marx, Engels und Lenin *vermuteten* Geschichte derselbigen begnügten. Die – hier von Engels und Lenin animiert – eifrigst die Kulaken als kapitalistische Elemente innerhalb der Dorfgemeinschaft „ausfindig“ machten und so aus der *bäuerlichen Revolution* in Russland eine *bürgerliche Revolution* (mit dem Triumph der Kulaken in der Dorfgemeinde) machten.

Erst der Zugang über die tatsächliche Geschichte der russischen Bauernschaft macht es möglich, die Geschichte des Oktobers als die Geschichte *zweier sozialer Bewegungen mit völlig gegensätzlichen Inhalten* zu begreifen: einer proletarisch-sozialistischen in den

⁵⁶ Alle Zitate ebd, S. 284

Städten und Industriegebieten und einer rückwärtsgewandten bäuerlichen Agrarrevolution. Beide waren zwar machtpolitisch auf das engste miteinander verwoben, aber sozial und politisch völlig gegensätzlichen Inhalts. Und keine dieser beiden Revolutionen hatte einen bürgerlichen Charakter.

Die Bauernrevolution

Ausgangspunkt unserer Betrachtungen waren die Ausführungen des Genossen Kuczynski zum Agrardekret des Oktobers. Er vermutete, in „Punkt 5 des Dekrets“ die „Achillesferse der Revolution“ entdeckt zu haben. Ignorieren wir die begriffliche Ungenauigkeit (es handelt es sich um den Punkt 5 des *Wählerauftrags*), so hat Kuczynski ironischerweise mit dem Punkt 5 genau jene Bestimmung des Wählerauftrags gefunden, die von der bäuerlichen Revolution weitestgehend ignoriert wurde.

Erinnern wir uns, was wir über den Wählerauftrag erfahren haben. Er war ein Kompromiss der verschiedenen sozialen Kräfte innerhalb der Bauernschaft, der im Frühsommer dem von rechten Sozialrevolutionären dominierten Bauernkongress vorgelegt wurde. Er widerspiegelte die Stimmung der Bauernschaft *vor* der Kerenski-Offensive und *vor* dem Kornilow-Putsch. Dazu glaubte die Bauernschaft zu diesem Zeitpunkt noch daran, dass die von den Sozialrevolutionären (Kerenski) geführte Regierung und ein ebensolcher Sowjet ihnen das Land der Grundbesitzer entschädigungslos übereignen würden. Der angesprochene Punkt 5 des Wählerauftrags enthielt deshalb einen – von der Umteilungs-gemeinde mitgetragenen – Kompromiss, an den sie sich im Oktober keineswegs mehr gebunden fühlte: „Der Boden der einfachen Bauern und einfachen Kosaken unterliegt nicht der Konfiskation“. Worum geht es hier?

Die russische Bauernschaft hatte je nach Region und Rechtsstatus unterschiedliche Besitz- und Eigentumsverhältnisse an dem von ihr bearbeiteten Boden. War der Bauer Mitglied einer Dorfgemeinde in den Zentralrussischen Gebieten, so war der *Besitz* seiner Ackerflächen garantiert durch das *Gemeineigentum* der Dorfgemeinde am Boden. Hatte er im Zuge der stolypischen Reformen die Dorfgemeinde verlassen, war er einer der sog. Chutorwirte, (wohlgemerkt mit seinem ehemals von der Dorfgemeinde zugeteilten Land, wie es die stolypinsche Gesetzgebung auf Kosten der Dorfgemeinde erlaubte,)⁵⁷ war er Neusiedler mit vom Staat zugewiesen Land in Sibirien geworden oder freier Kosake, so war dieser Bauer *Eigentümer* seines Landes. Diese unterschiedliche Rechtsform des Bodenbesitzes, einmal nur als *Nutzer und damit zeitweiliger Besitzer* (Dorfgemeinde), das andere Mal als *Eigentümer* des Bodens, dürfte die Grundlage des von Kuczynski zur „Achillesferse der Revolution“ ausgemachten Punkt 5 des Wählerauftrags sein. Mit diesem Punkt wurden die „einfachen Bauern und einfachen Kosaken“ - die Eigentümer ihres Bodens waren - von der Konfiskation des gesamten Grund und Bodens *ausgenommen*, ihr Eigentumsrecht am Boden sollte nicht aufgehoben werden.

Revolutionen haben die Eigenschaft, sich nicht an schriftliche Vorgaben zu halten. Weder, wenn sie von Marx oder Lenin kommen, noch wenn sie im Auftrag eines sozialre-

⁵⁷ „Es blieb jedoch Stolypin vorbehalten, die entscheidende Maßnahme zu treffen. Sie verbriefte den Bauern das Recht, auch *ohne* Zustimmung der Dorfgemeinden samt ihrem Land aus der Umteilungs-gemeinde auszuscheiden und dabei die Zusammenlegung der von ihnen genutzten Ackerstreifen zu verlangen.“ (Hildermeier 2013, S.1045)

volutionären Bauernkongress veröffentlicht werden. Der Bauer der Umteilungsgemeinde hatte 1917 keineswegs vergessen, wer in den Jahren von 1906 bis 1914 mit dem von der Dorfgemeinde „gestohlenem Land“ sein bäuerliches Eigentum auf Kosten der Gemeinschaft erworben hatte und holte sich dieses Land, sobald dies ungestraft möglich war, zu meist als erstes zurück. Helmut Altrichter schildert dies in seiner Dissertation über die Bauern von Tver, einer Region die von der Dorfgemeinschaft geprägt war.

„Exzesse, wie an der mittleren Wolga, wo die Auseinandersetzungen bereits vor dem Oktober Bürgerkriegscharakter angenommen hatten, blieben Tver erspart. Vor allem fehlten, so scheint es, die dort erbittert ausgetragenen Kämpfe mit Einzelbauern. Eben erst (durch die Stolypin-Gesetzgebung; A.S.) gegen den Willen der Obscina aus dem Dorfverband ausgeschieden, wurden sie nun in Strafaktionen zurückgeholt. Häufig ging es ihnen dabei nicht besser als den Gutsbesitzern: Sie verloren das in den Augen der Bauern widerrechtlich entwendete Obscina-Land, aber auch Vieh und Inventar, und die Besitzungen wurden zerstört.“⁵⁸ So löste sich in der tatsächlichen Bauernrevolution die von Thomas Kuczynski entwickelte Theorie von einer „Achillesferse der Revolution“ mit dem Rauch der abgebrannten Bauernhöfe der Privateigentümer im wahren Sinne des Wortes „in Luft auf“.

Der weitere Verlauf der bäuerlichen Agrarrevolution

Vor 22 Jahren gaben die Autoren Hedeler, Schützler und Striegnitz einen Sammelband mit dem Titel „Die Russische Revolution 1917 – Wegweiser oder Sackgasse“ heraus. Darin veröffentlichten zwei russische Autoren (Wolobujew und Buldakow) einen Artikel, der sowohl auf die Bedeutung der Februarrevolution bei der Beurteilung des Revolutionsgeschehens 1917 hinwies als auch die wichtige Feststellung beinhaltete: „*Die Bauernbewegung gehört zu den am wenigsten untersuchten Aspekten der Massenaktivitäten.* Den Inhalt dieser Bewegung kann man als ‚Revolution der Obschtschina‘ kennzeichnen.“ (S. 53; Hervorhebung von mir, A.S.) Zwanzig Jahre später, zum hundertsten Jahrestag des russischen Oktobers, gibt W. Hedeler erneut einen Sammelband heraus, diesmal mit dem Thema: „Die russische Linke zwischen März und November 1917“, und stellt in seinem Einleitungsartikel fest: „Die Geschichtsschreibung hat es in den zurückliegenden fünf Jahren nicht vermocht, den Rückstand gegenüber den Quelleneditionen aufzuholen.“ (S. 11) Was Hedeler hier speziell auf die Forschung zur Geschichte der SDAPR bezieht, trifft auf die Untersuchung der bäuerlichen Agrarrevolution offensichtlich in einem noch größeren Umfang zu. In dem neuen Sammelband von 2017 wird dieses Thema deshalb gar nicht mehr ernsthaft aufgeworfen.⁵⁹

Somit sind wir bei der Darstellung des weiteren Verlauf der bäuerlichen Agrarrevolution wiederum auf die Quellen und Studien der bürgerlichen Wissenschaft angewiesen. Be-

⁵⁸ Altrichter 1984, S. 34

⁵⁹ Stattdessen enthält dieser Sammelband einen politisch höchst oberflächlichen Artikel zur Partei der Sozialrevolutionäre, ohne auf die Agrarfrage näher einzugehen, und eine Kurzfassung von Michels Brie „Was tun in Zeiten der Ohnmacht“. Beide genannten Beiträge behandeln „Ideengeschichte“, nicht wirkliche Geschichte. Ein weiterer Aufsatz zu den linken Sozialrevolutionären (ab S. 98) schafft es sogar, die Agrarfrage völlig auszublenden. Informativ an diesem Sammelband sind nur die abgedruckten Dokumente ab Seite 189.

ginnen wir erneut mit Altrichter und seiner gut dokumentierten Darstellung über die Bauern in der Region Tver. Hier ist hinzuzufügen, dass die von Altrichter untersuchte Region typisch für die Landumteilungsgemeinde, die *Obscina* ist. Dass die Agrarrevolution in anderen, nicht von der *Obscina* geprägten Regionen wie der Ukraine, dem Baltikum oder Sibirien einen anderen Verlauf genommen hat, ist anzunehmen und bedarf deshalb einer näheren Untersuchung. Weiter oben im Text hatten wir bereits auf diese regionale und soziale Scheidung innerhalb der Bauernschaft hingewiesen. Da aber die *Obscina*-Bauernschaft die große Mehrheit der russischen Bauernschaft darstellte, haben wir uns darauf beschränkt, den Verlauf und Inhalt der Agrarrevolutionen an diesem Beispiel darzustellen.

„Die gesetzlichen Bestimmungen des Oktober-Dekrets legten nur einen allgemeinen Rahmen fest. Sie ließen den Bauern im Übrigen freie Hand und vermieden Fixierungen und Normierungen, die vor Ort nicht durchzusetzen waren. Selbst die Entscheidung, von welcher Größe an Güter konfisziert werden sollten und nach welchem Modus das konfiszierte Land an die Bauern verteilt wurde, blieb den örtlichen Organen überlassen. ... Die Bauern entschieden selbst, und es ist nicht ersichtlich, dass sie sich stillschweigend an eine einheitliche Norm gehalten hätten.“ ... (Es) „wurden ... Güter zwischen 12 ha und 1.000 ha enteignet. Manchmal verloren die früheren Besitzer alles, manchmal behielten sie, den örtlichen Verhältnissen und der Familiengröße entsprechend, einen Restacker zur Eigenbewirtschaftung.“⁶⁰

Diese Darstellung verdeutlicht einerseits den *selbständigen*, von der Revolution in den Städten weitgehend unabhängigen Charakter der bäuerlichen Agrarrevolution, der sich faktisch jeglicher landesweiten, ja sogar regionalen Normierung entzog, obwohl er das ganze Land betraf. Zugleich dokumentiert sie die entscheidende Rolle des *einzelnen* Dorfes und seiner Umteilungsgemeinde, denn dort wurde *entschieden*, welche Gestalt die Agrarrevolution vor Ort annahm. Landumteilungen *zwischen* den Dörfern unterblieben durchgängig.

„Das Ergebnis der Agrarrevolution im Tverer Gouvernement war: Bis 1920 hatten über 2.000 adelige und private Grund- und Gutsbesitzer ihre Ländereien völlig oder zum Großteil verloren. Meist hatten die Bauern Vieh und Inventar unter sich verteilt oder ungeteilt in Gemeinschaftsbesitz übernommen. Manchmal – und offenbar gar nicht so selten – wurden Vieh und Gerätschaften auch den früheren Besitzern belassen. Die Felder gingen in den Besitz der ortsansässigen Bevölkerung über, ein Ausgleich über die Dorf-, Volost- und Kreisgrenzen unterblieb. Die Zuteilung der Bodenanteile an die einzelnen Höfe richtete sich nach der Zahl der Esser oder der Arbeitskräfte, wie es den örtlichen Gepflogenheiten gerade entsprach, und häufig folgte der Aufteilung des Gutslandes eine Neuverteilung des *obschina*-Landes auf den Fuß. 1920 waren wieder 96 % der Tverer Bauernhöfe in der *obschina*, und der Anteil der Gemeinden an der gesamten Anbaufläche war kaum geringer.“⁶¹

Noch deutlicher wird der von uns betonte *selbständige* und vom einzelnen Dorf geprägte Charakter dieser Bauernrevolution, wenn wir die staatlichen Möglichkeiten der Ein-

⁶⁰ Altrichter 1984, S. 34

⁶¹ Altrichter 1984, S. 35

flussnahme näher betrachten. War schon der zaristische Staatsapparat auf dem Land so gut wie nicht vorhanden, so hatte die Februarrevolution 1917 seine letzten Bastionen beseitigt. Dies wurde der Bauernschaft im Sommer/Herbst des Revolutionsjahres zunehmend bewusster und ihre Angriffe auf den Grundbesitz außerhalb der Dorfgemeinde nahmen zu. Versuchte Militäreinsätze der Provisorischen Regierung gegen die sich entwickelte Bauernrevolution waren weitgehend erfolglos, schmälerten den ohnehin rapide abnehmenden politischen Einfluss der Sozialrevolutionäre auf die Bauernschaft weiter und ermutigten die Bauern, nach Abzug der Regierungstruppen mit ihren Aktionen fortzufahren.

Der Charakter der bäuerlichen Agrarrevolution erklärt sich aus der Geschichte der Dorfgemeinde. Rekapitulieren wir diese oben dargestellte Geschichte noch einmal in Kürze. *Die Dorfgemeinde entstand historisch aus der Konfiskation des Landes der bäuerlichen Bodeneigentümer, einer Umwandlung von Privateigentum in Gemeineigentum der Umteilungsgemeinde*, also durchaus anders als Marx es annahm und Kuczynski es mit dem Sassulitsch-Brief zitierte. Der Umfang des Landeigentums dieser Gemeinde wurde durch die Reform von 1861 beschnitten und nach der Revolution von 1905 durch die stolypinsche Reform weiter geschmälert, weil es nun möglich war, die Umteilungsgemeinde mit dem Land der Gemeinde als Privateigentum zu verlassen. Für die Dorfgemeinde waren beide Ereignisse „Diebstahl“ an ihrem Land. Die Bauernschaft forderte deshalb im Verlauf des Revolutionsjahres immer deutlicher das gesamte Land für die Umteilungsgemeinde zurück. Es wäre falsch, diese Radikalisierung der Bauernschaft der Agitation der Bolschewiki und der Partei der Linken Sozialrevolutionäre zuzuschreiben. *Beide politischen Kräfte artikulierten einerseits nur Teile dieser Forderungen in den Sowjetorganen und waren im russischen Dorf so gut wie nicht vertreten,*

„Die Obschtschiny umfassten, besonders in Kernrussland, nur kleine Siedlungen mit zehn, 12 Höfen. Auf dieser Ebene fällt die Dorfversammlung, der Schod, die zum Leben wichtigen Entscheidungen über Umverteilung und Flurzwang. Hier war jeder Nachbar, ja oft Verwandter. Aus der Umverteilung des Landes folgte, dass Armut und Reichtum weit hin zyklischen Charakter hatten; wer viele Kinder hatte, bekam viel Land und sammelte 'Produktionsmittel' an – ein Pferd, einen modernen Pflug. Dies galt nur, wenn Mann und Frau gesund blieben – lange Krankheit brachte einer Familie den Ruin. ...

Acht oder neun, ja bis über fünfzehn solcher Dorfgemeinden waren in einem ländlichen Sowjet zusammengefasst. *Erst auf dieser Ebene trat 'der Staat' auf – erst hier gab es Kommunisten*, die meisten unter den Verwaltungsbeamten oder Lehrern. ... mit anderen Worten, *dass die Partei auf der Ebene der Dörfer gar nicht auftauchte.*⁶² (Hervorhebungen von mir, A.S.) Zu derselben Bewertung kommt Altrichter durch die Auswertung sowjetischer Statistiken: „Wenn die Statistiken sowjetischer Historiker zutreffen, bildete sich noch im Verlauf des Jahres 1918 in jedem größeren Ort“ (wohlgemerkt nicht in den Dörfern, A.S.) „des Gouvernements ein wie auch immer gearteter 'Rat'. Genauere Richtlinien für seine Wahl, seine Größe und seine Kompetenzen gab es zunächst nicht ... Über 95 % der Mitglieder bezeichneten sich selbst als parteilos, und der bolschewistische Anteil – von höchstens 3 bis 4 % - ging 1919 und 1920 noch weiter zurück. Neben dem Rat blieb allem Anschein nach die Dorfversammlung als unabhängige, letzte Entscheidungsinstanz beste-

⁶² Nolte, S. 186-187

hen, was zeigt, dass die Räte die alten dörflichen Entscheidungsstrukturen nicht beseitigten, sondern bestätigten.“⁶³

Warum betonen wir den *eigenständigen* und vom *einzelnen Dorf geprägten* Charakter der Agrarumwälzung, die sich damit weitgehend der staatlichen Einflussnahme entzog? Nicht nur weil es den politischen und sozialen Inhalt der Umwälzung am treffendsten beschreibt und damit deutlich macht, dass kein Brief von Marx und kein Gesetz von Lenin in der Lage gewesen wären, etwas Grundsätzliches an dem Inhalt der Bauernrevolution zu ändern. Weiterhin um aufzuzeigen, dass der russische Bauer, vornehmlich der Bauer der Umteilungsgemeinde, eine eigene Geschichte und ein eigenes soziales Gesicht hat, das sich nicht aus dem Studium des „Kapitals“ erklären lässt, sondern das „Abtauchen“ in die Niederungen der profanen Wirtschafts-, Sozial- und Politikgeschichte erfordert, was wir mit den obigen Zitaten nur äußerst cursorisch gemacht haben. Viel wichtiger aber ist es, zu verstehen, dass der russische Oktober nicht *eine Umwälzung* der gesellschaftlichen Verhältnisse beinhaltet, sondern *zwei*: eine proletarische Minoritätenrevolution in den Städten und eine bäuerliche Agrarrevolution auf dem Land.

Zwei Revolutionen, die es zu unterscheiden gilt

Der Genosse Kuczynski stellt die Frage „Was bleibt von der Oktoberrevolution?“ Richtiger wäre es gewesen zu fragen „*Was war die Oktoberrevolution?*“ Und dass diese Frage nicht so einfach zu beantworten ist, wie es im Lichte des „Kurzen Lehrgangs“ scheint, haben der Genosse Karuscheit und ich in unseren früheren Publikationen zu diesem Thema dokumentiert. In unseren beiden gemeinsamen Büchern zur russischen Revolution⁶⁴ haben wir diese Frage teils fehlerhaft⁶⁵, teils unbefriedigend⁶⁶ beantwortet. Richtig erkannten wir, dass die proletarische Machtergreifung im Oktober eine „Minoritätenrevolution“ war und dass die entscheidende Rolle der Bauernschaft in der Revolution einen direkten Weg zum Aufbau des Sozialismus ausschloss. Was wir nicht verstanden hatten war, dass der russische Oktober *zwei gesellschaftlich und politisch entgegengesetzte Revolutionen* beinhaltete, dass die Bauernrevolution eine *eigenständige* und nicht, wie es der „Kurze Lehrgang“ lehrt, ein Anhängsel der proletarischen Revolution war.

„Unter Führung der Partei der Bolschewiki stürzt die Arbeiterklasse im Bündnis mit der armen Bauernschaft, mit Unterstützung der Soldaten und Matrosen die Macht der Bourgeoisie, errichtet die Macht der Sowjets, ... übergibt den Boden der Bauernschaft zur Nutzung ...“⁶⁷ Hier ist fast jeder Halbsatz falsch, aber noch immer prägt diese Darstellung das Bild von der Ereignisgeschichte der russischen Revolution. Es war nicht die Partei der Bolschewiki, die der Bauernschaft den Boden zur Nutzung gab. Es war die *Bauernschaft selbst*, die sich den Boden auf ihre eigene Art nahm und umteilte. Die Bolschewiki unterstützten diese *eigenständige* Bauernrevolution, befeuerten sie mit dem Dekret über die entschädigungslose Aufhebung des Grundbesitzes, gaben der Bauernschaft die Möglichkeit,

⁶³ Altrichter 1984, S. 36

⁶⁴ Karuscheit/Schröder: Von der Oktoberrevolution zum Bauernsozialismus, VTK-Verlag 1993, sowie Schröder/Karuscheit: Das Revolutionsjahr 1917, VSA-Verlag, 2017

⁶⁵ Karuscheit/Schröder 1993, S.120

⁶⁶ Schröder/Karuscheit 2017, S. 140

⁶⁷ Kurzer Lehrgang, S. 270

die Agrarfrage in ihrem Sinne zu lösen, ohne Einmischung des Staates, der Partei oder der Arbeiterklasse. „Man wird in keinem Fall den Einfluss der Bolschewiki (und) der von ihnen eingesetzten Organe ... überschätzen dürfen“, schreibt Altrichter und ergänzt: „Über die Modalitäten der Neuverteilung des Landes entschieden die Dorfbewohner selbst; ebenso eigenständig setzten sie ihre Entscheidungen um. Hierzu brauchten sie keine Landkomitees und Vorgaben der Regierung über Konsum- und Arbeitsnormen. Einmal mehr bestätigte sich dabei – zumindest in Zentralrussland – die Stärke der Landgemeinde ... Innerhalb der Gemeinde, auf Dorfversammlungen oder in den von ihnen bestellten Komitees fielen die wichtigsten Entscheidungen, selbst wenn sich das eine oder andere Komitee jetzt ‚Sowjet‘ nannte.“⁶⁸

Durch den oben dargestellten *eigenständigen* Verlauf der bäuerlichen Agrarumwälzung liegt es auf der Hand, dass diese Umwälzung einen anderen sozialen und politischen Inhalt hatte als die proletarische Minoritätenrevolution in den Städten. Zielte das Proletariat der Städte ökonomisch auf die Aufrichtung einer vergesellschafteten Produktion und politisch auf die Diktatur des Proletariats, hoffte es auf den baldigen Ausbruch der Weltrevolution, um seine exponierte Stellung durch den Sieg der Revolution im Westen stärken zu können, so hatte die bäuerliche Agrarumwälzung mit diesen Zielen keine Gemeinsamkeiten. Die Bauern wollten das ihnen „gestohlene“ Land zurück und in „altväterlicher Weise“ - als bäuerlicher Familienbetrieb innerhalb der Umteilungsgemeinde - die kapitalistische Moderne verhindern und den Staat aus dem Dorf fernhalten. Deshalb „Verbot der Lohnarbeit“, deshalb „Verbot des Privateigentums am Boden“ und deshalb ebenso kein anderes Verwaltungsorgan als den „Dorfrat“, der die Interessen der Gemeinde nach innen regelt und nach außen vertritt.

„Das Landdekret (der Oktoberrevolution, A.S.) beschleunigte die weitere Umverteilung von Grund und Boden, es trieb aber auch die Zerrüttung der Beziehungen zwischen Stadt und Land weiter voran. Denn die im Winter 1917/18 einsetzende Flucht aus den Städten und die Heimkehr der Soldaten hatten negative Konsequenzen für die Versorgung der Städte. Unter Einbeziehung der marktorientierten Güter, aber auch vieler seit der Stolypin-Reform separierter Höfe kam es zu einer 'schwarzen Umteilung'. Die Äcker wurden je nach Zahl der Esser oder Arbeitskräfte neu verteilt. Im Ergebnis kam es zu einer Nivellierung der bäuerlichen Besitzstruktur. ... Rechtlich hatte jeder einen Anspruch auf Landzuweisung im Sinne der Nutzung, aber nicht des Eigentums am Land. Damit wurde die Stolypin-Reform rückgängig gemacht und die Feldgemeinschaft älteren Typs, also die *obtschina*, wiederhergestellt. Insgesamt siegte ein revolutionär gewendeter Traditionalismus. ... Eine Perspektive für eine sozialistische Gesellschaft im marxistischen Verständnis ließ sich daraus nicht ableiten.“⁶⁹

Was war der russische Oktober?

Die proletarische Revolution in den Städten bringt die bolschewistische Partei als legitime Vertretung der revolutionären Arbeiterklasse an die politische Macht. Ihre Zielsetzung: die Auslösung der sozialistischen Weltrevolution. Die Agrarrevolution auf dem Land

⁶⁸ Altrichter 1997, S.361

⁶⁹ Beyrau, S. 46-47

orientiert dagegen auf die Vergangenheit, auf die Stärkung der Umteilungsgemeinde und die Sicherung des bäuerlichen Familienhofs innerhalb dieser Gemeinde. Der Sieg der bäuerlichen Revolution auf dem Land – und dieses Paradoxon gilt es zu verstehen – führt zur politischen Entmachtung der Bauernschaft in den Sowjets durch die faktische Auflösung der Armee (Soldatensowjets). Dieser Sieg *bricht* in den Monaten Oktober 1917 bis Januar 1918 die Vorherrschaft der kleinbürgerlich-bäuerlichen Kräfte im Sowjet, die seit dem Februar/März 1917 in wechselnden Koalitionen die russische Revolution dominierten. Dieses scheinbare Paradoxon, dass der Sieg der bäuerlichen Agrarrevolution die politische Vorherrschaft des Kleinbürgertums (einschließlich der Bauernschaft als seine zahlenmäßig bedeutendste Schicht) über die proletarische Revolution in Russland beendet, ist nicht einfach zu erkennen und noch schwerer zu verstehen.

Beyrau beschreibt diesen Vorgang durchaus treffend, ohne ihn richtig politisch interpretieren zu können. Als bürgerlicher Historiker und überzeugter Antikommunist kann er dort, wo Klassenkräfte wirken, nur bolschewistische Manipulationen entdecken. Trotzdem ist seine Schilderung hilfreich, um das komplexe Thema zu verstehen. „Man hat parallel zu den Vorgängen in den Städten die Situation auf dem Lande seit dem Sommer 1917 als 'Diktatur der Bauern' bezeichnet, eine zugleich zutreffende und doch wieder falsche Zustandsbeschreibung. Einerseits charakterisiert sie die bemerkenswerte Hilflosigkeit der staatlichen Organe und der Gutsbesitzer vor Ort. Trotz punktuellen Einsatzes von Militär und Kosaken war die Zerstörung der alten Ordnung nicht aufzuhalten, ein Beleg dafür, wie schwach sie auf dem Land verankert war, wenn die Bauern den Gehorsam verweigerten. Der Begriff geht aber an der Realität insofern vorbei, *als sich aus den Aktionen der zahllosen Bauerngemeinschaften ... keine auch nur halbwegs stabile Organisation formierte. ... Bäuerliche Interessenvertretungen wie der allrussische Sowjet der Bauerndeputierten ließen sich daher ohne große Schwierigkeiten von den Bolschewiki ausmanövrieren, nachdem sie die wichtigsten Forderungen der Bauern übernommen hatten.*“⁷⁰ (Hervorhebungen von mir; A.S.)

Beyrau hat hier – wie viele andere auch – etwas Grundlegendes nicht verstanden. Die politische Bedeutung und Macht der Bauernschaft beruhte *nicht* auf dem „allrussische(n) Sowjet der Bauerndeputierten“, der von den Bolschewiki dann 1918 heimtückisch „ausmanövriert“ wurde, sondern auf dem „*Arbeiter- und Soldatensowjet*“. In diesem Sowjet, der von den Bauernsoldaten *zahlenmäßig und damit auch politisch dominiert wurde*, wie Suchanow dies in seinen Erinnerungen anschaulich darstellt, *lag die Macht der Bauern über die russische Revolution begründet*. Mit der Agrarrevolution und der unweigerlich folgenden Auflösung der zaristischen Armee⁷¹, war es vorbei mit der bäuerlichen Vorherrschaft über den Arbeitersowjet und über die russische Revolution. Dies geschah, wie bereits weiter oben dargestellt, in den Monaten von Oktober 1917 bis Januar 1918. Und auf dem Land herrschte zu dieser Zeit in der Tat die „Diktatur der Bauern“, die endlich ihre eigene Revolution, die „schwarze Umteilung“ verwirklichen konnten, ohne vom Staat eingeschränkt oder von der Stadt bevormundet zu werden. Und so ist der Begriff von der „Diktatur der Bauern eine zutreffende ... Zustandsbeschreibung“ für die russischen Agrar-

⁷⁰ Beyrau, S. 46

⁷¹ Siehe dazu AzD Nr. 89, S. 36 ff

gebiete ab Oktober 1917. „Die Bauern dagegen retteten die wichtigste Trophäe ihres Aufstandes, das hinzugewonnene Land, durch alle Wirren.“⁷²

In diesem *Doppelcharakter*, einer proletarisch-sozialistischen Minoritätenrevolution in den Städten und einer rückwärtsgewandten, antikapitalistischen (auch deshalb *nicht bürgerlichen*) Bauernrevolution auf dem Land, liegt das Wesen des russischen Oktobers verborgen.

IV. Der russische Oktober - Umsturz oder Revolution?

Die bürgerliche Publizistik zum 100. Jahrestag des russischen Oktobers – und allen voran Manfred Hildermeier mit seinen zahlreichen Artikeln zu diesem Thema – hat hier eine weitgehend einheitliche Position. „Wenn es 1917 in Russland eine Revolution im üblichen Sinne gab, dann fand sie nicht im Oktober, sondern Ende Februar statt. Nur im Februar gingen Massen auf die Straße, deren Protest eine jahrhundertalte Herrschaft ins Wanken brachte. Dagegen entsprach der ‚Rote Oktober‘ eher dem Drehbuch eines Militärputsches. Das Zentralkomitee der Bolschewiki beschloss ihn. Ein gefügiges Komitee des Petrograder Arbeiter- und Soldatenrats bereitete ihn sorgfältig vor, und eine parteitreue Miliz half bei der Besetzung strategisch wichtiger Einrichtungen.“ (FAZ, 07.11.2017) Soweit Hildermeier, der hier nur die altbekannten Positionen des Richard Pipes mit eigenen Worten aufbereitet. Wie bereits eingangs dargestellt (siehe Fußnote 5), steht die Linke einer solchen Kritik am russischen Oktober hilflos gegenüber.

Der Genosse Kuczynski macht hier keine Ausnahme. Er ist empört über eine solche Aussage, distanziert sich mit deutlichen Worten von einer derartigen Bewertung des Oktobers und kann sie doch trotz aller Gramsci-Zitate, die er in diesem Zusammenhang anführt, nicht widerlegen. Schauen wir seine Ausführungen genauer an, finden wir dort noch nicht einmal den ernsthaften Versuch, auf die Beweisführung Hildermeiers einzugehen. Stattdessen beruft er sich auf Gramsci. „Die Revolution der Bolschewiki (,,) ist die Revolution gegen das Kapital von Karl Marx“ zitiert er einen Artikel von Gramsci aus dem *Avanti* vom 24. November 1917 um dann weiter auszuführen:

„Diese Aussage wird vor allem von jenen gern zitiert, die mit Kautsky und Plechanow und gegen Lenin meinen, Russland sei ‚noch nicht reif für die sozialistische Revolution‘ gewesen. Aber genau dies war nicht seiner Rede Sinn, denn Gramsci stellte in seinem Zeitungsartikel fest: ‚Die Tatsachen haben die kritischen Schemata zersprengt, innerhalb derer die Geschichte Russlands nach den Grundprinzipien des historischen Materialismus hätte ablaufen müssen. Die Bolschewiki ignorierten Karl Marx, sie bestätigten mit der vollendeten Aktion (...), dass die Grundprinzipien des historischen Materialismus nicht so ehern sind, wie man denken könnte und gedacht hat. ... Die Bolschewiki ... haben auf dem Werk des Meisters (gemeint ist ‚Das Kapital‘ von Marx, A.S.) keine oberflächliche Lehre aus dogmatischen und undiskutierbaren Behauptungen errichtet. Sie leben das marxistische Denken.‘ Das ist das glatte Gegenteil der Gramsci Interpretation derer, für die es 1917 in Russland nur eine Revolution gab, die Februarrevolution und die Oktoberrevoluti-

⁷² Hildermeier 1989, S. 303

on zum ‚Oktoberumsturz‘ oder gar zu einer putschistischen Aktion Lenins degradieren.“ (S. 134)

Wir haben den Genossen aus mehreren Gründen so ausführlich zitiert. Zum ersten ist es unübersehbar, dass er den Argumenten der Kritiker nicht Tatsachen, sondern Gramsci gegenüberstellt. Obwohl seine *revolutionäre Interpretation* der Auffassungen Gramscis völlig richtig ist, liefert sie keine Erklärungen zu den offensichtlichen Unterschieden zwischen der Februarrevolution und dem Oktober. Die Februarrevolution war eine *spontan entstandene Volksrevolution* in der Stadt Petrograd, jener Stadt, in der der Umsturz - sowohl im Februar als auch im Oktober - entschieden wurde. Der Februarumsturz begann mit Hungerprotesten, Streiks und Demonstrationen der Arbeiterschaft. Diese Proteste der Arbeiter weiteten sich in wenigen Tagen zu einer von breiten Teilen der städtischen Bevölkerung unterstützten Revolution aus, der sich schließlich bedeutende Teile der Garnison anschlossen. Gestützt auf diese Kräfte wurde die zaristische Regierung und ihr Staatsapparat mit Waffengewalt gestürzt (und nicht nur – wie Hildermeier oben beschönigend formulierte – „ins Wanken gebracht“).

Der Oktober war all‘ dies nicht. Er war eine *geplante* und entsprechend *vorbereitete bewaffnete Machtergreifung*, getragen von Teilen der Garnison und den Roten Garden der Arbeiter. Große Teile der städtischen Bevölkerung erfuhren von dieser Machtergreifung erst in den folgenden Tagen aus der Zeitung. Diesen deutlich sichtbaren Unterschied in der Form der Erhebung zu ignorieren oder zu leugnen, ist keine wissenschaftlich haltbare Position. Das weiß Hildermeier nur zu Genau und insistiert darum in allen seinen Veröffentlichungen im Jahr 2017 auf diese augenscheinlichen Unterschiede, um den Oktoberumsturz als „Militärputsch“ zu diskreditieren. Um dieser Argumentation entgegentreten zu können, gilt es vom Augenschein zu den tatsächlichen sozialen und politischen Inhalten der beiden Erhebungen fortzuschreiten.

Im Februar haben wir in Petrograd (wohlgemerkt nicht auf dem Land, da die Bauernschaft im Februar noch „ruhig“ war) eine von breiten Schichten der städtischen Bevölkerung getragene *Volksrevolution*. Im Oktober haben wir in derselben Stadt eine *proletarische Minoritätenrevolution*, die diesmal durch eine *bäuerliche Massenbewegung* auf dem Land begleitet wird. Im Februar bestand die Aufgabe die zaristische Staatsmacht zu stürzen und zu zerschlagen, was eine Volksrevolution samt Garnisonsunterstützung erforderte. Im Oktober galt es nur eine Regierung zu verhaften, die weder Legitimation noch Rückhalt in der Bevölkerung besaß, aber – was mindestens ebenso wichtig ist - die über keine eigenständige Staatsmacht und ernstzunehmende bewaffnete Kräfte verfügte.

Was macht es so schwierig, diese Unterschiede zu verstehen? Es wird – entsprechend der bolschewistischen Geschichtsschreibung - ignoriert, dass die *alte Staatsmacht bereits in der Februarrevolution zerschlagen wurde* und die wechselnden Provisorischen Regierungen des Jahres 1917 es nicht vermochten, eine neue Staatsmacht auszubilden. Spätestens nach der Machtprobe im April 1917 (Miljukow-Note) war klar, dass die Macht nicht bei den wechselnden Regierungen, sondern in den Händen des Sowjets lag. Mit dem Wechsel der Sowjetmehrheit von den sozialrevolutionär-menschewistischen Kräften zu

den Bolschewiki, war die Möglichkeit und im gewissen Sinn auch die Notwendigkeit⁷³ der bolschewistischen Machteroberung gegeben. Und diese Machteroberung musste deshalb auch ein *völlig anderes Erscheinungsbild* haben als die Februarrevolution: Das Militärrevolutionäre Komitee des Petrograder Sowjet ließ durch seine „Machtorgane“ die Verkehrsknotenpunkte und Kommunikationszentren besetzen sowie die inzwischen durch nichts mehr legitimierte Provisorische Regierung⁷⁴ im Winterpalais verhaften.

Lassen wir dies alles durch einen bürgerlichen Historiker beschreiben: „Was zu tun war, lag auf der Hand. Die Strategen des VRK (Revolutionäres Militärkomitee) kannten die wenigen zentralen Punkte, die im Handstreich genommen werden mussten. Wohl fehlte ihnen eine wirkliche militärische Streitmacht ... Aber angesichts des Mangels an Gegenwehr reichten die bolschewistischen Garnisonsregimenter und die Roten Garden, in Petrograd etwa 15.000 bis 20.000, aus. ... Als um 8 Uhr Soldaten des VRK auch im Warschauer Bahnhof patrouillierten, war der Machtwechsel in Petrograd faktisch bereits vollzogen – kampflos und ohne Blutvergießen, eher eine ‚Wachablösung‘ (Suchanow) als ein Umsturz. Drei Stunden später floh Kerenski ...“ Und wenige Seiten weiter: „Kaum ein Soldat ergriff für die Provisorische Regierung Partei.“⁷⁵ Hier wird anschaulich herausgearbeitet, warum der Oktober ein völlig anderes Gesicht haben musste als die Februarrevolution, die den Zarismus stürzte: Es war keine Staatsmacht mehr zu stürzen, sondern „nur“ eine unlegitimierte Regierung, die keine Verteidiger fand, zu verhaften.

Nochmals „Historischer Materialismus“ und Revolution

Zurück zum Genossen Kuczynski und dem angeführten Gramsci-Zitat. Hier ist interessant, was Gramsci dem „Kapital“ und dem „Historischen Materialismus“ anlastet. Diese Kritik gilt es zu kommentieren und richtig zu stellen, was der Genosse Kuczynski bedauerlicherweise unterlässt. Der Satz „die Bolschewiki ignorierten Karl Marx“ ist ebenso falsch wie die These, sie hätten „einige Sätze des Kapitals (ge)leugnet“. Gerade bei ihren agrarpolitischen Vorstellungen – wie weiter vorne dargestellt – folgten sie den Ausführungen des Kapitals deutlich mehr als es für russische Verhältnisse angebracht war. **Nicht an Marx und erst recht nicht an seinem Werk „Das Kapital“ ist die Kritik zu führen, sondern an der Gestalt, die der historische Materialismus in der 2. Internationale angenommen hat.** Klassisch wird dies an der Position, die Kautsky zur Frage der Revolution bezieht:

„Die Sozialdemokratie ist eine revolutionäre, nicht aber eine Revolutionen machende Partei. Wir wissen, dass unsere Ziele nur durch eine Revolution erreicht werden können, wir wissen aber auch, dass es ebenso wenig in unserer Macht steht, diese Revolution zu machen, als in der unserer Gegner, sie zu verhindern. Es fällt uns daher auch gar nicht ein, eine Revolution anstiften oder vorbereiten zu wollen.“⁷⁶

⁷³ Dass die Oktoberrevolution auch eine „*notwendige Erhebung*“ war, wird an anderer Stelle noch zu entwickeln sein. Hier würde es den sowieso bereits zu umfangreichen Rahmen der Artikelrezension sprengen.

⁷⁴ Es wird leicht übersehen, dass die einzige demokratische Legitimation der Provisorischen Regierungen in ihrer Duldung und Stützung durch den Sowjet bestand.

⁷⁵ Hildermeier 1989, S. 238-243

⁷⁶ Kautsky, S. 52

Dieses vollständig passive und ebenso vollständig falsche Verhältnis zur Revolution ist kennzeichnend für das Marxismusverständnis der 2. Internationale. Marx hatte - so verstanden Theoretiker wie Kautsky und Plechanow ihn - nachgewiesen, dass die Entwicklung des Kapitalismus notwendig zur Entwicklung des Proletariats und seiner letztendlichen Machtergreifung führen müsse. Diese Machtergreifung sei möglich, sobald das Proletariat eine Mehrheit der Bevölkerung bilde – so Kautsky und Plechanow etc. - und damit unmöglich, wo dies nicht der Fall sei. Rosa Luxemburg hat darauf trefflich geantwortet: „Damit haben die Bolschewiki die berühmte Frage nach der „Mehrheit des Volkes“ gelöst, die den deutschen Sozialdemokraten seit jeher wie ein Alp auf der Brust liegt. Als eingefleischte Zöglinge des parlamentarischen Kretinismus übertragen sie auf die Revolution einfach die hausbackene Weisheit der parlamentarischen Kinderstube: um etwas durchzusetzen, müsse man erst die Mehrheit haben. Also auch in der Revolution: zuerst werden wir eine ‚Mehrheit‘. Die wirkliche Dialektik der Revolutionen stellt aber diese parlamentarische Maulwurfsweisheit auf den Kopf: nicht durch Mehrheit zur revolutionären Taktik, sondern durch revolutionäre Taktik zur Mehrheit geht der Weg.“⁷⁷

Damit zurück zum Kautsky-Zitat. „Wir wissen aber auch, dass es ebenso wenig in unserer Macht steht, diese Revolution zu machen, als in der unserer Gegner, sie zu verhindern. Es fällt uns daher auch gar nicht ein, eine Revolution anstiften oder vorbereiten zu wollen.“ Dies ist erkennbar Unsinn. Wie will man eine Revolution – die der Gegner *nicht verhindern* kann – wie Kautsky ausführt, durchführen, wenn man sie nicht vorbereitet oder anstiftet, wenn man sie nicht macht? Die Revolution kommt hier zur Sozialdemokratie wie die Jungfrau zum Kinde. Und dies geschieht durch das Wunder des Historischen Materialismus, das im Marxschen Kapital angekündigt wurde. An einem solchen „Marxismus“ ist Marx völlig unschuldig und genau diesen „Marxismus“ kritisiert Gramsci.

Ist ein geplanter Umsturz unvermeidlich nur ein „Militärputsch“ und keine Revolution mehr?

Revolutionen können nicht auf Wunsch „gemacht“ werden. Sie bedürfen gesellschaftlicher und politischer Voraussetzungen. Dies ist unbestreitbar. Sind diese Voraussetzungen aber gegeben, so erkennt man die revolutionäre Partei daran, *dass sie die Revolution macht*. Und genau dies war die Aufgabenstellung im russischen Oktober. Und die Bolschewiki haben sich dieser Aufgabe gestellt und sie in der im Oktober einzig möglichen Form, der „plebiszitär gestützten Militäraktion“, durchgeführt. Ist sie deshalb keine „Revolution“ mehr, sondern ein „Militärputsch“, wie Hildermeier weiter oben argumentierte?

Antworten wir dem Hildermeier von 2017 mit dem Hildermeier von 1989: „Wenn die Oktoberwende in der Essenz eine plebiszitär gestützte Militäraktion war, summierten sich die folgenden Maßnahmen und spontanen Prozesse zur *zweiten Revolution*.“⁷⁸ Und einige Seiten später begründet er diesen Gedanken ausführlich: „Dabei geht es nicht darum, die Umwälzung als solche in Frage zu stellen. Auf der Hand liegt, dass sich die Vorgänge des Jahres 1917 zu einer Revolution im genaueren Sinne des Begriffs summierten. Schon der Februarumsturz beseitigte nicht nur die Monarchie, sondern griff auch tief in das soziale

⁷⁷ Luxemburg: Zur russischen Revolution; GW Band 4, Dietz-Verlag Berlin 1974, S.341;

»http://www.mlwerke.de/lu/lu3_106.htm« zuletzt geändert am 17.10.2014

⁷⁸ Hildermeier 1989, S. 248

Machtgefüge ein. Erst recht brach die Oktoberrevolution mit der Vergangenheit. Die Absage an Parlamentarismus und Parteienpluralität ... und die Enteignung der großen Besitzer in Stadt und Land sanktionierte wohl die rascheste und radikalste Sozialrevolution, die in der Geschichte bis dahin zu verzeichnen war.“⁷⁹ (Hervorhebungen von mir; A.S.) Das ist doch eine überzeugende Beweisführung dafür, dass der Oktober sowohl „eine plebisziär gestützte Militäraktion war“, als auch eine „*Revolution im genaueren Sinne des Begriffs*“.

Bleibt die interessante Frage, wieso Hildermeier 2017 mit seiner – wie wir gesehen haben – relativ platten Denunziation der Oktoberrevolution die bürgerliche Publizistik zum 100. Jahrestag füllen konnte, ohne dass die „marxistische Linke“ dem entgegentrat? Und das, obwohl derselbe Hildermeier 30 Jahre zuvor seine heutige Position treffend und faktenreich widerlegt hatte? Die Antwort ist bedrückend einfach. Hildermeier konnte sich sicher ein, dass die „marxistische Linke“, erst recht ihr akademischer Flügel um die Zeitschrift *Z*, ihn weder kritisieren konnte noch wollte, so dass seine Wandlung vom ernsthaften bürgerlichen Wissenschaftler zum Apologeten des Antikommunismus unkommentiert bleiben würde.

Diese „marxistische Linke“ hat an einer ernsthaften Aufarbeitung der historischen Ereignisse, die das vergangene Jahrhundert und die revolutionäre Bewegung prägten, keinerlei ernsthaftes Interesse. Engels Aufforderung kurz vor seinem Tod „unsere Geschichtsauffassung aber ist vor allem eine Anleitung beim Studium, kein Hebel der Konstruktion à la Hegelianertum. Die ganze Geschichte muss neu studiert werden ...“ stößt hier auf taube Ohren. Da „interpretiert“ man lieber Lenins Schriften zum Imperialismus oder zu Staat und Revolution *neu*, als in die Niederungen der wirklichen Geschichte hinabzusteigen.

Offene Fragen

Mit den obigen Ausführungen sind die vom Genossen Kuczynski in seinem Artikel aufgeworfenen Fragen keineswegs vollständig behandelt. Folgende Fragen sind m. E. noch offen:

- Warum änderten Marx und Engels in der zweiten Hälfte der 70 Jahre des 19. Jahrhunderts ihre politische Position zu den russischen Volkstümlern? Finden wir hier Erklärungen für die von mir als „kryptisch“ beschriebenen Ausführungen zur russischen Dorfgemeinschaft?
- Wenn man die revolutionäre Tat der Bolschewiki verteidigen will, warum rückt man fortwährend ihr faktisches Zusammengehen mit der Bauernrevolution ins Zentrum der Kritik, obwohl ohne die Anerkennung des selbstständigen Charakters der Bauernrevolution ein Sieg der Arbeiterklasse im Oktober nicht möglich gewesen wäre?
- Wer die Theorie des Aufbaus des Sozialismus in einem Land kritisiert – wie Genosse Kuczynski – sollte die Alternativen aufzeigen, die nach dem Scheitern der Revolutionen im Westen sonst möglich gewesen wären.
- Und abschließend eine (vielleicht) vordergründige Parallele: Auf dem Sowjetkongress im Sommer 1917 in Russland und dem Rätekongress im Dezember 1918 in

⁷⁹ ebd, S. 302 f

Russische Revolutionen Teil 3

Deutschland waren in beiden Fällen die Revolutionäre in einer klaren Minderheit; beide Kongresse sprachen sich mit überwältigender Mehrheit für eine parlamentarische Republik und gegen die Sowjetmacht aus. Vier Monate später können die Bolschewiki eine proletarische Minoritätenrevolution siegreich anführen, während die deutsche Revolution in den folgenden Jahren wiederholt scheiterte.

Gibt es hier nicht doch noch einiges zu untersuchen? Sind die „alten Revolutionen“ – gerade nach den in diesem Artikel behandelten Fragen – nicht weiterhin ein „aktuelles Thema“?

Literatur

Altrichter, Helmut: Die Bauern von Tver, Vom Leben auf dem russischen Dorfe zwischen Revolution und Kollektivierung, R. Oldenburg Verlag München 1984

Altrichter, Helmut: Russland 1917 - Ein Land auf der Suche nach sich selbst, Paderborn 1997

Aufsätze zur Diskussion; Nummern 67, 86, 89

Berliner Debatte Initial Nr. 28

Beyrau, Dietrich: Petrograd, 25. Oktober 1917. München 2001

Geschichte der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (Bolschewiki), Kurzer Lehrgang, Stuttgart 1974.

Goehrke, Carsten: Die Theorien über die Entstehung und Entwicklung des „MIR“, Wiesbaden 1964

Goehrke, Carsten: Russischer Alltag, Bd. 1; Die Vormoderne, Bd. 2; Auf dem Weg in die Moderne, Bd. 3, Sowjetische Moderne und Umbruch, Zürich 2003.

Häfner, Lutz: Die Partei der Linken Sozialrevolutionäre in der russischen Revolution 1917/18, Köln 1994

Hedeler, Wladislaw; Schützler, Horst; Striegnitz, Sonja: Die Russische Revolution 1917 – Wegweiser oder Sackgasse; Dietz Verlag Berlin 1997

Hedeler, Wladislaw: Die russische Linke zwischen März und November 1917; Dietz Verlag Berlin 2017

Hildermeier, Manfred: Geschichte Russlands, München 2013

Hildermeier, Manfred: Die russische Revolution 1905-1921, Frankfurt 1989.

Karuscheit/Schröder: Von der Oktoberrevolution zum Bauernsozialismus, VTK-Verlag 1993

Kautsky, Karl: Der Weg zur Macht. Politische Betrachtungen über das Hineinwachsen in die Revolution, hrs. und eingeleitet von G.Fülberth, Frankfurt/M 1972

Lenin Gesammelte Werke: LW Bd. 13, 25, 26

Marx, Karl: „Grundrisse der politischen Ökonomie“, Erstveröffentlichung 1939 und 1941 in Moskau

- Marx, Karl: „Die Geschichte der Geheimdiplomatie des 18. Jahrhunderts“, Berlin 1977
- Marx, Engels Werke; MEW Bd. 19, 32, 35, 37
- Marx, Karl: Die Briefe von Karl Marx und Friederich Engels an Danielson, Leipzig 1929
- Nolte, Hans-Heinrich: Kleine Geschichte Russlands, Lizenzausgabe für die Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 2006
- Schröder/Karuscheit: Das Revolutionsjahr 1917, VSA-Verlag, 2017
- Smith, Stephen A.: Revolution in Russland, Darmstadt 2017
- Z Zeitschrift Marxistische Erneuerung, Nr. 113

Novemberdebatte: Um einige Fragen der Novemberrevolution

Vorbemerkung

Ausgangspunkt der im folgenden dokumentierten „Novemberdebatte“ ist der Sammelüberblick zu „Novemberfragen“ von H.Karuscheit, der in der „Berliner Debatte Initial“ 1/2019 die Publizistik zum 100.Jahrestag der Novemberrevolution vorstellte (nachgedruckt in AzD 89). Darin stand auch ein Passus zu dem Artikel "Proletarische Revolution – bürgerliche Konterrevolution" aus der Zeitschrift Arbeiterpolitik Nr. 5-6/2018. Die dabei geäußerte Kritik veranlasste die Redaktion der „Arbeiterpolitik“ zu „Kurzen Antworten“, auf die H.Karuscheit in einer Erwiderung reagierte, worauf die „Arbeiterpolitik“ wiederum eine Replik schrieb. Die Beiträge werden hier ungekürzt abgedruckt.

Außerdem hat WoKu aus Hamburg in einer internen Diskussion eine Stellungnahme zu einem Luxemburg-Text von HK geschrieben, die zusammen mit einer Antwort darauf ebenfalls abgedruckt wird. Der Luxemburg-Text hat in dieser Ausgabe keinen Platz mehr gefunden und wird in der nächsten Nummer abgedruckt, die Diskussion ist auch ohne dessen Kenntnis verständlich.

In seinen abschließenden „Anmerkungen“ geht HK noch einmal auf einige der in der Debatte aufgeworfenen Fragen ein. Dabei bezieht er auch einen Artikel aus der „Arbeiterstimme“ ein, die in der Tradition der von Heinrich Brandler und August Thalheimer gegründeten „KPD-Opposition“ dieselben Auffassungen zur Novemberrevolution vertritt wie die „Arbeiterpolitik“ („Eine Revolution der Arbeiterklasse, die in der bürgerlichen Konterrevolution endete“, in: „Arbeiterstimme“ Nr.204 vom Sommer 2019).

I. Diskussion mit der Redaktion der „Arbeiterpolitik“

1. Redaktion Arbeiterpolitik: Kurze Antworten auf Karuscheits Besprechung des Artikels "Proletarische Revolution – bürgerliche Konterrevolution" aus „Arbeiterpolitik“ Nr. 5/6 2018

a) *"Die revolutionstheoretisch bestimmende Frage, ob das Proletariat dabei war, eine bürgerlich-demokratische oder eine sozialistische Revolution durchzuführen, wurde in dem Artikel so wenig beantwortet wie eine Nummer davor."* (HK: Novemberfragen)

Wir haben deutlich gemacht in dem Artikel, dass *"der Sozialismus ... die große Hoffnung der Massen in der Arbeiterklasse"* war. Gleichzeitig bestanden aber sehr unterschiedliche, teils unklare Vorstellungen darüber, was das sei und welche Strategie dahin einzuschlagen sei. Das Proletariat kann in dieser Hinsicht nicht als politisch einheitlich unterstellt werden. Die Stellung zu den Parteien SPD, USPD und KPD, die Abstimmungen im Reichsrätekongress Dezember 1918, die Januarkämpfe 1919, die Auseinandersetzungen um die Sozialisierung des Ruhrbergbaus u. v. m. zeigen das. Insofern ist festzustellen: *"Das Proletariat hat also zunächst seine eigene Revolution begonnen, ... (ist) aber auf halber Strecke stehen geblieben."* Auszugehen ist davon, dass auch diejenigen, die im Rätekongress für die bürgerliche Nationalversammlung stimmten, die Sozialisierung wollten,

aber der SPD-Losung vertrauten, dass zunächst die Produktion in Gang gesetzt werden müsse. Usw. usf.

b) *"Vor allem aber fragt sich, woher die Einschätzung kommt, dass die zu Recht konstatierte Konterrevolution bürgerlichen Charakter trug. Weder wurden die großen Adelsgüter und der preußische Militarismus zerschlagen noch andere Maßnahmen realisiert, die seit der 1848er Revolution auf der Tagesordnung der Geschichte standen." (HK: Novemberfragen)*

Das haben wir tatsächlich im wesentlichen mit der Verbürgerlichung des Staatsapparats (Parlamentarisierung, demokratisches Wahlrecht, bürgerliches Regierungspersonal) begründet. Das konnte freilich nicht heißen, dass *"die großen Adelsgüter und der preußische Militarismus"* sofort aus dem gesellschaftlichen Leben und der Politik verschwanden. Das ist eine formale und unrealistische Sicht. Gebrochen war aber die privilegierte Stellung des Adels im Staatsapparat, was für die Bourgeoisie bedeutete, dass bisherige Rücksichtnahmen und Konflikte um die Wirtschaftspolitik potenziell wegfielen (ich denke hier z. B. an die Auseinandersetzungen um die Zollpolitik oder den Bau des Mittellandkanals). Tatsächlich hat erst die DDR mit den großen Adelsgütern aufgeräumt. Bürgerlich heißt auch in die andere Richtung, dass sie nicht sozialistisch, sondern kapitalistisch war.

c) *"Doch 'bürgerlich' war 1918/19 lediglich die Einführung des Parlamentarismus, und die war bereits im Oktober, vor der Revolution erfolgt." (HK: Novemberfragen)*

Im Oktober 1918, also wenige Wochen vor dem Sturz der Monarchie, wurde lediglich ein Passus in die kaiserliche Reichsverfassung eingefügt, dass der bis dahin allein vom Kaiser ernannte Reichskanzler zu seiner Amtsführung des Vertrauens des Reichstags bedürfe. Was das heißen sollte (für uns Nachgeborene heute: dass der Reichskanzler vom Reichstag ggf. entlassen werden könnte, wie es später die Weimarer Verfassung vorschrieb), war damals keineswegs klar. Auch hier zeigt sich seitens des Kritikers eine formale Sichtweise (wenn man der folgt, könnte man behaupten, dass der Sturz Bülow's 1909 der Beginn der "Parlamentarisierung" gewesen sei). Die Parlamentarisierung wurde im materiellen Sinne erst von der Revolution durchgesetzt, und zwar auch hier in doppelter Richtung: gegen die alten Gewalten und gegen die sozialistische Alternative des Räte-systems.

d) *"Deshalb negiert der Artikel das Entscheidende, nämlich dass die von der SPD organisierte Konterrevolution keine bürgerlichen Zustände zum Ergebnis hatte, sondern die Restauration der alten, vorbürgerlichen Ordnung in republikanischer Verkleidung."*

Das allerdings. Die Begründung folgt aus den vorigen Punkten.

22.03.2019 F/HU (für die Redaktion der Arbeiterpolitik)

2. H.Karuscheit: Erwiderung auf die „kurzen Antworten“ der „Arbeiterpolitik“ (31.03.2019)

Werter Kollege/ Genosse,

zunächst einmal möchte ich mich für deine schnelle Antwort auf die Kritik an dem Arpo-Artikel bedanken. Du gestattest, dass ich dein Interesse an der Diskussion gerne aufgreife und darauf etwas erwidere.

Deine Verteidigung der *bürgerlichen* Charakterisierung der Konterrevolution basiert, wenn ich das richtig sehe, auf zwei zusammenhängenden, z.T. unausgesprochenen Grundannahmen: *Erstens*: das Kaiserreich war ein bürgerlicher Staat. *Zweitens*: im November 1918 stand eine sozialistische Revolution auf der Tagesordnung. Von diesen Grundannahmen ging auch die von Rosa Luxemburg geführte revolutionäre Linke / Spartakusgruppe aus – und scheiterte mit ihrer Sozialismusstrategie vollständig.

Zum ersten Punkt: Durch die Reichseinigung 1866-1870 war zwar die *nationale*, aber nicht die *demokratische* Aufgabenstellung der 1848/49 gescheiterten bürgerlichen Revolution gelöst worden. Der Reichstag in dem 1870/71 gegründeten Deutschen Reich war ohne die entscheidenden Rechte eines Parlaments. Das Militär als das Zentrum der Macht blieb unter dem außerparlamentarischen Kommando des junkerlich-preußischen Militäradels, und aufgrund der Bismarckschen Reichskonstruktion agierte der – mit Hilfe des fortgeltenden Dreiklassenwahlrechts von den Junkern beherrschte – Staat Preußen als deutscher Hegemonialstaat (in meinem 2014 erschienenen Buch „Deutschland 1914“ wird diese Frage ausführlich behandelt). Marx bemerkte dazu in der Kritik des Gothaer Programms, dass das Kaiserreich „nichts anderes als ein mit parlamentarischen Formen verbrämter, mit feudalem Beisatz vermischter und zugleich schon von der Bourgeoisie beeinflusster, bürokratisch gezimmerter, polizeilich gehüteter Militärdespotismus“ war. Im grundsätzlichen Unterschied zu Frankreich und Großbritannien war Deutschland kein bürgerlich-parlamentarisch beherrschter Staat, sondern ein vorbürgerlicher, halbfeudaler Militär- und Obrigkeitsstaat, mit der Folge, dass die bürgerliche Revolution als *demokratische Revolution* weitergeführt werden musste.

Im Gegensatz dazu ist die Bebel-SPD einschließlich ihres linken, revolutionären Flügels davon ausgegangen, dass das Bismarck-Reich bürgerlichen Charakter trug (ohne das jemals konkret untersucht zu haben), mit der Folge, dass allerseits als nächstes Ziel der Sozialismus angestrebt wurde.

Zum zweiten Punkt, zur Frage der Revolution selber: Du schreibst mit etwas vagen Worten, dass unter den Arbeitern „sehr unterschiedliche, teils unklare Vorstellungen“ über den Sozialismus bestanden „und welche Strategie dahin einzuschlagen sei. Das Proletariat kann in dieser Hinsicht nicht als politisch einheitlich unterstellt werden.“

Das ist natürlich richtig. Wie bei jeder gesellschaftlichen Bewegung gab es auch im November unterschiedliche Vorstellungen und Richtungen, die sich ganz grob dreiteilen lassen: es gab einen rechten, reaktionären Flügel der Arbeiterbewegung, der die Politik Eberts und Noskes ohne Hemmungen mittrug. Ihm gegenüber stand ein linker, revolutionärer Flügel, der wesentlich von der Spartakusgruppe und später von der KPD repräsen-

tiert wurde. Schließlich gab es die Masse des Proletariats, die es zu gewinnen galt, wenn die Revolution erfolgreich sein sollte. Zu ergänzen ist, dass das Wort „Sozialismus“ nach dem Sturz der Monarchie zwar in aller Munde war, dies aber mit Sozialismus im eigentlichen Sinn wenig zu tun hatte – es ging unter diesem Begriff wesentlich um das Ende des Obrigkeitsstaats und des Militarismus, um Demokratie, Freiheit und Selbstverwaltung bis hin zur Forderung nach einer Verstaatlichung der kartellierten Schwerindustrie.

Das vorweg geschickt, muss man feststellen, dass die Spartakusgruppe mit ihrem Sozialismuskonzept nur eine Minderheit des Proletariats, und zwar eine recht kleine Minderheit repräsentierte. Zu keinem Zeitpunkt gab es eine Mehrheit in der Arbeiterschaft für die Vergesellschaftung der (aller) Produktionsmittel und für die Errichtung einer Diktatur des Proletariats. In Russland z.B. gab es viele spontane Betriebsenteignungen durch die Arbeiter (was Lenin zu der sorgenvollen Bemerkung veranlasste, dass viel zu viel enteignet worden sei, was der neue Staat gar nicht verwalten könne). Dagegen in Deutschland? Ähnliches gab es hier nirgends; hier beschränkte man sich auf die Forderung nach einer Sozialisierung / Verstaatlichung der Schwerindustrie.

Der bekannte Historiker der Revolution und Republik, Arthur Rosenberg, selber ein Teilnehmer der Novemberrevolution und jahrelang ein Vertreter der KPD im Reichstag, bemerkte dazu in seiner bis heute richtungsweisenden Geschichte Weimars: „Ein ernster Wille, sozialistische Maßregeln durchzuführen, zeigte sich im Reich bei den revolutionären Massen eigentlich nirgends. Solche Absichten wären schon durch die Haltung der Soldaten vereitelt worden, deren Mehrheit nicht sozialistisch war, entsprechend der politischen Zusammensetzung des deutschen Volkes.“ (Entstehung der Weimarer Republik, Nachdruck EVA 1961, S.239) Was Rosenberg als zeitgenössischer Beobachter konstatierte, ist durch die Revolutionsforschung der letzten Jahrzehnte zu den Räten vielfach bestätigt worden (siehe die Zusammenfassung des Forschungsstands in: Kolb/Schumann: Die Weimarer Republik, München 2013, S.170ff) Oder wie Wolfgang Niess schreibt: „Es geht der Revolutionsbewegung neben der schnellen Beendigung des Krieges auch um eine umfassende ‚Demokratisierung‘ der Gesellschaft. Der alte Obrigkeitsstaat soll von Grund auf verändert werden. Demokratischer Geist soll in die Armee, die Verwaltung, die Justiz, die Schulen und Fabriken, schlicht in die ganze Gesellschaft einziehen. Der Untertan und der Untertanengeist haben ausgedient.“ (Niess: Die Revolution von 1918/19. Europa-Verlag 2017, S. 166)

Das heißt, die spontane Massenbewegung stellte sich die Aufgabe, die historisch auf der Tagesordnung der Geschichte stand, nämlich die *Durchführung einer demokratischen Revolution*. Aber anstatt mit einem revolutionär-demokratischen Programm die Führung dieser Bewegung zu übernehmen, um so an die Macht zu gelangen (und zu einem späteren Zeitpunkt zum Sozialismus überzugehen), isolierte sich die revolutionäre Linke mit ihrem Sozialismusprogramm und erlitt eine vernichtende Niederlage.

Weiter: an anderer Stelle lassen sich deine Anmerkungen so lesen, als ob du selber an der Herrschaft der Bourgeoisie im Kaiserreich zweifelst und meinst, dass diese Bourgeoisie 1918/19 nicht nur über das Proletariat, sondern auch über das zuvor herrschende Junkertum siegte – sie hätte also einen doppelten Sieg erfochten, sowohl über die Arbeiterklasse als auch über die preußische Grundbesitzerklasse. So interpretiere ich wenigstens

Fragen der Novemberrevolution

deine Bemerkung: „Gebrochen war aber die privilegierte Stellung des Adels im Staatsapparat, was für die Bourgeoisie bedeutete, dass bisherige Rücksichtnahmen und Konflikte um die Wirtschaftspolitik potenziell wegfielen (ich denke hier z.B. an die Auseinandersetzungen um die Zollpolitik oder den Bau des Mittellandkanals)“. Richtig ist, dass die Adelsangehörigen keinen privilegierten Zugriff auf die Übernahme von Staatsposten mehr hatten und auch die Wirtschaftspolitik nicht mehr wie vorher bestimmen konnten (was indessen nur bedingt gilt, denn in der Zollpolitik z.B. wurden nach Auslaufen der alliierten Verbote die Vorkriegszölle auf Getreide wieder eingeführt).

Aber war das entscheidend? Des weiteren führst du aus: „Das konnte freilich nicht heißen, dass ‚die großen Adelsgüter und der preußische Militarismus‘ sofort aus dem gesellschaftlichen Leben und der Politik verschwanden. Das ist eine formale und unrealistische Sicht.“ Was du hier mit „formal und unrealistisch“ meinst, ist mir offen gestanden schleierhaft, denn Realität ist, dass die Adelsgüter und der Militarismus weder sofort noch überhaupt aus dem gesellschaftlichen Leben verschwanden. Beides war von größter Bedeutung und gehörte seit 1848/49 zu den Kernpunkten einer bürgerlichen Revolution. Dank des Ebert-Groener-Pakts vom 10. November 1918 ging das preußisch-deutsche Offizierskorps ungebrochen in die Weimarer Republik über und baute die Reichswehr als „Staat im Staat“ auf. Formal hatte das Parlament nun die Hoheit über das Militär (das war anders als im Kaiserreich), aber real bestimmte die weiterhin unter dem Kommando der Junker stehende Reichswehr autonom über den eigenen Einsatz im Innern. Gleichzeitig behielt der Militäradel seine soziale Basis in Gestalt der ostelbischen Großgüter.

Was soll an diesen Geschehnissen „bürgerlich“ gewesen sein? Oder unterstellst du, dass die Reichswehr irgendwie zu einer bürgerlichen Armee geworden ist? Wenn nicht, heißt das nichts anderes, als dass der bewaffnete Kern der Macht weiterhin oder wieder in den Händen des Junkertums lag, auch wenn dessen Stellung durch die Novemberrevolution geschwächt war. Der konservative Historiker Golo Mann hat diese Problematik früh benannt, indem er schrieb, dass durch die Politik der SPD-Führung „der ganze Herrschafts- und Geistesapparat des Kaiserreiches erhalten (blieb): Verwaltung, Justiz, Universität, Kirchen, Wirtschaft, Generalität“. (Golo Mann: Deutsche Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts, Frankfurt/M 1958, S.670). Das bedeutet in der Konsequenz, dass die Weimarer Republik unter republikanischem Mantel die alte Ordnung fortsetzte – und diese Ordnung war *nicht* bürgerlich.

Damit es nicht zuviel wird, will ich hier Schluss machen und nur noch versuchen zusammenzufassen, was m.E. der Kern der Novemberproblematik war: Mit den nach dem Sturz der Monarchie geschlossenen Bündnissen (Ebert-Groener Pakt mit dem preußischen Offizierskorps; Stinnes Legien-Abkommen mit der Schwerindustrie) schmiedete die SPD-Spitze eine konterrevolutionäre Allianz gegen die Novemberrevolution, die sich klassenpolitisch auf den rechten Flügel der Arbeiterbewegung und die bisherigen Hauptträger der vorrevolutionären Verhältnisse, das Junkertum und die Montanbourgeoisie, stützte. Gemeinsames Ziel war es, hinter der Fassade der Republik die alte Ordnung wiederherzustellen, nur diesmal mit Sozialdemokraten an der Spitze (was von Junkern und Schwerindustrie nur als vorübergehende Notlösung betrachtet wurde).

Um gegen diese Allianz zu bestehen, hätten die Linken das Konzept einer demokratischen Volksrevolution unter Führung des revolutionären Flügels der Arbeiterklasse verfolgen müssen. Nur so hätten sie eine Mehrheit der Arbeiterschaft hinter sich versammeln sowie einen mehr oder minder großen Teil des Kleinbürgertums als Bündnispartner gewinnen oder zumindest neutralisieren können. Mit der Strategie einer proletarisch-sozialistischen Alleinrevolution kämpften sie auf verlorenem Posten.

Je länger ich mich mit der Thematik befasse, desto weniger nachvollziehbar ist für mich, wieso die heutige Linke, die „Arbeiterpolitik“ eingeschlossen, ein geradezu masochistisches Vergnügen daran findet, das damalige praktische Scheitern, dem 14 Jahre später eine noch viel schlimmere Niederlage folgte, wieder und wieder theoretisch wiederzukäuen, anstatt sich daran zu machen, die damaligen Klassen- und Herrschaftsverhältnisse grundlegend zu untersuchen und daraus Schlussfolgerungen für das damals notwendige Revolutionskonzept zu ziehen.

Mit solidarischen Grüßen – Heiner Karuscheit, 31.03.2019

3. Replik der „Arbeiterpolitik“

In dem Beitrag "Erwiderung auf die Kritik an der Arpo Nr. 5/6 2018" nimmt Heiner Karuscheit an, dass unsere Auffassung des bürgerlichen Charakters der Konterrevolution auf "zwei zusammenhängenden, z.T. unausgesprochenen Grundannahmen" beruht.

a) "*Das Kaiserreich war ein bürgerlicher Staat.*" Nein, das ist so pauschal keineswegs unsere Auffassung, sondern die von Karuscheit in diesem Zusammenhang benannte Charakterisierung von Marx (aus der Kritik des Gothaer Programms: "*nichts anderes als ein mit parlamentarischen Formen verbrämter, mit feudalem Beisatz vermischter und zugleich schon von der Bourgeoisie beeinflusster, bürokratisch gezimmerter, polizeilich gehüteter Militärdespotismus*") ist auch unsere Sichtweise. Seine und unsere Schlussfolgerungen daraus scheinen aber unterschiedlich zu sein. Wir denken nicht, dass man feudale, semi-feudale und bürgerliche Staaten aus relativ zeitnahen Epochen so sauber voneinander trennen kann, dass man Klassen, Produktionsweisen, Institutionen etc. eindeutig und ausschließlich zuordnen kann. Selbstverständlich existieren sie auch in veränderter Konstellation eine gewisse Zeit weiter. Es kommt darauf an, das Kräfteverhältnis zwischen ihnen abzuschätzen.

Die Frage, ob das Kaiserreich ein bürgerlicher Staat war oder nicht, ist falsch gestellt. Sie ist gegenüber der Realität im Kaiserreich nicht angemessen differenziert. Wenn man sich pauschal für die eine oder die andere Seite dieser Alternative entscheidet, wird man dazu tendieren, die jeweils dafür sprechenden Argumente über- und die dagegen gerichteten unterzubewerten. Die richtige Frage ist vielmehr die nach dem Verhältnis feudaler und bürgerlicher Strukturelemente im Staatsaufbau des Kaiserreiches.

Daraus ergibt sich logischerweise, dass wir eine "*Herrschaft der Bourgeoisie im Kaiserreich*" nur mit Einschränkung feststellen können. Sie bestimmte die ökonomische Entwicklung, während das Junkertum die politische Macht ausübte. Daraus ergaben sich die zentralen Widersprüche zwischen diesen beiden privilegierten Klassen und für die Historiker die Schwierigkeit, das sicher zu klassifizieren.

Fragen der Novemberrevolution

Modellvorstellungen menschlicher Vergesellschaftungsformen sind nützlich und notwendig für die Analyse. Man darf aber Modelle nicht mit der komplexen Wirklichkeit gleichsetzen. Das gilt auch für Vorstellungen von Etappen der revolutionären Entwicklung, etwa die der Komintern (zu Stalins Zeiten), derzufolge eine nationaldemokratische bürgerliche Revolution ggf. einer sozialistischen vorauszugehen und für diese die gesellschaftlichen Voraussetzungen zu schaffen habe.

Dass die Bourgeoisie sich in der Novemberrevolution nach zwei Seiten hin (Junker und Arbeiterklasse) mithilfe der SPD durchgesetzt hat, trifft zu. Selbstverständlich reiften nicht alle Blütenträume. Man darf nicht übersehen, dass das Deutsche Reich, unter welcher Herrschaft auch immer, die Folgen und Lasten des verlorenen Krieges zu verarbeiten hatte. Die Bourgeoisie mußte sie auf jeden Fall auf die Arbeiterklasse abwälzen und brauchte dafür die SPD und das Militär, also Strukturen des neuen und des alten Staates. Das verschärfte die Klassenkämpfe außerordentlich, und niemand kann sagen, was abgelaufen wäre, wenn es diese externen Bedingungen nicht gegeben hätte.

b) *"Im November 1918 stand eine sozialistische Revolution auf der Tagesordnung."* Das sei unsere Auffassung, der Karuscheit die seinige entgegenstellt: *"Die spontane Massenbewegung stellte sich die Aufgabe, die historisch auf der Tagesordnung der Geschichte stand, nämlich die Durchführung einer demokratischen Revolution."* Welche Tagesordnung ist hier gemeint? Die sehr unterschiedlichen Strömungen hatten jeweils ihre eigene "Tagesordnung", der sie folgten. Oder ist die "Tagesordnung" eines Historikers gemeint, der rückblickend feststellt, welches zentrale Ergebnis die Novemberrevolution hatte? Es hilft nichts: Man muß zur Kenntnis nehmen, dass unterschiedliche und gegenläufige Kräfte am Werk waren, so dass es selbstverständlich auch eine bürgerliche "Tagesordnung" gab, die am Ende durchgesetzt wurde. Aber zum Verständnis der Vorgänge gehört das ganze Spektrum der Zeitumstände, darunter nicht zuletzt: Seit einem Jahr hatten die Bolschewiki von Russland aus die sozialistische Revolution auf die Tagesordnung gesetzt.

Nach Auffassung von Marx *"... stellt sich die Menschheit immer nur Aufgaben, die sie lösen kann, denn genauer betrachtet wird sich stets finden, dass die Aufgabe selbst nur entspringt, wo die materiellen Bedingungen ihrer Lösung schon vorhanden oder wenigstens im Prozess des Werdens begriffen sind"* (Karl Marx, Zur Kritik der Politischen Ökonomie. Vorwort, 1859, MEW 13, S. 9)." Die *"materiellen Bedingungen"* für die Überwindung des Kapitalismus waren in Deutschland bekanntlich weiter entwickelt als in Rußland.

Karuscheit schreibt: *"Um gegen diese Allianz (rechter Flügel der Arbeiterbewegung und die bisherigen Hauptträger der vorrevolutionären Verhältnisse, das Junkertum und die Montanbourgeoisie) zu bestehen, hätten die Linken das Konzept einer demokratischen Volksrevolution unter Führung des revolutionären Flügels der Arbeiterklasse verfolgen müssen. Nur so hätten sie eine Mehrheit der Arbeiterschaft hinter sich versammeln sowie einen mehr oder minder großen Teil des Kleinbürgertums als Bündnispartner gewinnen oder zumindest neutralisieren können. Mit der Strategie einer proletarisch-sozialistischen Alleinrevolution kämpften sie auf verlorenem Posten."*

Das halten wir für eine abstrakte – um nicht zu sagen: im konkreten Revolutionsverlauf weltfremde – Überlegung. Rosa Luxemburg sprach von der *"Gluthitze der Revolution"*.

Wie hätte sich in diesen hin- und herwogenden Kämpfen eine langfristig möglicherweise abstrakt logische Strategie durchsetzen können? Wie hätte die revolutionäre Linke mit einer begrenzenden Losung der "*demokratischen Volksrevolution*" "*eine Mehrheit der Arbeiterschaft hinter sich versammeln*" können, ohne damit schlicht der USPD-Führung das Feld zu überlassen, die nichts tat, um die Forderung nach dem Räteystem zu unterstützen, und die ihrerseits im Dezember nach dem Reichsrätekongress vor der SPD kapitulierte? Selbst innerhalb der radikalen Linken war das schwierig: Dass Rosa Luxemburg mit ihrem Antrag, sich an den Wahlen zur Nationalversammlung zu beteiligen (nachdem sie nun mal beschlossen waren), auf dem Gründungsparteitag der KPD durchfiel, ist ein weiteres Schlaglicht auf die komplizierten Bedingungen dieser Revolutionszeit.

Aus unserer Sicht tat die Linke das Richtige: Sie sorgte für das zentrale Ergebnis der Novemberrevolution, das sie in der Hand hatte, nämlich die Verselbständigung der kommunistischen Bewegung.

2.4.2019, F/HU

II. Diskussion mit einem Leser aus Hamburg

Brief WoKu (Auszüge) vom 15.06.2019 an H.Karuscheit

... Du sprichst von dem alternativen Weg der revolutionär-demokratischen Revolution, der gegangen werden musste. Dahinter verbirgt sich eine bestimmte Auffassung der Abfolge von revolutionären Bewegungen und Zielrichtungen. Ich teile diese, denn wie Marx es (so ungefähr) formuliert, kann die Bewegung nur das erreichen, was ihr qua sozialer, klassenmäßiger und ökonomischer Situation (nach gründlicher Analyse) möglich ist. Und eben nicht das, was sie sich vorstellt/ wünscht. Diese implizite These Deiner Darstellung fehlt m.E. für die russische Revolution und die Analyse Lenins (vor seiner radikalen Wende im Oktober, als er sich m.E. von dieser Erkenntnis abgewandt hat und die Minderheiten-Revolution initiierte) (...)

Ebenfalls problematisch finde ich, dass Du die entscheidende Kriegsgefahr in der junckerlichen Machtsicherung siehst (S. 13). Da bin ich aber nicht belesen genug, um substantiell dagegen halten zu können. Allerdings gibst Du selber noch einen weiteren Grund, den der Bourgeoisie, an, der offensiven ökonomischen Charakter trägt: Inbesitznahme der Atlantikhäfen Belgiens und Frankreichs (S. 15). Mir scheint dort/damals auch die Rolle von Persönlichkeiten (die in vorkapitalistischen Gesellschaften m. E. eine große Rolle spielen) und die europäische (Macht-)Konstellation eine nicht unbedeutende Rolle zu spielen.

Dann habe ich Bedenken wg. der Formulierung, dass das Ziel der MSPD gewesen wäre, die Republik alter Ordnung wiederherzustellen. Das scheint mir zu apodiktisch formuliert und schadet m.E. Deinem Ansinnen und Ansatz. Sicher stand die MSPD nicht an der revolutionären Spitze, sie hat sie sogar abgewürgt. Dennoch wurden unter deren Ägide einige Veränderungen erreicht, Parlament, (Frauen-)Wahlrecht, Arbeitsgesetze...

Ich stoße mich mehr an der Formulierung als an der Einschätzung der MSPD.

Soweit meine Anmerkungen/Anregungen, 15.06.2019

Fragen der Novemberrevolution

Antwort HKs (Auszüge) vom 30.06.2019

(...) Du wendest dich dagegen, dass die entscheidende Kriegsgefahr vom Junkertum ausging, sondern siehst die Bourgeoisie in dieser Rolle. Du hast insoweit recht, als die Bourgeoisie schon in den Jahren vor 1912/14, d.h. zeitlich *vor* den Junkern, einen Krieg ins Auge fasste, um ein großes Kolonialreich und einen „Platz an der Sonne“ neben Großbritannien zu erobern. *(Anmerkung WoKu: Das habe ich so nicht formuliert und gemeint. Mir ging es darum, einer Übergangsgesellschaft entsprechend, auf die Unterschiede, aber auch auf Gemeinsamkeiten beider Klassen hinzuweisen, die dann zu einem Kriegswillen führten. Das führst Du selber weiter unten aus ("zwei Kriege"))*.

Aber was man *will*, ist das eine, und was man *kann*, etwas anderes. Wie hätte die Bourgeoisie ihre Kriegspläne innenpolitisch durchsetzen können? Formal war für Kriegserklärungen der Kaiser zuständig, und real konnte kein Krieg ohne den Willen des Militäradels geführt werden. Warum sollte das von den Gutsadeligen kommandierte preußisch-deutsche Heer jedoch auf Wunsch und im Interesse der Bourgeoisie die Waffen einsetzen? Das würde voraussetzen, dass die Bourgeoisie die Macht im Kaiserreich innehatte und deshalb den Einsatz der Armee bestimmen konnte, und genau diese Position halte ich für falsch.

Klassisch für diese Situation ist die Marokkokrise 1911, als der deutsche Außenminister Kiderlen-Wächter Frankreich zur Abtretung von dessen mittelafrikanischen Kolonien zwingen wollte und schon kurz vor dem Erfolg stand, weil Russland einen Krieg um Kolonien nicht als Bündnisfall (in Erfüllung des 1891 geschlossenen Beistandspakts) ansah, so dass Frankreich dem übermächtigen Deutschland ganz alleine gegenüber stand. Doch als die französische Regierung schon nachgeben wollte, erklärte Großbritannien seine Unterstützung für Paris und bekräftigte dies durch das Auslaufen von Schlachtschiffen der Navy.

Die bürgerlichen Imperialisten, angeführt von den Nationalliberalen, drängten in dieser Situation mit Macht auf einen Krieg, denn der Rücken (Russland) war frei und ein Sieg zu Lande gegen Frankreich und die britischen Hilfstruppen mehr als wahrscheinlich. Ihre Kriegsziele waren dieselben wie drei Jahre später: ein deutsches Mittelafrika und die Inbesitznahme der Atlantikhäfen Belgiens und Nordfrankreichs, um von dort den Entscheidungskampf gegen Großbritannien zur Erringung einer Weltmachtstellung zu führen. Sowohl in der Presse als auch durch Druck auf die Regierung versuchten die Bürgerlichen angesichts dieser Perspektive, das Kaiserreich in den Krieg zu bringen. Doch Bethmann Hollweg lenkte auf das britische Ultimatum hin sofort ein. Warum? Abgesehen davon, dass er selber kein Anhänger der Weltpolitik war – wie hätte er den Militäradel in einen Krieg zwingen können, der auf dem Boden der Weltpolitik stand und alleine bürgerlichen Interessen diente? Daran war überhaupt nicht zu denken.

Der Militäradel wollte erst nach der Reichstagswahl 1912 und den folgenden innenpolitischen Niederlagen den Krieg. Und da setzte er diesen Krieg (jetzt gemeinsam mit der Bourgeoisie) gegen den widerstrebenden Reichskanzler durch, obwohl die Ausgangslage viel schlechter war als 1911, weil Russland diesmal mitkämpfte. In dem Buch über „Deutschland 1914“ habe ich versucht, den verwickelten Weg dorthin nachzuzeichnen.

Die gängige marxistische Geschichtsschreibung hat nicht einmal den *Versuch* unternommen, durch einen Vergleich zwischen 1911 und 1914 den deutschen Weg in den Krieg zu begreifen, weil man dann die Phrase von der Allmacht der Bourgeoisie hätte aufgeben müssen. August Bebel hat die klassenpolitischen Alternativen bei den Aufrüstungsbeschlüssen 1913 noch selber mitbekommen und die Niederlage der bürgerlichen Imperialisten plastisch geschildert, ohne den Hintergrund zu begreifen (siehe „Bebel als Vaterlandsverteidiger“ in den AzD 88 bzw. auf der Webseite der Kommunistischen Debatte).

Das bedeutet, auf Seiten des Kaiserreichs verflochten sich faktisch zwei Kriege miteinander: ein junkerlicher Machtsicherungskrieg und ein bürgerlich-imperialistischer Krieg. Bestimmt wurde der Krieg allerdings sowohl militärisch (als Landkrieg durch die ausschlaggebende Rolle des Heeres) als auch politisch durch die junkerliche OHL: sie entschied über den Einsatz der U-Bootflotte, über das Vaterländische Hilfsdienstgesetz, den Kanzlersturz und übte durch Hindenburg und Ludendorff ab 1917 eine Militärdiktatur aus.

Noch bei den Kämpfen um die neue Staatsform am Ende des Kriegs ergab sich dasselbe Bild: Gestützt auf die von ihr kommandierten militärischen Verbände (Freikorps, neue Reichswehr) bestimmte die OHL im Bündnis mit der SPD-Führung den Ausgang der Novemberrevolution. Dagegen verfügte die Bourgeoisie über keine bewaffneten Formationen und spielte in den Auseinandersetzungen nur eine rudimentäre Rolle – sie konnte dem konterrevolutionären Bündnis von SPD-Führung und Junkertum *beitreten*, es aber weder eingehen noch gestalten. (*Anmerkung WoKu: Das finde ich nun wiederum zu apodiktisch. Weil ich meine, dass die Bourgeoisie sich sehr wohl mit solchen Bündnissen/Vereinbarungen gegen die die feudal-junkerliche Auffassung (Gewerkschaften als erklärte Feinde; insbesondere auf ihren Gütern) durchgesetzt hat.*)

Oder worauf stützt du deine Auffassung von der (mit-) entscheidenden Rolle der Bourgeoisie? Wo und wie soll sie anstelle des Junkertums über den Krieg entschieden haben? Du hast dazu nichts Näheres ausgeführt, und mir ist auch bis heute keine Untersuchung von marxistischer Seite bekannt, die die konkrete Machtverteilung zwischen Junkertum und Bourgeoisie in Gesellschaft, Staat und Armee zum Gegenstand hat.

Sobald man sich einmal näher mit der Theorie von der Macht der Bourgeoisie in Krieg und Frieden auseinandersetzt, wird man feststellen, dass es sich dabei entweder um eine apriorische Setzung aufgrund der „kapitalistischen Entwicklung“ handelt oder das Junkertum der Bourgeoisie zugeordnet wird – beides ging in der Bebel-SPD ineinander über, Rosa Luxemburg eingeschlossen, und ist bis heute Allgemeingut in der deutschen Linken. (*Anmerkung WoKu: Diese Kritik teile ich vollständig.*)

Dieser Sachverhalt ist in den 60er und 70er Jahren des vergangenen Jahrhunderts insbesondere durch die Veröffentlichungen von Fritz Fischer zur deutschen Kriegsschuld verwirrt worden. Fischers Verdienst ist es, dass er gegen die seinerzeit vorherrschende Lehrmeinung den überwiegenden Anteil des Reichs am Zustandekommen des Weltkriegs offengelegt hat. Bei der Gelegenheit hat er u.a. die deutsche Kriegszieldebatte in aller Gründlichkeit dargestellt, und die Linken haben sich darauf mit Begeisterung gestürzt, weil man darin den deutschen Imperialismus in seiner ganzen Zügellosigkeit wiedererkennen konnte, jetzt auch noch beglaubigt durch einen renommierten Geschichtswissenschaftler.

Fragen der Novemberrevolution

Als bürgerlicher Historiker hat Fischer mit den Klassen nicht viel am Hut gehabt (was man ihm nicht vorwerfen kann). Bezeichnend ist indessen, dass buchstäblich nicht *ein* marxistischer Historiker (soweit mir bekannt) den Versuch unternommen hat, das Sammelsurium der von allen Seiten – politische Gruppierungen, Interessenverbände, Personen etc – aufgestellten Kriegsziele den existierenden Klassenkräften zuzuordnen, d.h. zu untersuchen, welche Klassen in Fortsetzung ihrer vorherigen Politik welche Ziele verfolgten. Hätte man das getan, hätte man sehr schnell feststellen können, dass die Kriegsziele des preußischen Junkertums ganz andere waren als die Kriegsziele der großen Bourgeoisie.

Besonders verwirrend wurde das Ganze noch dadurch, dass von Seiten des Kleinbürgertums erste Besiedlungspläne im Osten als Kriegszielforderungen aufgestellt wurden. Und endgültig undurchdringlich wurde es, als Fritz Fischer in weiteren Veröffentlichungen auf einige Kontinuitäten zwischen 1871 und 1945 aufmerksam machte. Jetzt erschien der rassistisch fundierte Lebensraum- und Vernichtungskrieg des Nationalsozialismus gegen Russland endgültig als einfache Fortsetzung des vorangegangenen Weltkriegs.

Auf diesem Boden konnte man mehrere Jahrzehnte deutscher Geschichte in einen großen Topf werfen, alles miteinander verrühren, und heraus kam „der“ deutsche Imperialismus (die Theorien der „Antideutschen“ sind ein Aufguss davon). **Nur leider blieb dabei der Marxismus als Theorie von Klassen und Klassenkämpfen auf der Strecke.**

Zur Rolle der SPD: du hältst es für zu apodiktisch formuliert, dass die SPD die alte Ordnung (du schreibst versehentlich: „die *Republik* alter Ordnung“) wiederherstellen wollte; als Gegenbeweis verweist du auf die seinerzeitigen Veränderungen: „Parlament, (Frauen-) Wahlrecht, Arbeitsgesetze ...“

Hierzu einige Bemerkungen vorweg: man darf nicht vergessen, dass die SPD-Führung eigentlich die *Monarchie* beibehalten wollte (wenngleich auf parlamentarischer Grundlage). Dazu ist es nur deswegen nicht gekommen, weil Scheidemann aufgrund des internen Machtkampfs mit Ebert gegen den Willen der sozialdemokratischen Führungsmehrheit im Alleingang die Republik ausgerufen hat, um Eberts Reichskanzlerschaft zu beenden. Dahinter konnte man anschließend nicht mehr zurück, so dass die Republik bis heute als Produkt der SPD gilt. (*Anmerkung WoKu: Wenn es denn so ist, dass die Führer der verschiedenen Machtblöcke/Parteien immer auch Repräsentanten von Klasseninteressen/Vorstellungen sind, dann meine ich, dass Du selber erwähnt hattest, dass eine Mehrheit der MSPD-Mitglieder und einige in der Parteiführung durchaus eine parlamentarische Demokratie anstrebten. Da sehe ich einen Widerspruch zwischen Mitgliedern und zumindest Teilen der Führung (und nebenbei die Rolle der Persönlichkeit) und argumentiere gegen die Behauptung, dass Weimar gegen die MSPD gegründet wurde.*)

Ansonsten muss man zur Weimarer Verfassung bemerken, dass diese wesentlich von der linksliberalen DDP, d.h. von der kleinbürgerlichen Demokratie gestaltet worden ist (in großen Teilen halte ich die Weimarer Verfassung für demokratischer und fortschrittlicher als das Grundgesetz). Der Beitrag der SPD betraf wesentlich zwei Punkte: Das eine waren sozialpolitische Rechte, vor allem der Achtsturentag sowie die Anerkennung der Gewerkschaften und des Tarifvertragssystems; das andere war die Ausgestaltung der Funktionen des Reichspräsidenten. Das geschah wesentlich auf Betreiben Eberts, der so etwas

wie das französische Präsidialsystem einführen wollte, mit sich selber als oberstem Repräsentanten. Die Ausgestaltung dieser Schlüsselfunktion scheiterte zum einen an seinen Gegnern, zum andern reduzierte der Absturz der SPD auf 22% der Stimmen bei der ersten Reichstagswahl 1920 mit dem Einfluss der SPD auch seine eigenen Handlungsmöglichkeiten.

Doch diese Bemerkungen nur nebenher. Entscheidend ist, dass alles, was du an demokratischen Errungenschaften nennst, lediglich den *politischen Überbau* betrifft. Revolutionen, wenn sie denn diesen Namen verdienen, sind jedoch immer wesentlich soziale Revolutionen, d.h. sie sind mit einem grundlegenden Wandel der Gesellschaftsstruktur und des Staates verbunden. (*Anmerkung WoKu: Ich spreche ja auch nicht von einer Revolution, sondern von einer Übergangsgesellschaft, die eben ohne Revolution zustande kam.*)

Die Frage einmal so gestellt – wo hat dieser Wandel stattgefunden bzw. was hat die SPD davon realisiert? Es ist buchstäblich nichts erfolgt bzw. im Gegenteil: die von der Rätebewegung in Gang gesetzten und darüber hinaus geforderten Veränderungen wurden sämtlich von der SPD-Führung rückgängig gemacht bzw. verhindert. Wenn man prüft, worin sich Gesellschaftsstruktur und Staatsapparat (Beamtenschaft und Armee) in der Weimarer Republik letztlich vom Kaiserreich unterschieden haben, muss man m.E. zu der Schlussfolgerung gelangen, dass der Staat von Weimar nichts anderes war als die alte Ordnung in neuem, parlamentarischen Gewand, zusätzlich ausgestattet mit einigen neuen sozialen Rechten für die Kernklientel der Sozialdemokratie.

Das war schließlich auch das, was die damalige SPD-Führung intern offen kundgetan hat. Sie *wollte* keinen neuen Staat, sie wollte die Revolution nicht, sie wollte den *gegebenen* Staat übernehmen – nicht mehr und nicht weniger, und genau das hat sie umgesetzt. Das ging so weit, dass die ab 1919 gegebene formale Zuständigkeit des Reichstags für die bewaffnete Macht (*der* zentrale Streitpunkt im preußischen Verfassungskonflikt der 60er Jahre des 19. Jahrhunderts) in der Weimarer Verfassungs*realität* gegenstandslos war, weil mit Ausnahme der KPD alle Parteien, die SPD vorweg, damit einverstanden waren, dass die Reichswehr als „Staat im Staat“ aufgebaut wurde und unabhängig vom Parlament agierte.

Nenn mir jenseits des in der Luft schwebenden politischen Überbaus einen einzigen maßgeblichen Bruchpunkt, eine einzige tiefergehende Veränderung, worin der neue Staat einen Bruch mit dem Kaiserreich vollzogen hat. In diesem Fall bin ich gerne (nein: ungerne) bereit, mein „apodiktisches“ Urteil über die SPD zu korrigieren. Bis dahin bleibe ich dabei, dass die Bebel-SPD vor dem Weltkrieg zu einer preußisch-sozialpatriotischen Arbeiterpartei geworden ist, die in der Novemberrevolution durch eine von ihr organisierte Konterrevolution dafür gesorgt hat, dass die alte Ordnung erhalten blieb und die Republik nicht auf einer Revolution, sondern auf einer siegreichen Konterrevolution gründete.

Mir ist dieser Punkt auch deswegen so wichtig, weil sich die von Anfang an marode Existenz der Republik nur so erklären lässt – es gab **zu keinem Zeitpunkt** eine Wählermehrheit für die Parteien der Republik. Vor allem lässt sich m.E. auch die Machtergreifung des Nationalsozialismus nur von diesem Ausgangspunkt aus erklären. Um es erneut „apodiktisch“ zu formulieren: der von der SPD verantwortete Sieg der Konterrevolution 1918/19 war die „conditio qua non“, die grundlegende Voraussetzung für den Nationalso-

Fragen der Novemberrevolution

zialismus und den von ihm errichteten Staat, der gegenüber Kaiserreich und Republik in der Tat ein neuer Staat war. (*Anmerkung WoKu: War denn dann, nach Deiner Argumentation, die Gesellschaft/Klassen nicht 'weit genug' gewesen, um eine demokratische Revolution herbeizuführen und die MSPD damit deren Sachwalter?*)

III. Ergänzende Anmerkungen (H.Karuscheit)

An einigen Punkten soll versucht werden, über die bisherige Diskussion hinaus neue Gesichtspunkte einzubringen, um der Klärung der aufgeworfenen Fragen näher zu kommen. Dabei wird auch ein Artikel aus der „Arbeiterstimme“ einbezogen, die zur Novemberrevolution dieselben Auffassungen vertritt wie die „Arbeiterpolitik“.

1. Noch einmal zum Charakter des Kaiserreichs

Es dürfte unstrittig sein, dass das Kaiserreich den klassenpolitischen Ausgangspunkt für die Einschätzung der Novemberrevolution bilden muss. Allerdings erklärt F/HU von der Redaktion der „Arbeiterpolitik“ die „Frage, ob das Kaiserreich ein bürgerlicher Staat war“, für „falsch gestellt“. Die „richtige Frage“ ist für ihn „die nach dem Verhältnis feudaler und bürgerlicher Strukturelemente im Staatsaufbau des Kaiserreiches“. Dabei kommt er „logischerweise“ zu dem Schluss, „dass wir eine ‚Herrschaft der Bourgeoisie im Kaiserreich‘ nur mit Einschränkung feststellen können. Sie bestimmte die ökonomische Entwicklung, während das Junkertum die politische Macht ausübte.“ Der langen Rede kurzer Sinn ist also: die Bourgeoisie beherrschte die Wirtschaft und das Junkertum den Staat. Die „Arbeiterstimme“ kommt ohne weitere Erläuterungen zu demselben Ergebnis. Sie stellt fest, dass die Bourgeoisie die Wirtschaft bestimmte; „im politischen Überbau aber war der preußische Adel weiterhin die bestimmende und gesellschaftlich tonangebende Macht.“ („Arbeiterstimme“ Nr.204, S.32) Daraus folgert sie, dass in Deutschland ein „Feudalregime“ existierte (ebd S.40).

Dass im Kaiserreich *ökonomisch* das Kapital dominierte, wird von niemandem bezweifelt. Es ging und geht immer nur um die *Herrschaftsverhältnisse*, denn daraus ergibt sich die entscheidende Frage nach der Aufgabenstellung und dem Charakter der anstehenden Revolution. Für Arpo und Arsti ist dieser Ausgangspunkt jedoch nicht so einfach, denn das Feudalregime wies ihnen zufolge eine entscheidende Besonderheit auf: „seine materielle Basis – die spätfeudale Gutsherrschaft – (war) durch den Kapitalismus des 19.Jahrhunderts weitgehend zerstört worden“ („Arbeiterstimme“ Nr. 204, S.32). Wenn die „spätfeudale Gutsherrschaft“ Ostelbiens aber durch die kapitalistische Produktionsweise zerstört bzw. ersetzt worden war, hätten wir es im Kaiserreich mit einem Feudalregime ohne Basis in den Produktionsverhältnissen zu tun gehabt. Dann wären die Junker zu einem (grundbesitzenden) Teil der Bourgeoisie geworden und beide Klassen wären auf dem gemeinsamen Boden der kapitalistischen Produktionsweise miteinander verschmolzen. Das wiederum hieß, dass es keinen Raum mehr für eine bürgerliche Revolution gab, sondern dass der nächste Schritt eine sozialistische Revolution sein musste, die nebenher die noch vorhandenen junkerlich-feudalen Überreste zu beseitigen hatte.

Der Ursprung dieser Theorie ist problemlos dingfest zu machen – es ist die Vorkriegs-SPD August Bebels und Karl Kautskys. Sie leitete sie aus dem Kapitalismus die Herrschaft der Bourgeoisie ab, begleitet von der Erwartung, dass die bürgerliche Gesellschaft bald in einem „Kladderadatsch“ zusammenbrechen würde. Rosa Luxemburg ging in dieser Frage mit der SPD konform. Angesichts der politischen Realität des Kaiserreichs kritisierte sie regelmäßig den reaktionären Einfluss des Junkertums – um sich anschließend über alle Widersprüche hinweg auf die „kapitalistische Entwicklung“ zu berufen, eine bürgerliche Herrschaft zu unterstellen und daraus die Notwendigkeit einer sozialistischen Revolution abzuleiten.

Vorkapitalistische Produktionsverhältnisse

Im Gegensatz zu den Sozialdemokraten machten sich bürgerliche Sozialwissenschaftler wie Max Weber oder Werner Sombart die Mühe, die Produktionsverhältnisse auf den ostelbischen Rittergütern näher zu untersuchen. Sie arbeiteten heraus, dass die Agrarproduktion nicht auf freier Lohnarbeit, sondern auf Verhältnissen persönlicher Abhängigkeit beruhte, und kamen aufgrund der Arbeitsverfassung zu dem Schluss – so Sombart, dass die „Junker als soziale Klasse ... nichts anderes als die Vertreter einer vor- und antikapitalistischen Großgutswirtschaft“ sind. Spätere Studien etwa von Jens Flemming bestätigten diesen Befund (Nachweise in: Karuscheit 1914, S.53ff; Zitat Sombart S.60).

Der Konkurrenzdruck des zunehmend von Dampfschiffen nach Europa beförderten, amerikanischen Getreides zwang die Latifundienbesitzer dazu, rationellere Anbaumethoden einzuführen. Aber die Zeit bis zum Weltkrieg war zu kurz, als dass die halben Leibeigenschaftsverhältnisse sich auflösen und die bürgerliche Produktionsweise sich flächendeckend durchsetzen konnte, zumal die Einführung von Getreidezöllen die Konkurrenz zurückhielt. Der behauptete Siegeszug des Kapitalismus in Ostelbien und die „Verschmelzung“ von Junkertum und Bourgeoisie ist ein Phantom, das in sozialdemokratischen Veröffentlichungen herumgeisterte, aber in der Klassenrealität des Kaiserreichs keine Entsprechung fand. Das heißt: der preußisch-deutsche Militär- und Obrigkeitsstaat hatte seine Grundlage bis zuletzt nicht in zurückgebliebenen **politischen Zuständen**, nicht in Überbau-Relikten, sondern in der vorkapitalistischen ostelbischen Gutsherrschaft.

Der Autor der Arbeiterpolitik bestreitet indessen, „dass man feudale, semif feudale und bürgerliche Staaten (Strukturen?) aus relativ zeitnahen Epochen so sauber voneinander trennen kann, dass man Klassen, Produktionsweisen, Institutionen etc. eindeutig und ausschließlich zuordnen kann. Selbstverständlich existieren sie auch in veränderter Konstellation eine gewisse Zeit weiter.“ Diese Sätze machen aus der Not der SPD, die das Herrschaftssystem im Kaiserreich niemals ernsthaft untersucht hat, noch im Nachhinein eine Tugend, indem erklärt wird, dass alles sowieso eins ist, weil es ineinander übergeht, so dass es überflüssig ist, die Klassen und Produktionsverhältnisse genauer zu analysieren, um auf dieser Basis die Politik zu begreifen. Das war auch die stillschweigende Legitimation für die ökonomistische Handhabung des Marxismus durch Bebel und Kautsky. Sie überließen die originäre Aufgabe des Marxismus, die Erforschung der sozialen Verhältnisse, im Vertrauen auf die alles bestimmende „kapitalistische Entwicklung“ den Bürgerlichen.

2. Noch einmal zur Novemberrevolution

In der Stellung zur Novemberrevolution setzt sich dieses Herangehen fort. Die „Arbeiterstimme“ schreibt dazu, dass das Proletariat „zunächst seine eigene Revolution begonnen (hat). Es hat sie aber nicht vorangetrieben, sondern ist auf halber Strecke stehen geblieben, nachdem es die politische Macht schon fast in den Händen gehabt hatte.“ (Arsti S.41) Mit der „eigenen“ Revolution des Proletariats ist eine *sozialistische* Revolution gemeint, und so sieht das auch die „Arbeiterpolitik“, weshalb beide gemeinsam von einer bürgerlichen Konterrevolution ausgehen, welche die sozialistische Novemberrevolution niedergeschlagen hat.

Seit den 60er/70er Jahren des vorigen Jahrhunderts sind eine Reihe von Studien zur Novemberrevolution erschienen, welche die Soldatenbewegung ebenso wie die Arbeiter- und Soldatenräte bis hin zu lokalen Räten detailliert untersuchten. Sie machten darauf aufmerksam, dass die damaligen Auseinandersetzungen über den weiteren Weg der Revolution zwar in der politischen Terminologie der sozialistischen Arbeiterbewegung geführt wurden, sich dahinter aber überwiegend demokratische Zielsetzungen verbargen. Als einer der ersten kam der Historiker Rainer Rürup zu dem Ergebnis: „Bis weit in den Januar hinein waren die Arbeiter- und Soldatenräte in ihrer Mehrzahl nicht eigentlich sozialistisch, sondern einfach entschieden demokratisch eingestellt. Ihre Parole war nicht ‚Sozialismus‘, sondern ‚Demokratisierung‘ – Demokratisierung der Verwaltung, des Heeres und schließlich auch der Wirtschaft. Nicht die klassenlose Gesellschaft war ihr Ziel, sondern eine parlamentarische Demokratie, die frei sein sollte von allen Elementen des Obrigkeitsstaats.“ (Reinhard Rürup: Probleme der Revolution in Deutschland 1918/19; Wiesbaden 1968, S.22)

F/HU relativiert diesen Befund, indem er von „sehr unterschiedlichen Strömungen“ spricht, die in der Revolution „jeweils ihre eigene ‚Tagesordnung‘ hatten“. Natürlich gab es in der Rätebewegung unterschiedliche Strömungen, alles andere wäre seltsam gewesen. So arbeiten auch die vorgelegten Untersuchungen heraus, dass es auf dem linken Flügel der Rätebewegung zu unterschiedlichen Zeiten unterschiedlich starke Kräfte gab, die eine sozialistische Rätediktatur anstrebten. Doch wurde dies nicht zur Mehrheitsposition; so lange sie existierte, ging es der Rätebewegung als Ganzes vorrangig um die Beseitigung des preußisch-deutschen Militär- und Obrigkeitsstaats.

Das Proletariat führte also in der Tat seine „eigene Revolution“ durch, wie Arbeiterpolitik und Arbeiterstimme schreiben – aber diese „eigene“ Revolution war *keine sozialistische, sondern eine demokratische Revolution*. Die Autoren der „Arbeiterpolitik“ und „Arbeiterstimme“ wollen das nicht (an)erkennen. So wie sie die wissenschaftlichen Erkenntnisse zum vorkapitalistischen Charakter der Gutswirtschaften ignorieren, ignorieren sie die Forschungsergebnisse zum Charakter der Revolutionsbewegung.

Zu Luxemburgs Revolutionsstrategie

Damit korrespondiert, dass sie sich auch mit den Gründen für das Scheitern von Spartakus / KPD nicht auseinandersetzen (wollen). Beide benennen als entscheidendes Verdienst Luxemburgs die „Verselbständigung der kommunistischen Bewegung in Deutschland durch Gründung der KPD“ (Arbeiterstimme, S.41; fast wortgleich der Autor der „Ar-

beiterpolitik“). Zweifelsohne war die Schaffung einer revolutionären Partei des Proletariats ein Fortschritt. Aber ist es deswegen irrelevant, die Untersuchung der von den Revolutionären verfolgten Strategie „für eine abstrakte – um nicht zu sagen: im konkreten Revolutionsverlauf weltfremde – Überlegung“ zu erklären, wie F/HU das tut?

Fixiert auf die „kapitalistische Entwicklung“ des Kaiserreichs begriff Luxemburg nicht, was es bedeutete, dass die bürgerliche Revolution bis dahin nur in Frankreich und England gesiegt hatte, während sie *im restlichen Europa noch ausstand*. Deshalb erkannte sie auch nicht, dass die in Deutschland heranreifende Revolution bürgerlich-demokratischen Charakter tragen würde, sich gegen die vorbürgerlichen Herrschaftsverhältnisse des preußisch-deutschen Militärstaats richten musste, und für das Proletariat kein anderer Weg zur Macht und zum Sozialismus als über eine demokratische Revolution führte.

In Russland war Lenin im Revolutionsjahr 1917 fähig, das früher von ihm selbst entwickelte Agrarprogramm seiner Partei über den Haufen zu werfen und die rückwärtsgewandten Forderungen der russischen Umteilerbauern zu akzeptieren, um das städtische Proletariat an die Macht zu führen. Luxemburg war zu einem solchen Schwenk nicht in der Lage und hatte aufgrund ihrer Ermordung auch keine Gelegenheit mehr dazu. Ihre Strategie einer proletarisch-sozialistischen Alleinrevolution war ein linkssektiererisches Konzept, das keinerlei Siegchance hatte.

Warum schreckt F/HU davor zurück, sich mit der Politik der Spartakusgruppe zu befassen? Luxemburg selber bemerkte zu einem solchen Herangehen: „Vor Fehlern ist niemand gefeit, der in dem großen Drang und Gewühl des welthistorischen Kampfes Entscheidungen zu treffen hat. Aber die gemachten Fehler nicht einsehen, aus ihnen nicht lernen können, aus aller Schmach immer wieder unbelehrbar hervorzugehen – das grenzt an Verbrechen.“ Dem ist wenig hinzuzufügen.

3. Noch einmal zur SPD

Von anderen Veröffentlichungen zur Novemberrevolution heben sich die Texte von „Arbeiterpolitik“ und „Arbeiterstimme“ dadurch ab, dass sie die Weimarer Republik unter Berufung auf die „Illustrierte Geschichte der deutschen Revolution“ von 1929 als Produkt einer Konterrevolution begreifen. Doch sie entwerten diese Erkenntnis im gleichen Atemzug, indem sie diese Konterrevolution als *bürgerlich* einstufen, die von der bürgerlichen Arbeiterpartei SPD im Auftrag der Bourgeoisie organisiert worden sein soll. Dahinter steht die seit alters her in der Linken verbreitete Auffassung, dass der bürgerliche Reformismus-Revisionismus Bernsteins sich in der Vorkriegs-SPD immer weiter ausgebreitet haben soll, bis er die Arbeiterpartei schließlich überwältigte, so dass diese 1914 zuerst den Krieg unterstützte und vier Jahre später die Novemberrevolution niederschlagen ließ.

Auch der Schreiber dieses Textes hat dieser Legende lange Glauben geschenkt. Erst die nähere Beschäftigung mit der Vorgeschichte des Kriegs, dem Krieg selber und der Novemberrevolution hat ihm gezeigt, dass die SPD-Politik sich damit nicht erklären lässt. Bei der Gelegenheit zeigte sich, dass es bis heute nicht eine Untersuchung gibt, die den be-

Fragen der Novemberrevolution

haupteten Sieg des Bernstein-Flügels anhand von Fakten nachweist. So wenig wie die Marxisten vor dem Großen Krieg die Herrschaftsverhältnisse in Preußen-Deutschland untersuchten, so wenig haben sie später die angebliche Durchsetzung des bürgerlichen Reformismus in der SPD untersucht.

In diesem Fall gibt es auch auf bürgerlicher Seite keine Studie, auf die zurückzugreifen ist. In den Werken von Historiker/innen der Arbeiterbewegung wie Helga Grebing oder Arno Klönne gibt es Ansätze, die die Verbürgerlichung der Sozialdemokratie in Zweifel ziehen und stattdessen auf die zunehmende Annäherung an den preußisch-deutschen Staat – ihre „Verpreußung“, wie Klönne es nennt – hinweisen. Aber mehr als Ansätze sind dort nicht zu finden.

Indessen fördert eine unbefangene Beschäftigung mit der Sozialdemokratie jener Tage eine Fülle von Indizien zu Tage, die der Verbürgerlichungs-These widersprechen.⁸⁰

- Im Unterschied zu den sozialistischen Parteien Frankreichs und Großbritanniens entwickelte sich die deutsche Sozialdemokratie nicht in einem bürgerlichen Staat, sondern in einem halbfeudalen Militär- und Obrigkeitsstaat.
- Während die westlichen Arbeiterparteien in der Tradition einer erfolgreichen bürgerlich-demokratischen Revolution standen, wurde die deutsche Sozialdemokratie im Zeichen einer gescheiterten bürgerlichen Revolution groß sowie eines Nationalstaats, der *gegen die demokratische Bewegung* gegründet worden war. Dieses Erbe konnte seine Wirkung ungehindert entfalten, weil es in der Partei keine Klarheit über den Charakter des Deutschen Reichs, seiner Klassen- und Herrschaftsverhältnisse gab, sondern die Auffassung vorherrschte, dass mit der Reichseinigung die Bourgeoisie irgendwie an die Herrschaft gekommen und die bürgerliche Revolution in Deutschland zu Ende sei, wie Kautsky dekretierte.
- Während das Hineinwachsen in den Staat für die westlichen Parteien der 2. Internationale eine *Verbürgerlichung* bedeutete, dominierte im Kaiserreich der bürgerliche Arbeiterreformismus in Deutschland lediglich im nichtpreußischen Süden, wo die Einzelstaaten als Folge der Napoleonischen Kriege bürgerliche Züge trugen. Dagegen unterlag die Hauptmasse der SPD einer schleichenden *Verpreußung*, die mit einer wachsenden Identifizierung mit dem preußisch-deutschen Obrigkeitsstaat einher ging.
- Am Vorabend des Weltkriegs war jedes achte Parteimitglied der SPD in den Arbeiterversicherungen engagiert, die Bismarck zum Zweck der Heranziehung der Arbeiter an den monarchischen Staat gegründet hatte.
- Auf diesem Boden verkündete der Parteivorsitzende Bebel 1910, dass es das Ziel der Sozialdemokratie sein müsse, den „Junkerstaat“ in die Hand zu bekommen, denn „dann haben wir alles“. Damit verbunden war der Verzicht auf die Zerschlagung der alten Staatsmaschinerie; sie sollte für den sozialdemokratischen Zukunftsstaat dienstbar gemacht werden.

⁸⁰ Siehe hierzu Karuscheit: Die SPD und der Junkerstaat; in: Karuscheit/Sauer/Wernecke: Vom „Kriegssozialismus“ zur Novemberrevolution; VSA, Hamburg 2018; ders: Bebel als Vaterlandsverteidiger; in: AzD 88 (2018)

- Der ursprünglich in der SPD dominierende und in Teilen der Partei bis zum Schluss vorhandene Antimilitarismus wurde von Bebel mehr und mehr umgedeutet in eine positive Kritik mit dem Ziel, alte Zöpfe abzuschneiden, um die Kriegstauglichkeit der Soldaten zu verbessern. Bebel förderte und verteidigte auch den offen sozialpatriotisch auftretenden Gustav Noske, den späteren Schlächter der Novemberrevolution.
- Außenpolitisch stellte sich die SPD gegen den bürgerlichen Imperialismus, d.h. gegen die Weltpolitik und den Schlachtflottenbau, doch gleichzeitig befürwortete die Parteiführung die Vaterlandsverteidigung gegen Russland und bekundete Verständnis für eine dementsprechende Aufrüstung des Heeres.
- Im Krieg nahm die Parteiführung enge Beziehungen zur junkerlichen OHL auf, die das Landheer als den entscheidenden Träger des Kriegs kommandierte; zur bürgerlichen Marine gab es keine gleichartigen Verbindungen.
- Mit dem Vaterländischen Hilfsdienstgesetz von 1916 gliederten sich die sozialdemokratischen Gewerkschaften direkt in die Kriegsorganisation des Militärstaats ein (was so in keinem bürgerlichen Staat vorkam), ideologisch begleitet und legitimiert durch die Theorie vom Kriegssozialismus als Schritt zu einem „deutschen Sozialismus“.
- In der Julikrise 1917 beteiligte sich die SPD-Spitze am Sturz des zu einem Remisfrieden entschlossenen Kanzlers Bethmann Hollweg durch die OHL, um den Krieg bis zu einem deutschen Sieg weiter zu führen.
- Als sich am Kriegsende eine revolutionäre Bewegung abzeichnete, machten sich Ebert und Co. umgehend daran, als Teil der Reichsregierung dagegen vorzuzugehen, um die Monarchie zu retten und die alte Staatsmaschinerie zu bewahren.
- Nachdem die Novemberrevolution trotz ihrer Bemühungen ausgebrochen war, setzten sie (unter veränderten Kräfteverhältnissen) ihr Kriegsbündnis mit dem Militäradel durch die Vereinbarung fort, die Revolutionsbewegung durch ein gemeinsames militärisches und politisches Vorgehen niederzuschlagen (Ebert-Groener-Pakt).
- In Ergänzung dazu schloss die sozialdemokratische Gewerkschaftsführung mit dem antidemokratischen, schwerindustriellen Flügel der Bourgeoisie eine Vereinbarung, die diesen gegen eine Reihe sozialpolitischer Zugeständnisse vor der Sozialisierung der Großbetriebe schützte (Stinnes-Legien-Abkommen).
- Obwohl nicht nur die Rätebewegung, sondern auch der linke Flügel des Bürgertums (DDP) für die Zerschlagung des Großgrundbesitzes und die Verstaatlichung der Schwerindustrie eintrat, verhinderte die Parteiführung in Umsetzung der getroffenen Vereinbarungen die Durchsetzung dieser Forderungen.
- Sie löste die Arbeiterwehren auf, die sich überall zur Verteidigung der Republik gegründet hatten und sich als demokratische Alternative zum preußischen Militarismus verstanden.
- Ebenso machte sie alle Schritte zur Demokratisierung von Verwaltung und Polizei rückgängig, die lokale und regionale Arbeiter- und Soldatenräte unternommen hatten.

Die hier zusammengetragenen Fakten ersetzen keine eigenständige Untersuchung. Doch sie sollten ausreichen, um die Behauptung einer schleichenden Durchsetzung des bürgerlichen Reformismus in der SPD in Zweifel zu ziehen. Dem entgegen führen unsere Kritiker als maßgebliches Argument für den bürgerlichen Charakter der SPD die Einfüh-

Fragen der Novemberrevolution

rung des Parlamentarismus an. Aber reicht das? Die Verantwortlichkeit des Reichstags war für die Sozialdemokraten zwingend, weil sie nur mit Hilfe von Wahlen die ihr zugefallene Macht bewahren konnten. Doch wäre die SPD eine *bürgerliche Arbeiterpartei* geworden, hätte sie zumindest zwei der zentralen Forderungen der gescheiterten Revolution von 1848 verwirklicht, nämlich die Zerschlagung des adeligen Großgrundbesitzes und des preußischen Militarismus. Stattdessen setzte die Parteiführung ihr Kriegsbündnis mit den Junkern durch den Ebert-Groener-Pakt fort. Was war daran „bürgerlich“?

4. Zum Begriff der „Übergangsgesellschaft“

Zum Abschluss noch ein paar Sätze zum Begriff der „Übergangsgesellschaft“, den WoKu in die Debatte eingebracht hat.

Soweit damit die Produktionsverhältnisse gemeint sind, ist zunächst zu den Junkergütern zu sagen, dass diese von Anfang bis Ende (einfache) Warenproduktion betrieben, weil sie ihr Hauptprodukt (Getreide) immer schon auf den Markt brachten, lange Zeit vorzugsweise nach Großbritannien, um so die Mittel für ihren adeligen Lebensunterhalt zu erzielen. Diese Warenproduktion war nichtkapitalistisch, denn wie oben vermerkt basierte ihre Produktionsweise nicht auf freier Lohnarbeit, sondern auf Verhältnissen halber Leibeigenschaft; zugleich sicherten sie als Militäradel ihre Macht im Staat mit Hilfe der Armee. Theoretisch wurde die Polizei- und Ordnungsgewalt auf unterer staatlicher Ebene Ende der 20er Jahre neu geregelt, doch real änderte sich bis zum 2. Weltkrieg kaum etwas, und letztlich verschwanden diese Zustände erst als Folge außerökonomischer Gewalt durch die Vertreibung und Enteignung der Junker nach dem verlorenen neuerlichen Krieg.

Und die Bauernschaft, die von den Marxisten regelmäßig vernachlässigt wird? Sie setzte zwar zunehmend vom industriellen Kapital hergestellte Produktionsmittel ein (Maschinerie und Düngemittel), durch deren Anwendung die agrarische Produktivität stieg. Aber auf dem Boden der von ihr praktizierten „Kreislaufwirtschaft“, einer Mischung aus Subsistenz- und Warenproduktion, blieben die traditionellen Produktions- und Lebensverhältnisse auf dem Dorf bis weit in das 20. Jahrhundert erhalten. Erst im Verlauf der Jahrzehnte nach dem 2. Weltkrieg gelang es dem Kapital, alle Bereiche der Gesellschaft mehr oder minder vollständig zu unterwerfen. Mittlerweile ist die Mehrzahl der Bauernwirtschaften verschwunden, die Stadt hat das Dorf überwältigt, und die verbliebenen Bauern sind bis hin zu ihrer individuellen Reproduktion vollständig in den Gesamtproduktionsprozess des Kapitals eingegliedert.

Bezogen auf die Produktionsverhältnisse in Kaiserreich und Weimarer Republik ist der Begriff der Übergangsgesellschaft daher zwar nicht falsch, verwischt aber die *differentia specifica* der Produktionsverhältnisse und so die Besonderheiten der Klassengesellschaft des Kaiserreichs. Ähnliches ist zu F/HU zu sagen, wenn er die Unterscheidung zwischen feudalen, semifeudalen und bürgerlichen Strukturen wortreich relativiert, anstatt den Dingen mit Hilfe einer konkreten Analyse auf den Grund zu gehen.

Und soweit der Begriff der Übergangsgesellschaft im *politischen* Sinne verwendet wird, um den Staat von Weimar zu charakterisieren – was ist damit gewonnen? Seit Jahrzehnten behauptet der Mainstream der bürgerlichen Historiographie, dass die Weimarer Republik als erste deutsche Demokratie den Vorläufer der Bundesrepublik darstellte und ihr Untergang keineswegs vorprogrammiert war. Tatsächlich repräsentierte dieser Staat jedoch gerade *nicht* den Übergang zur Demokratie, sondern versperrte im Gegenteil den Weg dorthin. Aus einer Konterrevolution unter Regie der SPD hervorgegangen, verkörperte er eine nicht lebensfähige parlamentarische Pseudodemokratie, die über keine soziale Basis verfügte, bei keiner Reichstagswahl eine Wählermehrheit für die Republik erhielt, von einem Regierungswechsel zum nächsten taumelte und die Demokratie so lange diskreditierte, bis sie vom „Dritten Reich“ abgelöst wurde. Insoweit war der Staat von Weimar in der Tat eine „Übergangsgesellschaft“, aber in anderem Sinne als gemeint, denn er ebnete dem nationalsozialistischen Führer- und Rassenstaat den Weg, einem Gegenentwurf zur Demokratie.

„Arbeiterpolitik“ und „Arbeiterstimme“ halten mittels der „Illustrierten Geschichte der deutschen Revolution“ am revolutionären Marxismus fest. Den Autoren ist nicht bewusst, dass sie damit die vergangenen Niederlagen der Arbeiterbewegung in die Gegenwart verlängern. Der revolutionäre Marxismus hat jedoch nur eine Zukunft, wenn er diese Niederlagen von Grund an aufarbeitet, um so seine eigene Geschichte zu begreifen.

Wer ruiniert hier wen?

„Was ist jede Krankheit als in seiner Freiheit gehemmttes Leben.“ (Karl Marx, 1842)

Fritz Gött

Wer ruiniert hier wen?

Anmerkungen zum amtlichen Bericht „Sicherheit und Gesundheit am Arbeitsplatz“ 2018

Kann es einen Zusammenhang zwischen Lebenslage, Arbeit, Gesellschaftsordnung, psychischer Gesundheit und Krankheit geben? Können sich die Umstände gar in der Krankheitsstatistik oder in der Mortalität wiederfinden? Steigt die Rate psychischer Erkrankungen im Kapitalismus an? Oder stagniert sie in Deutschland? Solche Diskussionen fanden bereits in der Vergangenheit statt (1), sie werden auch heute geführt (2) - natürlich von unterschiedlichen Positionen aus und mit divergierenden Ergebnissen. Denn das wissenschaftliche Feld der Debatte ist politisch vermint und weltanschaulich bunt. Dem Einen mögen die Zahlen körperlicher und psychischer Gebrechen lediglich ein gesellschaftliches Ärgernis oder persönliches Ereignis sein oder eben schlicht Schicksal, den Anderen mutet ihre Häufung als Ausgeburt der kapitalistischen Ökonomie und Gesellschaft an. Dazwischen steht der Arzt oder Therapeut mit seiner Zuwendung zum Kranken, zum Leidenden. Mal neutral, mal realistisch, mal parteiisch, und gegebenenfalls auch ideologisch.

Nicht jeder ist bereit, den gesellschaftlichen Realitäten ins Auge zu blicken

Ein Beispiel von gesellschaftlicher Realitätsverklärung fand ich in einem älteren Beitrag der Zeitschrift die „Zeit“ aus dem Jahre 2015 (3). Hier erklärten 2 Psychologen ihre Weltansicht auf die Datenlage bei Depression oder Burn-out. Nicht dass diese Autoren weltfremd wären Doch die steigende Anzahl ärztlicher oder therapeutischer Diagnosen zu Depression oder das Burn-out (welches sie gar als „Modediagnose“ titulieren) bereitete ihnen Bauchschmerzen und reizte sie zum politischen Widerspruch, ganz im Sinne des liberalen Mainstreams. Nein es sei ganz anders: „Wissenschaftliche Untersuchungen, mit denen die Verbreitung von Krankheiten ermittelt wird, sogenannte epidemiologische Studien, zeigen zwischen 1947 und 2012 keinen Anstieg von Depressionen und anderen psychischen Störungen. Es gibt keine konsistenten Belege dafür, dass diese Erkrankungen zugenommen hätten.“ Und die steigenden Diagnosen? „Die ärztliche Praxis hat sich ... verändert, aber nicht die Gesundheit der Menschen.“ So ihr Tenor. Auch lehnten die Autoren die These „vom psychisch zunehmend überfordernden Kapitalismus“ ab.

Was die Autoren des Artikels störte, war die Zahl, Art und Begründung der psychiatrischen Diagnosen ihrer Kollegen und die linke Verkoppelung mit der kapitalistischen Wirklichkeit. Sie wünschten die Diagnosen und die Betrachtung zu individualisieren. Sozialpsychologie interessiert nicht; Kapitalismuskritik: um Gottes Willen. Bei ihnen scheitern einzelne Menschen vor den Herausforderungen des Lebens. Eben nicht alle - was ja auch stimmt. Differenzialdiagnose würde ich da fordern. Zudem wandle sich die Arbeitswelt in Technik und Produktions-Organisation ständig, da sei eben Flexibilität des Einzelnen gefordert und auch mit etwas Willen erwerbbar. Die Chancen des Wandels würden die Risiken überwiegen ... - Um nun Missverständnissen vorzubeugen, sei gesagt,

dass meine nun folgenden kritischen Anmerkungen nicht behaupten, dass jede psychische Krankheit oder individuelle Erkrankung auf exogenen Faktoren fußt oder auf reaktive Art entsteht. Endogene Faktoren sowie die menschliche Psyche im Geschehen werden von mir nicht ausgeschlossen. Nur wenn ein Phänomen wie das Burn-out oder die Depression im Kontext der sich stetig verändernden Arbeits- und Lebenswelt massenhaft auftritt, sollte man da nicht wenigstens an die Möglichkeit gesellschaftlich bedingter oder vermittelter Erkrankungen denken und auf *gesellschaftliche* Lösungen sinnen? Dagegen aber sperren sich die angesprochenen Autoren eigentlich. Sie stehen für mich für eine verbreitete Denkweise im Bürgertum. Die Autoren werden nur deshalb hier angeführt.

Lassen wir es also bei der Vorstellung solcher Ansichten bewenden. – Zudem: Die momentane Datenlage lässt die Klärung der Frage eh nicht zu, ob der Kapitalismus in Deutschland die psychischen Probleme seiner Unterworfenen ständig verschärft oder die Formen seiner Lasten entsprechend seiner Bewegung nur beständig umschichtet. Für eine Beurteilung solcher Fragen ist der beobachtete Zeitraum nach 1945 zu kurz und die statistischen/methodischen Probleme bei der Erfassung der Wirklichkeit einstweilen zu gravierend (worauf auch die oben zitierten Autoren selber hinweisen). Dass der Kapitalismus jedoch ruinös auf die Gesundheit der arbeitenden Klassen einwirkt, steht für mich fest.

Begnügen wir uns im Weiteren mit **Betrachtungen zur Jetztzeit**, anhand öffentlicher Zahlen und Berichte.

Die aktuellen Rapporte 2018/19

2018 veröffentlichte die Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin ihren Bericht „Sicherheit und Gesundheit am Arbeitsplatz“, den das Bundeskabinett billigte. Zu den Ergebnissen heißt es in der FAZ: „Psychische Erkrankungen wie ein Burn-out oder eine Depression sind inzwischen der zweithäufigste Grund, warum Arbeitnehmer von einem Arzt krankgeschrieben werden. Die Statistiker errechnen daraus Produktionsausfälle im Wert von 12,2 Milliarden Euro im Jahr. Auf dem unrühmlichen ersten Platz der arbeitsbedingten Erkrankungen stehen unverändert Probleme an den Muskeln oder am Skelett (vor allem Rückenleiden). Geht es nicht nur um vorübergehende Fehltag, sondern um die Erwerbsfähigkeit insgesamt, fallen die Zahlen noch alarmierender aus. Dem Bericht zufolge mussten sich im vergangenen Jahr 71.300 Menschen wegen psychischer Probleme erwerbsunfähig melden und in Rente gehen. Seelische Leiden sind damit mit Abstand die häufigste Ursache für eine verminderte oder verlorene Erwerbsfähigkeit. Sie kommen deutlich öfter vor als Renteneintritte wegen eines Tumors (21 600 Fälle) oder einer Erkrankung des Muskel-Skelett-Systems (21 400). /

„Mittlerweile ist unstrittig, dass psychische Belastungen mit dem Wandel der Arbeitswelt zunehmen“, heißt es in der Studie. Die Ursachen für eine psychische Erkrankung seien vielfältig, mit teils komplexen Wechselwirkungen. Jenseits der arbeitsbedingten psychischen Belastungen spielten auch die persönliche Veranlagung und private Schwierigkeiten eine Rolle. Unzweifelhaft aber würden auch die steigenden arbeitsbedingten Belastungen „zur Zunahme psychischer Störungen, aber auch zu Muskel-Skelett-Erkrankungen und Herz-Kreislauf-Erkrankungen mit teilweise langer Krankheitsdauer beitragen“. / Die Gründe für die häufigen Krankschreibungen sind kaum überraschend. Die Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin nennt unter anderem zu viel Arbeit, die in zu kurzer

Wer ruiniert hier wen?

Zeit erledigt werden soll. Zu den belastenden Faktoren zählen ferner lange Arbeitszeiten, Schichtarbeit, flexible bis nicht-vorhersehbare Arbeitszeiten, unzureichende Möglichkeiten zur Erholung und eine „inadäquate Pausengestaltung“. Hinzu kommen jene Faktoren, die so gut wie allen Arbeitnehmern bekannt sein dürften: Termindruck, Multitasking und häufige Unterbrechungen. Negativ aufs Gemüt schlagen vielen Menschen auch dienstliche Mails und Anrufe in der Freizeit. Konkret gibt jeder vierte Beschäftigte an, dass von ihm erwartet werde, auch in der Freizeit für die Arbeit erreichbar zu sein. Zumindest die Studienautoren können sich vorstellen, dies radikal zu unterbinden: „Jede Inanspruchnahme nach Feierabend stellt eine Unterbrechung der täglichen Ruhezeit dar und muss zu einer erneuten Gewährung der vollständigen Ruhezeit von elf Stunden bis zum nächsten Arbeitseinsatz führen.“ Mit konkreten Empfehlungen hält sich die Studie ansonsten zurück oder rettet sich in Allgemeinplätze. So raten die Autoren zu einer vorausschauenden Personalplanung und einer systematischen Förderung der Mitarbeiter. Empfohlen wird auch, den Arbeitsplatz ergonomisch zu gestalten.“ (4)

Zeitlich nachfolgende eigenständige Untersuchungen der Krankenkassen TK (5) und der DAK (6a/b) haben zur obigen Erhebung keine wirklich abweichenden Befunde erbracht. Zwar variieren die Krankheitszahlen leicht je nach Erfassungsjahr oder der jeweiligen Klientel der Kassen. In der Tendenz stimmen die Prognosen jedoch mit den amtlichen Befunden überein.

Weitere Daten lassen sich auch aus einer Abfrage der „Linken“ bei der Bundesregierung ziehen (7). Hier heißt es: „Die Zahl der Krankentage wegen psychischer Probleme hat sich in den vergangenen 10 Jahren mehr als verdoppelt. Sie stieg von rund 48 Millionen im Jahr 2007 auf 107 Millionen im Jahr 2017, ... Die daraus entstehenden wirtschaftlichen Ausfallkosten stiegen demnach im selben Zeitraum von 12,4 auf 33,9 Milliarden Euro. ... Laut (Bundesarbeits-) Ministerium stieg zwischen 2007 und 2017 auch die Zahl der Renteneintritte wegen verminderter Erwerbsfähigkeit aufgrund psychischer Störungen von rund 53.900 auf mehr als 71.300. Dies bedeutet ein Plus von 32,3 Prozent. Während der Anteil der Rentenzugänge aufgrund psychischer Störung an allen Rentenzugängen im Jahre 2007 noch bei 33,4 Prozent lag, stieg er 2017 auf 43 Prozent. Im Vergleich zu 1997 mit einem Anteil von 20,7 Prozent ist dem Arbeitsministerium zufolge bis 2017 sogar mehr als eine Verdoppelung zu verzeichnen.“ Über das Leid hinter den Zahlen erfahren wir nichts.

Eigentlich müssten an dieser Stelle weitere Kapitel zum Thema „Psychische Erkrankungen“ folgen. So zur Frage: wie vollständig ist der „Anteil der Beschäftigten, für die bis 2015 eine Gefährdungsbeurteilung psychische Belastung“ durch den Staat erhoben wurde? Wie ist das mit der regionalen Verteilung der Fallzahlen, wie mit den Unterschieden bei den Geschlechtern, welche Gewerke sind dabei besonders betroffen? Oder welche Kontroversen werden zur Interpretation der Daten zwischen den Interessensgruppen ausgetragen usw.? Doch ist dies im Rahmen eines Kurzartikels nicht machbar.

„Wenn der Hahn kräht auf dem Mist, ändert sich das Wetter oder es bleibt wie es ist.“ (Volksweisheit)

In den oben zitierten Berichten und in ihrer Reflexion gibt es auch einzelne ‚Schlussfolgerungen‘ aus der Politik. Ihre Intentionen und ausgesprochenen Dürftigkeiten lassen nichts wirklich Bewegendes erwarten:

* Beunruhigt durch den gestiegenen Arbeitsstress und wuchernde prekäre Arbeitsverhältnisse fordern die deutschen Gewerkschaften seit Längerem eine gesetzliche „Anti-Stress-Verordnung“. Dazu haben z.B. IG Metall oder ver. di lesenswerte Studien zur „Guten Arbeit“ geliefert. Öffentlichkeitswirksam ist auch der jährlich erhobene „Gute Arbeit Index“, der auf einer Befragung kleiner Arbeitnehmer-Gruppen zur Lebenssituation fußt. Doch vermisst man in der gewerkschaftlichen Arbeit die Aufklärung der Bevölkerung und eine *politische* Mobilisierung ihrer eigenen Basis zur Durchsetzung gesunder Lebens- und Arbeitsverhältnisse.

* „Die Sprecherin für Arbeitnehmerrechte im Bundestag, Beate Müller-Gemmeke, forderte, dass die Regierung etwas gegen die psychischen Belastungen tun müsse. Sie verlangte eine Verordnung, die konkretisiert, wie Arbeitgeber und Betriebsräte gemeinsame Lösungen gegen ‚jede Form von Stress‘ entwickeln können. Zudem muss endlich Schluss sein mit prekären und unsicheren Beschäftigungsverhältnissen“, forderte sie.“ Und weiter: „Die Beschäftigten brauchen soziale Sicherheit und Arbeitsbedingungen, die nicht krank machen.“ (8) Warme Worte. Nur, wo sind die entsprechenden Gesetzesinitiativen ihrer Grünen Partei? Unverbindliche Worte helfen nicht.

* Trotz der hohen Zahlen an psychischen Erkrankungen (2019) sieht das Arbeitsministerium erklärtermaßen keinen Handlungsbedarf. So schreibt die Presse: „Die Bundesregierung sieht bei der Bekämpfung der Stressfaktoren in erster Linie die Arbeitgeber in der Pflicht: Gegen psychische Belastungen würden keine neuen Arbeitsschutzregeln helfen, erklärte das (Arbeits- d.V.) Ministerium. Ziel müsse es vielmehr sein, Betriebe und Beschäftigte zu befähigen, das vorhandene Arbeitsschutzinstrumentarium zu nutzen, um Gesundheitsrisiken durch psychische Belastungen frühzeitig zu erkennen und zu verhindern.“ (9) Also fast alles in Butter. Zudem, den Bock, das Kapital, zum Gärtner zu küren, ist eine reife ideologische Leistung. Hat das Kapital nicht den ‚Acker des Lebens‘ seit altersher bearbeitet (siehe oben) und die Verwüstungen selber angerichtet? Es kennt doch nur den Profit als Lebensziel. Rücksicht gegen das Leben muss man ihm abtrotzen, auch durch scharfe Zwangsgesetze des Staates. Das Heil vom Kapital zu erwarten, ist ein Schmarren.

* Und was tut sich nun bei der Partei die „Linke“? Man ist fleißig mit Abfragen zur Lage bei der Bundesregierung. Und natürlich muss alles besser werden. Doch, was nun?

Letztlich, so meine Meinung, muss man das Aufbegehren der „Mühseligen und Beladenen“ gegen die kapitalistische Wirklichkeit erst noch vorbereiten und munitonieren. Ohne Aufklärung und politische Propaganda für die Tat (auch durch uns) geht es nicht.

Quellen, Anmerkungen und Literaturangaben

1) Zu denken ist hier z.B. an klassische Arbeiten wie „Die Lage der Arbeitenden Klassen in England“ von Friedrich Engels, 1845; das „Kapital“ von Karl Marx; oder die medizinsoziologischen Arbeiten: Alfred Grotjahn: Soziale Pathologie. Berlin, 1923; Christian Astrop: Nervöse Erkrankungen und soziale Verhältnisse. Berlin, 1956; Manfred Pflanz: Sozialer Wandel und Krankheit. Stuttgart, 1962; usw.

Wer ruiniert hier wen?

- 2) Siehe z.B.: B.Wiebel/A.Pilenko/G.Nintemann (Hrsg.): Mechanismen psychosozialer Zerstörung. Neoliberales Herrschaftsdenken, Stressfaktoren der Prekarität, Widerstand. Hamburg: VSA, 2011. / W. Storz: Mode oder Aufschrei. Viele belächeln das Ausgebranntsein als Managerkrankheit. Doch die Erschöpfung bedroht die Demokratie. in: taz, 5. Dez. 2013, S. 22
- 3) M. Dornes u. M. Altmeyer: Macht der Kapitalismus depressiv? Nein. Die gängige Sozialkritik ignoriert die empirischen Befunde. in: Die Zeit, Nr. 2, 8. Jan. 2015, S. 27
- 4) schä.: 100 Millionen Fehltage wegen psychischer Leiden. Immer mehr Arbeitnehmer erkranken an Depression / Mediziner warnen vor zu viel Druck und Multitasking. in: FAZ, 13. Dez. 2018, S. 17
- 5) ami.: Krankenstand 2018 auf neuem Rekordhoch. in: FAZ, 20. April 2018, S. 22
- 6) a/ dpa-AFX.: Weniger Fehltage durch psychische Krankheiten. In: FAZ, 29. Jan. 2019, S. 17. - b/ bee.: Viel mehr Fehltage wegen psychischer Erkrankungen. Psychotherapeuten: Wartezeiten für einen Termin zu lang. In: FAZ, 26. Juli 2019, S. 19
- 7) epd.: Immer mehr Fehltage wegen psychischer Erkrankungen. Vor allem Männer zwischen 60 und 65 Jahren sind betroffen / Bundesregierung sieht Unternehmer in der Pflicht. In: GN, 27. März 2019, S. 7
- 8) Beate Müller-Gemmeke, zitiert bei Konstantin Stumpe: Zahl der Fehltage wegen kranker Psyche verdoppelt. Analyse So könnte der wirtschaftliche Schaden von 12,2 Milliarden Euro verhindert werden. in: GN, 13. Dez. 2018, S.2
- 9) ebd.: S. 7

Dokumentation

„Realistischer Antikapitalismus statt moralische Umerziehungsversuche“

Der Soziologe Wolfgang Streeck über Europa, Migration, Gendersternchen und die Krise der Linken (Interview aus IPG – Internationale Politik und Gesellschaft)

Linke Parteien in Europa und darüber hinaus stehen in der Krise. Inwiefern ist diese von der allgemeinen Krise politischer Massenorganisationen zu trennen? Und von der ideologischen Ratlosigkeit der Konservativen?

Es gibt Gemeinsamkeiten und Unterschiede. Zu den Gemeinsamkeiten gehört, dass keiner traditionellen Partei mehr so etwas wie gesellschaftliche Gestaltungskraft zugetraut oder gar abverlangt wird. Der Unterschied ist, dass andere damit besser umgehen können als die Sozialdemokratie oder die Parteien links von ihr. Nicht-linke, vormals „bürgerliche“ Parteien können Politik nach Sponti-Manier betreiben, etwa wie Merkel es meisterhaft schafft, demoskopiegetriebenen Opportunismus als persönlichen Bildungsroman inszenieren zu lassen. Da ist jeden Tag etwas los, über das die Hofberichterstattung atemlos berichten kann. Was gestern los war, interessiert nicht mehr, bei der CDU bis vor kurzem nicht einmal die Parteimitglieder.

Linke Parteien dagegen haben Mitglieder, die von ihnen einen ideologisch-programmatischen Kern erwarten. Auf den können sie sich allerdings in der Regel nicht einigen, auch weil es ihnen zunehmend an einer realismusfördernden realen Machtperspektive fehlt. Die Wähler, von denen sich viele sowieso erst in letzter Minute, in der Wahlkabine, entscheiden, sehen da nur Chaos. Wenn es den linken Parteien nicht gelingt, an einer auf abwechslungsreichen Nachrichtenverzehr getrimmten Öffentlichkeit vorbei Gehör und Glaubwürdigkeit für einen konsistenten politischen Gestaltungswillen zu finden, der auf eine langfristig nachhaltige, und das heißt: spürbar andere Gesellschaft zielt, werden sie belanglos. Umso mehr, wenn ihre Führungen den begriffslosen Opportunismus der sogenannten „Mitte“ nachzuahmen versuchen. Postdemokratische Politik können die anderen besser.

Ein besonderer Kulminationspunkt der politischen Auseinandersetzung ist die Zukunft der Europäischen Union. Wie nehmen Sie die aktuelle linke Debatte über Europa wahr?

Für Deutschland ist die Europäische Union immer noch eine Bonanza, ökonomisch wie politisch. In Deutschland laufen die wirtschaftlichen Kraftströme der Eurozone zusammen, während die Länder des Mittelmeerraums ausbluten. Hier braut sich ein innereuropäischer Konflikt zusammen, wie wir ihn seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs nicht gehabt haben. Das Überstülpen einer Einheitswährung nach deutschem Rezept dient den Interessen der deutschen Exportindustrie einschließlich ihrer Arbeitnehmer, während es Länder wie Italien und Griechenland ruiniert – ein Beispiel, wie zu viel Integration zum Gegenteil, zu Konflikt führt.

Ähnlich verhält es sich in Osteuropa, wenngleich aus anderen Gründen, etwa bei der Flüchtlingspolitik. Politisch steigt Deutschland mit wachsender Zahl und Heterogenität der Mitgliedstaaten der EU zur europäischen Hegemonialmacht auf – zusammen mit, oder besser: versteckt hinter, Frankreich. Dies übrigens nicht zuletzt im Gefolge der ins Auge

Realistischer Antikapitalismus

gefassten Zwei-Prozent-Aufrüstung, durch die der deutsche „Verteidigungs“-Haushalt den russischen weit übertreffen wird. Verwendung findet die neue Militärmacht dann vermutlich im postkolonialen Afrika, wo Frankreich Hilfe gegen islamistische Aufständische braucht, sowie in Osteuropa und auf dem Balkan, wo zur Erhaltung der „Europa“-Freundschaft der Einheimischen Russland in Schach zu halten ist, und vielleicht sogar im Nahen Osten.

Was sind die Folgen dieser deutschen Hegemonie für die Wählerinnen und Wähler in Deutschland?

Hegemonialmacht wird man nicht umsonst; es wird Forderungen der Mittelmeerländer nach regionalem Wirtschafts- und Finanzausgleich sowie der Balkanländer nach Entwicklungshilfe geben, zusätzlich zu der nötigen Schließung der durch den Brexit gerissenen Finanzlücke in der EU und der geplanten konventionellen Aufrüstung in Ergänzung der französischen Atom- und Weltraumwaffen. Nichts davon wird in der deutschen Linken ernsthaft diskutiert. Ihr Hobby ist eine EU-weite Rückversicherung der nationalen Arbeitslosenversicherungen auf Kreditbasis sowie ein sogenannter „europäischer Mindestlohn“ – sogenannt, weil nach dem nationalen Durchschnittseinkommen differenziert.

Vieles spricht dafür, dass Deutschland zu klein ist, um der Rolle eines europäischen Hegemonialstaats gewachsen zu sein, selbst wenn Frankreich sich an den Kosten beteiligen sollte. Wir schaffen es ja nicht einmal, die Einkommensdifferenzen zwischen West- und Ostdeutschland zu verringern, dreißig Jahre nach der deutschen Währungsunion – wie dann die zwischen Bayern und Sizilien? Unerfüllbare Forderungen anderer Länder können, vor allem wenn sie moralisch begründet werden, innenpolitisch durchaus feindselige Reaktionen auslösen. Die „große Europäerin“ Merkel würde dann, um ihre Wähler bei der Stange zu halten, zweifellos wieder die „schwäbische Hausfrau“ aus ihrer PR-Reserve holen. Auch angesichts dieser offenkundigen Gefahr gibt es auf der Linken keinerlei alternative Vision für ein zukünftiges Europa, abgesehen von mehr Umverteilung von Nord nach Süd verbunden mit offenen Grenzen in alle Richtungen – ein todsicheres Selbstschumpfungsprojekt.

Nicht zuletzt das Thema Migration hat sich für linke Parteien als so schwierig wie schmerzhaft erwiesen. Wie sieht eine überzeugende linke Position für Sie aus?

Die deutschen Unternehmen sind hungrig nach Arbeitskräften, nach qualifizierten ebenso wie nach solchen, die mit der Hälfte des deutschen Mindestlohns, vom Jobcenter auf Hartz IV aufgestockt, zufrieden wären. Eine florierende regionale Wirtschaft wächst schneller als das regional nachwachsende Arbeitsangebot; dieses braucht fast zwei Jahrzehnte, um für Arbeitgeber und Sozialversicherer Gewinn abzuwerfen. Also Einwanderung. Man denke an den Daimler-Mann Zetsche, der im Merkel-Herbst 2015 den „Beginn eines zweiten Wirtschaftswunders“ herbeifabulierte. Ein Zuwanderungsgesetz hat es aber erst vor ein paar Monaten gegeben, so groß war bis dahin der Widerstand sowohl der alten CDU als auch der Gewerkschaften, und für die neoliberale Utopie eines offenen Arbeitsmarkts mit unbegrenztem Arbeitsangebot hätte es ohnehin nicht gereicht.

Da kamen der Syrienkrieg und die Kriege und Bürgerkriege in Afghanistan und Afrika gerade recht: Schutzsuchende muss man, wenn man die Verfassung und das internationale

Recht entsprechend auslegt, ungeprüft und unbegrenzt einlassen, auch die niedrig oder gar nicht qualifizierten. Dagegen konnte selbst die von ihren Wählern bedrängte CDU/CSU-Bundestagsfraktion nichts machen, die nicht nur von der Kanzlerin bedrängt wurde still-zuhalten, sondern auch von den Arbeitgebern im Bündnis mit den Kirchen, der SPD, den Grünen...

So bekam die Wirtschaft mit humanitärer Begründung, was sie mit wirtschaftlicher Begründung nicht hatte bekommen können: ein zusätzliches Arbeitsangebot sowohl für qualifizierte Tätigkeiten als auch für den Niedriglohnsektor, aus dem man sich jeweils das Beste herausuchen und den Rest der Sozialhilfe überstellen kann. Dass „wir“ uns anschließend als „weltoffene“ Nation loben lassen konnten — ein „neues Deutschland“, das „aus seiner Geschichte gelernt“ hat — machte die Linke fast zum Merkel-Fanclub, insbesondere als sie dann die unvermeidliche Gegenbewegung als „neofaschistisch“ bekämpfen durfte. Dabei entging ihr, dass Merkel spätestens im Frühjahr 2016 erfolgreich daran ging, die Grenzen nicht nur Deutschlands, sondern auch Europas wieder dicht zu machen, um so ihr politisches Überleben zu sichern.

Aber stehen nicht weite Kreise auch der bundesdeutschen Öffentlichkeit kontrollierter Einwanderung durchaus offen gegenüber?

Wir wissen wenig über die Reaktion einheimischer Bevölkerungen auf Einwanderungsschübe. Es scheint aber so zu sein, dass auch in den „weltoffensten“ Ländern anfängliche Euphorie, auch nationaler Stolz auf die eigene Hilfsbereitschaft, irgendwann und dann plötzlich in Ablehnung umschlägt — siehe die skandinavischen Länder – und zwar jedenfalls dann, wenn sich der Eindruck ausbreitet, dass die Einwanderung nicht gut verwaltet wird, sei es wegen Unfähigkeit der Regierung oder mangelnder Mitarbeit der Migranten.

In den klassischen Sozialstaaten Westeuropas dürfte die dann entstehende Einwanderungsopposition weniger auf generelle Fremdenfeindlichkeit zurückgehen als auf Sorge um die eigene, als fortschrittlich und gerecht empfundene Lebensweise. Eine egalitär eingestellte Gesellschaft toleriert beispielsweise Ungleichheit nur sehr begrenzt — anders als in Istanbul will man Flüchtlinge in Köln oder München nicht auf Straßen und in Parks übernachten sehen. Damit ein solcher Zusammenbruch der öffentlichen Ordnung nur ausnahmsweise geschieht, müssen Neuankömmlinge rasch befähigt werden, sich als Vollbürger am sozialen Leben zu beteiligen — unter anderem auch durch Erwerb von Arbeitsqualifikationen, mit denen sie mindestens den deutschen Mindestlohn verdienen können.

Das fordert einen gesellschaftlichen, auch fiskalischen Aufwand, der nicht beliebig zu vergrößern ist. Wenn es nicht gelingt, Einwanderung so zu begrenzen, dass die Neuankömmlinge in ein anspruchsvolles einheimisches Leben eingegliedert werden können, also den Zufluss an die dauerhaft verfügbaren gesellschaftlichen Integrationsressourcen anzupassen, werden unvermeidlich Forderungen nach einem erst vorläufigen, dann dauerhaften Ende der Einwanderung laut. Wer dies moralisch verdammt, muss damit rechnen, seinerseits wegen Verletzung anderer gesellschaftlicher Werte moralisch verdammt zu werden.

In Deutschland stritten Sozialdemokraten zuletzt erbittert über das Beispiel Dänemark, wo die Sozialdemokraten auf strikte Migrationsbegrenzung setzen.

Realistischer Antikapitalismus

Aus dem dänischen Fall kann man lernen, dass eine sozialdemokratische Partei ein hohes Risiko eingeht, wenn sie es zulässt, dass das Ausmaß der Einwanderung die Fähigkeit der Gesellschaft übersteigt, die Eingewanderten in ihre herkömmliche Lebensweise einzugliedern. Dies wirkt sich besonders dann aus, wenn die Partei darauf mit einer „kosmopolitischen“ Rhetorik reagiert, mit welcher die Bürger hinsichtlich dessen umerzogen werden sollen, was sie für moralisch geboten zu halten haben. Sich als Partei aus einer solchen Position in eine zurückzuarbeiten, in der man seine Wähler wieder repräsentiert, mag eine Art von symbolischer Politik erfordern, die Beobachtern von außen schmutzig vorkommen mag. In dem Maße aber, wie die Befürworter unbegrenzter Einwanderung, durchaus auch als Konsumenten, ein Interesse an mehr Ungleichheit haben – um billiger im Restaurant essen und ihre Wohnungen billiger reinigen lassen zu können –, kann dies auf einen realen Konflikt darüber verweisen, was für eine Art Gesellschaft man sein möchte, eine sozialdemokratische oder eine neoliberale.

Ganz anders als in Dänemark scheint es bei den US-Demokraten zu laufen. Was ist aus diesen Vergleichen zu lernen?

Die Demokratische Partei in den USA hat es nie geschafft, sich auf eine glaubhafte Einwanderungspolitik zu einigen. In Reaktion auf Trump haben zurzeit „liberale“ Kräfte die Oberhand, die sich auf zwei nennenswerte Gruppen von Befürwortern de facto offener Grenzen stützen: die schon im Land befindlichen, überwiegend lateinamerikanischen Einwandererfamilien und die Beschäftigten von Niedriglöhnern, etwa den Hunderttausenden, die jeden Morgen ihre stundenlange Reise mit der U-Bahn antreten, um in Manhattan Hotelzimmer zu reinigen und Essen für Einheimische und Touristen zu kochen; abends fahren sie dann stundenlang zurück, weil sie nicht einmal davon träumen können, in der Nähe ihres Arbeitsplatzes zu wohnen. Die Parole, die beide ansprechen soll, heißt „Legalisierung der illegalen Einwanderung“. Vermieden wird zu sagen, ob „Legalisierung“ bedeutet, dass nach einem demokratischen Wahlsieg alle Einwanderung legal sein soll, oder ob es auch in Zukunft noch illegale Einwanderung geben wird und was zu tun ist, wenn jemand, der auch dann nicht legal einreisen kann, illegal einreist. Wer auch nur einmal als ganz normaler Flugreisender nach glücklicher Landung in den USA die dort ganz normalen Einreisekontrollen hat hinter sich ergehen lassen müssen, müsste sich eigentlich denken können, dass „Legalisierung der Einwanderung“ als freier Zutritt für alle in den USA, vorsichtig gesagt, kein Wahlkampfthema ist, mit dem man einen Trump aus dem Feld schlägt; man bekommt damit wohl nicht einmal eine Mehrheit in der Demokratischen Partei.

Von finanziellen Mitteln zur beruflichen Qualifizierung der Einwanderer oder gar zum Bau menschenwürdiger Wohnungen für sie redet übrigens ohnehin keiner, schon gar nicht die „Legalisierer“; da endet die Großzügigkeit selbst der großzügigsten Demokraten, weil dafür, in der alten Tradition der ungleichsten reichen Gesellschaft der Welt, die Einwanderer bitte selber zu sorgen haben. Kein Modell für Europa.

Sie verweisen immer wieder auf die bedeutsame Rolle des Staats. Braucht die Linke wirklich eine Klärung ihres Verhältnisses zum Nationalstaat?

Aber ja, und dringend. Der Nationalstaat, vor allem der europäische, ist das einzige politische Gebilde von Bedeutung, das demokratisierbar ist. Die Übertragung nationalstaatli-

cher Kompetenzen an den „Weltmarkt“ oder an supranationale Behörden kommt regelmäßig einer Entdemokratisierung dieser Kompetenzen gleich, wenn man unter Demokratie die Möglichkeit der Verlierer in der kapitalistischen Lebenschancenlotterie versteht, durch Mobilisierung politischer Macht deren Verteilungsergebnisse zu korrigieren.

Umverteilungspolitik geht nur in Nationen; in der Weltgesellschaft gibt es Spenden, von Bill Gates und Konsorten, aber keine Steuern. „Global governance“ ist nicht demokratisch und kann es nicht sein. Oberhalb des Nationalstaats gibt es nur den „freien Weltmarkt“, bestehend aus Großunternehmen, die frei sind zu machen, was sie wollen, und Technokratien wie den IWF oder die EU. Was insbesondere die EU angeht, so wurde diese von Anfang supranational so konstruiert, dass ihre Demokratisierung ausgeschlossen ist oder auf dem Niveau von Herrn Junckers „Volksabstimmung“ über die Abschaffung der Sommerzeit verbleibt. erinnert sich daran eigentlich noch irgendjemand? Stattdessen wartet jetzt alles darauf, dass Frau von der Leyen dem Klimawandel ein Ende setzt.

Selbst wenn Nationalstaaten und Demokratie miteinander verknüpft sind, zeichnen Nationalstaaten historisch zugleich für Exzesse der Gewalt verantwortlich. Ist das nicht auch Teil des Nationen-Pakets?

Es ist ein Märchen, nicht zuletzt erzählt im Interesse von Nationalstaaten mit imperialen Ambitionen, dass Nationalstaaten als solche nach außen aggressiv und nach innen autoritär sind. Interessanterweise verschwindet die Skepsis gegenüber dem Staat bei den selbsternannten „Pro-Europäern“ wie von Zauberhand, sobald das Konzept auf die europäische Ebene transponiert wird. Den supranationalen Superstaat, der am Ende der „europäischen Integration“ den europäischen Nationalstaat ablösen soll, hat man sich plötzlich friedlich und demokratisch vorzustellen. Dass Nationalstaaten ganz anders sein können, zeigt ein Blick auf Skandinavien und die Schweiz, aber auch auf die sechs bis sieben Jahrzehnte der westeuropäischen Nachkriegszeit, nachdem sich der deutsche imperiale Machtanspruch durch die Zerschlagung des Deutschen Reichs erledigt hatte. Aggressiv sind vor allem Imperien, nach innen, wenn sie von ihnen beherrschte Nationen nicht selbständig werden lassen wollen, und nach außen, im Konflikt mit anderen Imperien wie im Ersten Weltkrieg; ebenso Nationalstaaten, die zu Imperien werden wollen, wie Deutschland und Japan im Zweiten Weltkrieg, oder wie die USA in Vietnam, Irak usw. Provokativ formuliert wäre das einzige westeuropäische politische Gebilde, das heute vielleicht imperiale Ambitionen hegen könnte, etwa in Afrika oder im Nahen Osten, eine auf zwei Prozent des europäischen Sozialprodukts, natürlich allein zu Verteidigungszwecken, aufgerüstete EU unter französischer Führung.

Noch einmal zurück zur Schwäche der Linken: Die Debatte bezieht sich oft auf die Verteilung der politischen Aufmerksamkeit zwischen einer kulturellen und einer ökonomischen Konfliktachse. Welche ist aus ihrer Sicht ausschlaggebend? Auf welcher Ebene ist am dringendsten gegenzusteuern?

Ich glaube nicht, dass die beiden Achsen starr rechtwinklig zueinander stehen, also nichts miteinander zu tun haben, in welchem Fall sie tatsächlich für die Linke ein Skylla- und Charybdis-Dilemma aufwerfen würden. Entstanden ist das Problem meiner Erinnerung nach aus der Ratlosigkeit der „Dritte Weg“-Linken in den 1990er Jahren darüber, was sie nach ihrer globalistischen Wende den Wählern noch anbieten könnten – Schutz vor

Realistischer Antikapitalismus

Marktkräften und internationalem Wettbewerb jedenfalls nicht mehr. Die Antwort war die Propagierung liberallibertärer, sogenannter post-materialistischer Wertorientierungen, die als im Trend liegend wahrgenommen wurden.

Dadurch wurde die linke Basis gespalten: Diejenigen „neuen Libertären“, die man bis dahin noch ökonomisch hatte einbinden können, sahen nun keinen Grund mehr, nicht gleich zu den aufsteigenden Grünen überzugehen; traditionelle Linkswähler dagegen fanden sich einer Umerziehungsrhetorik ausgesetzt, die ihnen positive Bekenntnisse zu Lebensweisen abverlangte, die ihnen unverständlich, unheimlich oder gar unmoralisch erscheinen. Viele von ihnen wollten deshalb mit Politik nichts mehr zu tun haben. Andere wechselten zu rechtskonservativen oder, in Ermangelung derselben, rechten und rechtsradikalen Parteien.

Wäre das zu vermeiden gewesen?

Ich glaube, dass die meisten Deutschen in kulturell-moralischen Fragen weitgehend zu einer Haltung des „Leben und leben lassen“ neigen, solange andere ihnen gegenüber dieselbe Haltung einnehmen. Ja zu: Jeder soll machen, was er oder sie will, solange sie mich damit in Ruhe lassen; nein zur Durchsetzung einer „celebrate diversity“-Kultur von oben nach unten, von der antitraditionalistischen Einheitsmeinung der liberalen Medienelite bis in die letzten Winkel des Alltagsdenkens und -lebens. Dass man gleichzeitig mit türkischen oder vietnamesischen Nachbarn gut auskommt, wenn auch auf die eher ungesellige deutsche Art, widerspricht dem überhaupt nicht.

Linke Politik kann sich, so denke ich, damit begnügen – sie muss nicht auf eine umfassende Säuberung der öffentlichen Sphäre von Haltungen und Haltungsbekundungen drängen, die aus grüner Perspektive nicht bunt genug sind. Ausgenommen sind hart-braune menschenverachtende Hassbekundungen, für deren Unterdrückung in Deutschland aber glücklicherweise das Strafrecht zur Verfügung steht. Moralische Umerziehungsversuche gegenüber der Masse der Bevölkerung kann die Linke den Grünen überlassen, die sich damit immer wieder die Finger verbrannt haben und deren gegenwärtiger Aufschwung wohl auch darauf zurückzuführen ist, dass sie ihren den Leuten auf die Nerven gehenden Moralismus bemerkbar heruntergekühlt haben.

Wo sehen Sie Raum für Optimismus? Wo strukturelle Stärken der Linken, die in Zukunft stärker genutzt werden könnten?

Ich sehe einen riesigen strukturellen Bedarf nach linker, das heißt die Gesellschaft durch Mehrung ihrer kollektiven, allen gleichermaßen zugutekommenden Güter zusammenhaltender Politik. Ob freilich die Parteien der Linken in ihrer derzeitigen Aufstellung diesen Bedarf decken können, ist eine ganz andere Frage; ich bin da skeptisch. Die gegenwärtige Besoffenheit des links-grünen Spektrums mit symbolischer Exklusionspolitik nach innen, ausgrenzenden Schreib- und Sprachregelungen, moralischer Verurteilung nahestehender Minimalabweichler und so weiter spricht dagegen.

Meiner Meinung nach schreit die gegenwärtige Situation geradezu nach einer Linken, die die dramatisch zunehmenden Defizite unserer kollektiven Infrastrukturen im weitesten Sinn, vom Nahverkehr zum Schulsystem, ebenso entschieden angeht wie die wachsenden

Interview mit Wolfgang Streeck

Disparitäten zwischen den aufsteigenden Zentren und der zurückfallenden Peripherie. Dies erfordert unter anderem die Entschuldung verschuldeter Kommunen bei gleichzeitiger Dezentralisierung von Entscheidungen, eine nachhaltige Kompetenzsteigerung der vielerorts ausgebluteten öffentlichen Verwaltung, die Förderung von Genossenschaften und unkonventionellen Unternehmensformen mit ortsfestem Kapital, aufwendige Investitionen zum Schutz vor den Folgen des auf absehbare Zeit weiterhin zu erwartenden und lange nicht rückgängig zu machenden Klimawandels, alles verbunden mit einer Abkehr von der „Schwarzen Null“ als fiskalischem Dogma – kurz, einen realistischen Antikapitalismus. Manchmal hat man das Gefühl, als ginge es manchen Linken stattdessen um die möglichst weite Verbreitung von Gendersternchen.

Wolfgang Streeck / Köln (W. Streeck ist Soziologe und Direktor emeritus des Max-Planck-Instituts für Gesellschaftsforschung in Köln).

Das Interview führte Joanna Itzek, 06.08.2019

www.ipg-journal.de/interviews/artikel/realistischer-antikapitalismus-stattmoralische-umerziehungsversuche-3645/